

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Abel G. Aganbegjan

Strategie der Beschleunigung
der sozialökonomischen Entwicklung der UdSSR

Heinrich Machowski

Grundzüge der neuen sowjetischen
Außenwirtschaftspolitik

Heinz Brahm

Ein neuer Generalsekretär im alten Sowjetsystem

Arnold Buchholz

Perspektiven der Sowjetideologie

Andrej Kokoschin

Militärpolitische Aspekte der Sicherheit
in den Ost-West-Beziehungen

B 45/87

7. November 1987

Abel G. Aganbegjan, geb. 1932 in Tbilissi; 1961 bis 1967 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Ökologie und Organisation der Wirtschaftsproduktion der Sibirischen Abteilung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR; 1967 bis 1985 Direktor desselben Instituts; Vorsitzender der Kommission zum Studium der Produktivkräfte und der Naturressourcen beim Präsidium der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Seit 1974 ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften. Seit 1986 Leiter der Wirtschaftsabteilung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und Präsidiumsmitglied der Akademie. Zahlreiche Veröffentlichungen zu ökonomischen Themen.

Heinrich A. Machowski, Dr. rer. pol., geb. 1936; seit 1969 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin (West).

Neuere Veröffentlichungen u. a.: Ost-West-Handel: Entwicklung, Interessenlagen, Aussichten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/1985; Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den EG- und RGW-Staaten, in: Europäische Rundschau, (1985) 3; Die Produktionsspezialisierung im RGW am Beispiel der DDR, in: Harmonisierung der Wirtschaftspolitik in Osteuropa, hrsg. von H. Machowski, Berlin 1985;

Heinz Brahm, Dr. phil., geb. 1935; Leitender Wissenschaftlicher Direktor, Forschungsbereichsleiter im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Trotzki's Kampf um die Nachfolge Lenins, Köln 1964; Pekings Griff nach der Vormacht, Köln 1966; Der Kreml und die ČSSR 1968–1969, Stuttgart 1970; (Hrsg.), Opposition in der Sowjetunion, Düsseldorf 1972; Der 27. Parteitag der KPdSU – eine Wendemarke?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/86; Gorbatschows Glasnost, in: Osteuropa, (1987) 8.

Arnold Buchholz, Dr. rer. nat., geb. 1921; Leiter des Sekretariats für die Koordinierung der bundesgeförderten Osteuropaforschung; Wissenschaftlicher Direktor a. D., Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Der Kampf um die bessere Welt, Stuttgart 1961 und 1962; Die große Transformation, Stuttgart 1968, Hamburg 1971; Am Ende der Neuzeit, Stuttgart 1978; (Hrsg.), Internationale Osteuropaforschung, Berlin 1982, New York 1982; Die Sowjetunion zwischen Systemerhaltung und Reform, Bericht über eine deutsch-amerikanische Konferenz, Köln, Koordinations-Sekretariat, 1983.

Andrej Kokoschin, geb. 1945; Professor, Experte für militärpolitische Probleme; Stellvertreter des Direktors des Instituts für die USA und Kanada der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Zahlreiche Veröffentlichungen zu internationalen und militärpolitischen Themen.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983, 1984, 1985 und 1986 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Strategie der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung der UdSSR

I.

Die Grundlage der neuen ökonomischen Strategie der Entwicklung der UdSSR ist die Konzeption der *Beschleunigung* der sozialen und ökonomischen Entwicklung. Diese revolutionäre Strategie ist ein Gegenstück zur Tendenz der *Verlangsamung* unserer Entwicklung, die sich in den siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre herauskristallisiert hatte. Innerhalb von drei Planjahrfünften hatte sich die Dynamik des Nationaleinkommens um 60 Prozent verringert. Die Höhe seines Zuwachses sank nicht nur relativ, sondern auch absolut. Wenn man die reale Dynamik des Preisindex berücksichtigt, so ist das Wachstumstempo des Nationaleinkommens und der anderen Kennziffern der Entwicklung unseres Landes noch niedriger, als aus den öffentlichen statistischen Angaben hervorgeht. An der Schwelle der siebziger zu den achtziger Jahren gab es praktisch kein wirtschaftliches Wachstum. Es bildete sich eine für unser Land nie dagewesene Situation der wirtschaftlichen Stagnation heraus. Eine derartige Lage war für die Periode von 1979 bis 1982 besonders charakteristisch, als die Herstellung von 40 Prozent der Erzeugnisse der Industrieproduktion zurückging, die real erfaßt und von den statistischen Organen veröffentlicht wurden. Auch die Landwirtschaft verfiel (in all diesen Jahren konnte sie in den Volumenkenziffern nicht das Niveau von 1978 erreichen). Die Inbetriebnahme von Produktionskapazitäten ging stark zurück, und die Dynamik aller Kennziffern der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion wurde geringer. Die Arbeitsproduktivität nahm praktisch nicht zu, die Ef-

ektivität der Investitionen wurde geringer. Zum Ende des elften Planjahrfünfts (1981 bis 1985) gelang es, die Lage etwas zu verbessern. Aber insgesamt wurde der Fünfjahrplan nicht erfüllt. Das Land geriet in eine schwierige ökonomische Lage.

Unter diesen Verhältnissen wählte das Plenum des ZK der KPdSU im März 1985 Michail Sergejewitsch Gorbatschow, einen jungen und dynamischen Politiker, einen Menschen von hoher Kultur und hohem Allgemeinwissen, der tief und mit großem fachlichen Wissen in die wirtschaftlichen Probleme unseres Landes eindringt, zum Generalsekretär des ZK der KPdSU. Im Laufe eines Monats angestrebter Arbeit wurden die Konturen der neuen Strategie unserer Entwicklung — der Strategie der Beschleunigung — ausgearbeitet. Dabei wurde all das genutzt, was früher erarbeitet, aber nicht verwirklicht worden war. Das durchschnittliche Jahreswachstum des Nationaleinkommens sollte sich von drei Prozent in den Jahren 1981 bis 1985 auf vier Prozent in der laufenden, zwölften Fünfjahrplanperiode erhöhen. Für die neunziger Jahre sind fünf und mehr Prozent vorgesehen.

Drei-vier-fünf: Das ist die zahlenmäßige Formel der Beschleunigung. Wenn man aber den wirklichen Sachverhalt in Rechnung stellt, d. h. die Stagnation der Wirtschaft im elften Planjahrfünft, so müssen wir einen grundlegenden Fortschritt faktisch von einem Null-Wachstum zu einem Vier- bis Fünf-Prozent-Tempo vollziehen.

II.

Bis jetzt haben wir über die *quantitative Seite* der Konzeption der beschleunigten Entwicklung des Landes gesprochen. Aber die Konzeption der Beschleunigung beinhaltet auch *den Übergang zu einem neuen qualitativen Wachstum* der sowjetischen Wirtschaft. Letztendlich ist das Tempo — das relative Wachstum — nicht so sehr wichtig wie der eigentliche Inhalt eines jeden Prozentes dieses

Wachstums. Und dieser kann natürlich sehr verschieden sein. Die Struktur der Volkswirtschaft der UdSSR ist derzeit noch recht rückständig und konservativ. In ihr haben die traditionellen Industriezweige und die landwirtschaftlichen Erzeugnisse einen zu hohen Anteil, während die verarbeitende Industrie und die Intensität der Verarbeitung der Ausgangsprodukte nicht ausreichend entwickelt

sind. Vor allem sind das Dienstleistungswesen und die ganze soziale Sphäre zurückgeblieben.

Die neue Qualität des Wachstums kann man unter zwei Hauptaspekten betrachten. Erstens: die grundlegende Veränderung der Faktoren und der Quellen des Wachstums. Wenn wir uns in den vergangenen 15 Jahren vor allem auf Kosten der extensiven Faktoren der Produktion entwickelt haben, so steht uns in der Perspektive bevor, die Volkswirtschaft auf den Weg der intensiven Entwicklung zu überführen. Das bedeutet die Erhöhung der Effektivität und der Qualität. Damit wird der wissenschaftlich-technische Fortschritt zur Hauptquelle des wirtschaftlichen Wachstums.

Zweitens: Die neue Qualität des Wachstums findet ihren Ausdruck in der Verstärkung der sozialen Ausrichtung unserer ökonomischen Entwicklung. Es wird ein tiefgreifender Umschwung in der Entwicklung der Volkswirtschaft zugunsten der Lösung der sozialen Aufgaben und der Erhöhung des Lebensniveaus vollzogen. Wenn früher die Bereiche

der Volkswirtschaft, die unmittelbar mit der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen verbunden sind, sich langsamer entwickelt haben und ihr Anteil geringer wurde, so erfahren sie jetzt eine vorrangige Entwicklung. Der Anteil der Investitionen in diesem Bereich der Volkswirtschaft wird zunehmen.

Die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung erfaßt nicht nur die ökonomische Sphäre, sie betrifft die ganze Gesellschaft. Das ist der Kern der Politik unserer Partei, ihre langfristige Strategie, die nicht nur bis zum Ende des Jahrhunderts, sondern zumindest für die nächsten 20 bis 30 Jahre konzipiert ist. Gerade auf solche langen Zeiträume ist auch das Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gerichtet, dessen Neufassung auf ihrem XXVII. Parteitag am 1. März 1987 angenommen wurde. Die Konzeption der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung des Landes dient als eine Art Herzstück vieler Festlegungen dieses Programmes.

III.

Um die Beschleunigung in unserer Gesellschaft zu sichern, wird die *Umgestaltung* (Perestrojka) realisiert. Das ist ein neuer Begriff in unserem politisch-wirtschaftlichen Alltag. Früher haben wir den Begriff „Vervollkommnung“ gebraucht. Vervollkommnung ist die Verbesserung einzelner Seiten, einzelner Elemente der Wirtschaft. Dabei geht man davon aus, daß der Organismus der Wirtschaft insgesamt den Bedingungen und den Aufgaben der Entwicklung gerecht wird und dieser nur in Ordnung gebracht, verbessert und vervollkommen werden muß. Das ist der evolutionäre Weg der Veränderungen.

Eine andere Sache ist die *Umgestaltung*. Sie bedeutet grundlegende Fortschritte und gewaltige qualitative Veränderungen. Die Umgestaltung ist notwendig, wenn das bestehende wirtschaftliche System den neuen Bedingungen, dem akuten Bedürfnis gesellschaftlicher Entwicklung und den perspektivischen Aufgaben nicht mehr entspricht. Dieses wirtschaftliche System muß grundlegend verändert, umgestaltet und erneuert werden. Diese Veränderung und Umgestaltung betrifft nicht mehr nur einzelne Elemente, sondern das ganze Wirtschaftssystem, um eine neue Qualität zu erreichen. Dem Wesen nach ist das eine revolutionäre Form der Veränderungen im Unterschied zur evolutionären Form. Der Terminus „Umgestaltung“ charakterisiert gerade diese revolutionären qualitativen Ver-

änderungen. Dieser Begriff ist vielfältig und in vielerlei Hinsicht ein Synonym solcher Begriffe wie radikale Reform, grundlegende Rekonstruktion, kardinaler Fortschritt, Übergang zu neuer Qualität und Durchbruch.

Die Umgestaltung der Wirtschaft ist eine breit angelegte, komplexe Arbeit auf vielen Ebenen. Ihre Schwerpunkte kann man in vier Gruppen von Maßnahmen einteilen: 1. die Überführung der Volkswirtschaft auf den Weg der intensiven Entwicklung; 2. die Verstärkung der sozialen Ausrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung; 3. die Durchführung einer radikalen Reform der Leitung; 4. der Übergang zur Transparenz (Glasnost), Demokratie und Selbstverwaltung.

Die Notwendigkeit des Übergangs in der Entwicklung des Landes auf den Weg der Intensivierung ist mit der Reduzierung des Zuwachses an Ressourcen verbunden, die in der Produktion benötigt werden. Sie werden ungefähr um 66 Prozent reduziert. Im elften Planjahr fünf hat die Zahl der Beschäftigten in der materiellen Produktion nur um zwei Prozent zugenommen, während im zwölften Planjahr fünf dieses Wachstum überhaupt ausbleibt. Im elften Planjahr fünf ist die Gewinnung von Brenn- und Rohstoffen um acht Prozent und nicht, wie bisher, um 25 bis 30 Prozent gestiegen, die Investitionen um 16 Prozent und nicht, wie in der Vergangenheit, um 40 bis 50 Prozent. Die Produktionsgrundfonds

(Geldmittel zum Erwerb neuer bzw. zur Erneuerung alter Produktionsanlagen, d. Red.) werden im zwölften Planjahr fünf um 30 Prozent und nicht um 50 bis 60 Prozent zunehmen, wie das in den vergangenen Planjahr fünf geschah. Daraus ergibt sich, daß wir die *Effektivität* der Produktion um das Doppelte erhöhen müssen, und zwar, um das abnehmende Wachstum der Ressourcen zu kompensieren sowie um das Wachstum des Nationaleinkommens zu erhöhen. Das kann man durch zwei grundlegende Gruppen von Faktoren erreichen:

Zur ersten Gruppe zählen die *Mobilisierung der organisatorischen, wirtschaftlichen und sozialen Reserven und Möglichkeiten*, die mit der bestmöglichen Nutzung der vorhandenen Ressourcen und der produktionstechnischen Basis verbunden sind, sowie durch die Festigung der Disziplin, der Ordnung, die Erhöhung der Verantwortung, der Qua-

lifikation und die Verstärkung der Interessiertheit erreicht werden sollen. Die Nutzung dieser Reserven und Möglichkeiten ist eine wirklich reale Angelegenheit. Davon zeugen die Erfahrungen vieler Kollektive, die Praxis der wirtschaftlichen Reformen in der UdSSR und in den anderen sozialistischen Ländern in der Vergangenheit.

Die zweite Gruppe der Faktoren ist mit dem *wissenschaftlich-technischen Fortschritt* verbunden. Die Möglichkeiten des technischen Fortschritts sind, in der Perspektive betrachtet, praktisch unbegrenzt. Die Effektivität kann man nicht nur um einige Prozent, sondern um ein Vielfaches erhöhen. Deshalb ist der wissenschaftlich-technische Fortschritt der wichtigste strategische Hebel der Effektivität, der Intensivierung, der Beschleunigung. Auf ihn richten wir unser Hauptaugenmerk.

IV.

Einen Anstoß in der Entwicklung der Volkswirtschaft können wir in allernächster Zeit in einem bedeutenden Umfang durch die organisatorisch-wirtschaftlichen und sozialen Faktoren erreichen. Es muß mit der technischen Rekonstruktion begonnen werden, die Lage im Maschinenbau muß verbessert und die Massenproduktion einer neuen, effektiveren Technik eingerichtet werden. Der Maschinenbau spielt bei der Verwirklichung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Umrüstung der Volkswirtschaft die entscheidende Rolle. Die Partei hat die Aufgabe gestellt, die Position bezüglich des Maschinenbaukomplexes grundlegend zu verändern. Die Situation, als im elften Planjahr fünf nur etwa fünf Prozent aller Investitionen für den produzierenden Bereich in den zivilen Maschinenbau gelangten, wurde einer vernichtenden Kritik unterzogen. Es wurden bereits die ersten Beschlüsse über die neue Umverteilung der Mittel getroffen. Insbesondere auf Kosten der Landwirtschaft wurden für den Maschinenbau fast sechs Milliarden Rubel zusätzlich zur Verfügung gestellt. Im zwölften Planjahr fünf sollen die Investitionen für den zivilen Maschinenbau im Vergleich zum elften Planjahr fünf um das 1,8fache erhöht werden. 1986 haben sich die Investitionen in den Maschinenbau bereits um 17 Prozent erhöht. Das ist mehr als in den vorausgegangenen fünf Jahren.

Diese bedeutende Zunahme der Investitionen in den Maschinenbau gestattet es, die Norm der Erneuerung des Produktionspotentials dieser Betriebe von zwei Prozent in der Vergangenheit auf

acht bis neun Prozent jährlich zu erhöhen und im zwölften Planjahr fünf nicht weniger als 40 Prozent der gesamten metallverarbeitenden Anlagen in den Betrieben des Maschinenbaus zu erneuern, indem die alten, hauptsächlich Mehrzweckwerkzeugmaschinen, durch neue CNC-Werkzeugmaschinen, Bearbeitungszentren und moderne automatisierte Fertigungsanlagen ersetzt werden. Wenn 1985 nur 29 Prozent der Produktion den internationalen Anforderungen entsprachen, so soll sich 1990 dieser Anteil auf 80 und mehr Prozent belaufen.

Die Strategie besteht also darin, in erster Linie den Aufschwung des Maschinenbaus zu sichern, mit der Massenproduktion von Technik der neuen Generation für alle Zweige zu beginnen und auf dieser Basis eine grundlegende technische Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft durchzuführen.

In der jüngsten Zeit haben das Zentralkomitee und die Regierung eine Reihe von Beschlüssen zur verstärkten Entwicklung der wichtigsten Zweige des Maschinenbaus beschlossen, die den technischen Fortschritt bestimmen: für flexible automatisierte Produktionen und Robotertechnik, für Rotor- und Rotorfließbandstraßen, elektronische Rechentechnik, den Maschinenbau für die Leicht- und Nahrungsmittelindustrie und für andere Zweige. Dabei wird der Mikroelektronik, der Rechentechnik und dem Gerätebau sowie der ganzen Informatikindustrie besondere Aufmerksamkeit geschenkt, die einen entscheidenden Einfluß auf die Effektivität der

Arbeitsmittel und der technologischen Systeme in allen Zweigen ausüben. Der Maschinenbau ist die Basis für die technische Rekonstruktion der gesam-

ten Volkswirtschaft; von seinem Aufschwung hängt in erster Linie die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Lande ab.

V.

Die Notwendigkeit einer verstärkten sozialen Ausrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung, der Umschwung zugunsten der Erhöhung des Wohlstandes des sowjetischen Volkes sind damit verbunden, daß sich in unserem Land eine merkliche Diskrepanz zwischen seiner industriellen Stärke, der Entwicklung von Wissenschaft und Kultur, der Bildung der Menschen einerseits und dem Niveau der Befriedigung ihrer materiellen und sozialen Bedürfnisse andererseits gebildet hat. Die Ursachen dafür liegen in unserer schweren Geschichte — die wirtschaftliche Zerrüttung nach dem Ersten Weltkrieg und dem Bürgerkrieg, die darauffolgende sehr schwere Periode des Großen Vaterländischen Krieges gegen das faschistische Deutschland, in dem unser Land 20 Millionen Menschen und ein Drittel des gesamten nationalen Reichtums verlor. — In den ersten Nachkriegsjahren mußten wir neben dem Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Wirtschaft auch das kostspielige Problem der Entwicklung der Atombombe und der Schaffung eines Raketenschildes lösen, um die friedliche Arbeit unseres Volkes zu schützen.

Unter diesen Bedingungen wurden die Kräfte und Mittel auf die Entwicklung der Schwerindustrie und die Verteidigung konzentriert. Für die Gebrauchsgüterindustrie, für die soziale Sphäre, für die Erhöhung des Lebensniveaus des Volkes wurden jedoch nicht genug Mittel bereitgestellt. Doch selbst unter diesen nicht leichten Bedingungen waren den Werktätigen alle sozialen Errungenschaften der sozialistischen Revolution garantiert. Die Arbeitslosigkeit wurde beseitigt, die kostenlose gesundheitliche Betreuung und Volksbildung wurde eingeführt. In einem bedeutenden Maße wurde Wohnraum durch den Staat zur Verfügung gestellt. Die Renten wurden vollständig aus dem Staatshaushalt gezahlt. Der materielle Wohlstand der Bevölkerung erhöhte sich, die geistigen Bedürfnisse wurden besser befriedigt. Aber das alles wurde nur in begrenztem Umfang verwirklicht. Das Sinken des Wachstumstempes und der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion in den siebziger Jahren und zu Beginn der achtziger Jahre wirkte sich besonders schmerzhaft auf die soziale Sphäre aus. All das hat sehr negativ die Lösung der sozialen Probleme beeinflußt.

Die neue wirtschaftliche und soziale Politik sieht die Überwindung dieser ungünstigen sozialen Folgen vor. Man muß die gesamte soziale Sphäre, den Wohlstand der Menschen in Übereinstimmung mit dem industriellen Niveau unseres Landes und den Bedürfnissen der Gesellschaft bringen und der Lösung dieser Fragen vorrangige Bedeutung zukommen lassen. Insbesondere ist vorgesehen, den Umfang des Wohnungs- und Kommunalbaus auf das Eineinhalbfache zu vergrößern und bis zum Jahr 2000 40 Millionen Komfortwohnungen und Einfamilienhäuser zu übergeben, das heißt soviel, wie gegenwärtig im gesamten Land zur Verfügung stehen.

Die Berechnungen zeigen, daß unter Berücksichtigung der Zunahme der Bevölkerungszahl (sie wird an der Schwelle zum Jahr 2000 die 300 Millionen-Grenze überschreiten, gegenwärtig beträgt sie 283 Millionen) und bei gerechter Verteilung der Wohnraum reichen wird, um jeder Familie eine eigene komfortable Wohnung zuweisen zu können. Dabei werden wir unser Privileg behalten, das Land mit den niedrigsten Mieten zu sein — betragen doch die Miete und die Kommunalabgaben gegenwärtig weniger als drei Prozent an den Ausgaben der Bevölkerung der UdSSR.

In der nächsten Zeit muß auch das Lebensmittelproblem gelöst werden. Der Markt muß mit verschiedenen Lebensmitteln aufgefüllt, vor allem müssen die Bedürfnisse der Bevölkerung an Fleisch- und Milchprodukten vollständig befriedigt werden. Dafür ist vorgesehen, im zwölften Planjahr fünf das Wachstumstempo bei der Produktion von Lebensmitteln um 14,4 Prozent zu erhöhen. Im elften Fünfjahrplan hatte sich der Umfang der landwirtschaftlichen Produktion im Land nur um sechs Prozent erhöht, während die Bevölkerung um vier Prozent zunahm.

Es ist ferner vorgesehen, das Wachstumstempo der Dienstleistungen auf das Zwei- bis Dreifache zu erhöhen. Es wurde ein Komplexprogramm für die Produktion von Massenbedarfsgütern und zur Entwicklung der Dienstleistungen angenommen. Um das Leben der Rentner zu verbessern, wird ein neues Rentengesetz vorbereitet, das eine bedeutende Erhöhung der Renten unter Beibehaltung des Rentenalters vorsieht. Das Rentenalter beginnt bei

den Frauen mit 55 und bei den Männern mit 60 Jahren (die Menschen, die unter schweren Bedingungen arbeiten, sowie im hohen Norden der Sowjetunion tätig sind, können bei entsprechenden Dienstjahren fünf bis zehn Jahre früher in Rente gehen).

Eine akute Frage ist die grundlegende Verbesserung des Gesundheitswesens. Der Bau von Objekten des Gesundheitswesens wurde wesentlich erweitert, die Tätigkeit des Ministeriums für Gesundheitswesen wurde reorganisiert und dessen Führung erneuert. Des weiteren wurden die Gehälter für die Ärzte und das andere medizinische Personal um durchschnittlich 35 Prozent erhöht. Ein umfangreicher programmatischer Beschluß zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes für die Bevölkerung und die Umgestaltung des Gesundheitswesens ist in Vorbereitung.

Bei der Durchführung der Sozialpolitik wird konsequent das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit verwirklicht und die Gleichmacherei bei der Bezahlung der Arbeit abgeschafft. Unter den neuen Bedingungen der Wirtschaftsführung wird die Bezahlung der Arbeit strenger von deren Qualität abhängig gemacht, und das in Übereinstimmung mit dem Grundprinzip der Verteilung unter unseren sozialistischen Bedingungen. Die soziale Gerechtigkeit durchdringt auch alle anderen Bereiche der Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Be-

völkerung: bei der Verteilung von Wohnraum, der Gestaltung der Erholung, der Gewährung von verschiedenen Vergünstigungen und Privilegien. Die Kontrolle über die Einhaltung der sozialen Gerechtigkeit wurde den Arbeitskollektiven der Werktätigen und der Gewerkschaftsorganisation übertragen. Dabei wurden die Rechte der Arbeitskollektive und der Gewerkschaften bedeutend erhöht.

All diese Maßnahmen zur Lösung der sozialen Aufgaben haben zum Ziel, das Leben der Menschen nicht nur materiell sondern auch qualitativ zu verbessern. Es steht bevor, eine hochentwickelte sozialistische Lebensweise herauszubilden und die Vorteile der sozialistischen Gesellschaft zu festigen. Dabei gehen wir weiter davon aus, daß es in unserem Land keine Arbeitslosigkeit geben wird. Es ist ferner vorgesehen, den Werktätigen mehr Freiheit bei der beruflichen Qualifizierung einzuräumen. In dieser Hinsicht ist geplant, die Tätigkeit der Organe für Arbeit und soziale Fragen zu aktivieren und das System der Ausbildung und der Umschulung der Kader auf Staatskosten weiter zu entwickeln. Die Umgestaltung wird letztlich für das Wohl des Menschen vollzogen. Und zu den höchsten Kriterien des Erfolgs gehört die vollständige Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Menschen. Darin besteht auch das Ziel der vorgesehenen Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung.

VI.

Die Durchführung der radikalen Reform des Leitungssystems und des gesamten Wirtschaftsmechanismus ist die wichtigste Richtung der Umgestaltung. Das bestehende System der Leitung und der Wirtschaftsführung ist überlebt und veraltet; es ist die Basis des Bremsmechanismus bei der Entwicklung unserer Wirtschaft. Es stimuliert den extensiven Weg der Entwicklung, behindert die Intensivierung und erschwert damit den wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Es sichert nicht demjenigen Vorteile, der die Qualität der Erzeugnisse erhöht. Bei diesem System ist der Betrieb auch nicht an der qualitativen Verbesserung der Erzeugnisse interessiert.

Das Hauptmerkmal des gegenwärtigen Wirtschaftsmechanismus und des Leitungssystems ist das Übergewicht von administrativen Methoden. Die ökonomischen Methoden sind dabei untergeordnet und zweitrangig. Dieser Wirtschaftsmechanismus hat sich über einen langen Zeitraum hinweg herausgebildet. In den gewaltigen Umschwüngen der Ge-

schichte hat unser Staat seine administrative Macht genutzt, um die einen oder anderen vorrangigen Aufgaben zu lösen. Aber entsprechend der Entwicklung der Produktivkräfte, der Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Verstärkung der sozialökonomischen Faktoren bei der wirtschaftlichen Entwicklung geriet das administrative Leitungssystem immer mehr in Widerspruch zu den wachsenden Bedürfnissen der Gesellschaft und letztlich in einen scharfen und langanhaltenden Konflikt. Es wurde klar, daß es so nicht weiter gehen konnte, daß ein Umschwung, eine Umgestaltung erforderlich war. Das wichtigste Glied dieser Umgestaltung im Bereich der Wirtschaft ist die Durchführung einer radikalen Reform des Leitungssystems und des gesamten Wirtschaftsmechanismus. Es waren zwei lange Jahre notwendig, um die Richtungen dieser Reform zu konzipieren sowie zahlreiche Wirtschaftsexperimente zur Erarbeitung von Elementen des neuen Wirtschaftsmechanismus durchzuführen. Diese Periode ist nun beendet. Das Juni-Plenum (1987) des ZK der KPdSU hat die

Erarbeitung eines neuen ganzheitlichen Systems der Leitung abgeschlossen. Es wurde ein umfangreiches Programm zur grundlegenden Umgestaltung des volkswirtschaftlichen Mechanismus angenommen.

Möglicherweise wurde noch nie ein Plenum des Zentralkomitees in der Vergangenheit so sorgfältig und gründlich vorbereitet. Eine große Gruppe von Fachleuten erarbeitete den Gesetzentwurf über den staatlichen Betrieb, der zur allgemeinen Volksdiskussion unterbreitet wurde. Während der Volksdiskussion wurden 140 000 Vorschläge, Ergänzungen und Änderungen eingereicht. Unter Berücksichtigung dieser Vorschläge wurde der Gesetzentwurf wesentlich ergänzt und dem Plenum des ZK der KPdSU zur Diskussion vorgelegt. Das Plenum billigte ihn, und das Gesetz wurde durch den Obersten Sowjet der UdSSR am 30. Juni 1987 bestätigt.

Zur gleichen Zeit erarbeitete die Regierung der UdSSR mehrere Entwürfe für Beschlüsse zur grundlegenden Umgestaltung der Tätigkeit von zentralen staatlichen Dienststellen, Fachministerien und örtlichen Verwaltungsorganen. Das war eine schwierige Arbeit, die aus mehreren Etappen bestand. Die Entwürfe dieser Beschlüsse sahen u. a. die Umgestaltung der Planung, der Preisbildung, der Finanzierung, der Arbeit der Banken, der materiell-technischen Versorgung, der Tätigkeit der Organe für Arbeit und soziale Fragen, der Arbeit des Staatlichen Komitees für Wissenschaft und Technik, der Fachministerien, der örtlichen Organe und der Organe auf Republiksebene und des Apparats des Ministerrates der UdSSR vor. Diese Entwürfe wurden auf dem Plenum grundsätzlich gebilligt und bald darauf vom ZK der KPdSU und vom Ministerrat der UdSSR bestätigt.

Die radikale Reform des Leitungssystems besteht nicht darin, auf die einen oder anderen Errungenschaften des Sozialismus zu verzichten. Unsere Gesellschaft entwickelt sich unter sozialistischen Bedingungen, und es bestehen objektive Gesetzmäßigkeiten dieser Entwicklung, auf deren Basis auch der neue Wirtschaftsmechanismus beruht. Dabei geht es um die Herrschaft des sozialistischen Eigentums, vor allem um das Eigentum des ganzen Volkes, um die planmäßige und proportionale Entwicklung, die Verteilung nach der Leistung, um das Prinzip des demokratischen Zentralismus bei der Organisation der Leitung, um die Aktivierung der Warenproduktion und der Ware-Geld-Beziehungen und anderes mehr.

Diese und andere Gesetze und Kategorien des sozialistischen Wirtschaftens werden im Zuge der vollständigen Umgestaltung der Leitung nicht abgeschafft, im Gegenteil, sie werden weiterentwickelt

und bereichert. Das Prinzip „mehr Sozialismus“, das von Michail Gorbatschow dargelegt wurde, ist das Grundlegende bei der Betrachtung aller Aspekte der Veränderung des Wirtschaftssystems.

Das Wesen der Reform besteht in der grundlegenden Veränderung der Leitungsmethoden, im Übergang von administrativen zu wirtschaftlichen Methoden, in der Entwicklung der wirtschaftlichen Demokratie und der Formen der Realisierung des sozialistischen Eigentums, der Planmäßigkeit und des demokratischen Zentralismus.

Die administrativen Methoden der Leitung beruhen bisher auf direktiven Aufgaben des Staatsplanes, der jedes Jahr von oben nach unten aufgeschlüsselt wird. Das ist die Grundlage des Kommando-Befehl-Systems der Wirtschaftsleitung. Dieses System soll beseitigt werden. Von jetzt an werden die Pläne des Betriebes und der wirtschaftlichen Vereinigung durch diese aufgestellt und bestätigt. Ihre Pläne müssen nicht durch irgendein übergeordnetes Leitungsorgan bestätigt werden. Erst recht wird es auch keine Aufschlüsselung des Planes mehr geben.

Der Betrieb, der mit der Aufstellung des Planes für das kommende Jahr beginnt, stellt in erster Linie ein Paket von Aufträgen auf der Basis der Bestellungen der Verbraucher zusammen. Verbraucher können auch staatliche Organe sein. In diesem Fall haben ihre Bestellungen den Charakter eines Staatsauftrages. Der Anteil der staatlichen Aufträge wird jedoch geringer. Sie werden vor allem die Bedürfnisse der Landesverteidigung, die Ausrüstung von staatlichen Baustellen und gesamtstaatliche Aufgaben betreffen. Bei der Produktion von Konsumgütern und im Dienstleistungswesen werden die Pläne ausschließlich auf der Grundlage der Bestellungen des Handels konzipiert.

Die Betriebe nehmen bei stabilen und langfristigen ökonomischen Normativen, die rechtzeitig vor Beginn des Planjahrfünfts festgelegt werden, die Berechnung ihrer ökonomischen Kennziffern vor und bestimmen den Erlös bei wirtschaftlicher Rechnungsführung, über den das jeweilige Arbeitskollektiv selbständig verfügen kann. Etwa ein Jahr vor Beginn des Planjahrfünfts werden dem Betrieb von der übergeordneten Organisation Kontrollziffern des kommenden Planjahrfünfts zugewiesen. Diese Kontrollziffern tragen beratenden, aber keinen direktiven Charakter und dienen als Ausgangsbasis für die Erstellung des Fünfjahrplans.

Diese prinzipiell neue Ordnung der Planung geht davon aus, daß die Betriebe auf Selbständigkeit, Eigenwirtschaftung, Eigenfinanzierung und

Selbstverwaltung hin orientiert werden. Diese vier Merkmale — jedes von ihnen beginnt mit dem Wort „eigen“ oder „selbst“ — begründen eine völlig neue wirtschaftliche Stellung der grundlegenden Produktionseinheit im System der ökonomischen Beziehungen in unserem Land. Nur unter solchen Bedingungen kann das Arbeitskollektiv des Betriebes wirklich der Hausherr, der Eigentümer und der Verwalter der ihm zugewiesenen Produktionsmittel werden.

Der Betrieb wird auf die vollständige wirtschaftliche Rechnungsführung umgestellt und begleicht somit seine Ausgaben mit den eigenen Einnahmen. Gegenwärtig decken die Einnahmen der Betriebe nur die laufenden Ausgaben, während ein bedeutender Teil der Investitionen der Betriebe durch zentralisierte Mittel realisiert wird. Die vollständige wirtschaftliche Rechnungsführung setzt die völlige Eigenerwirtschaftung voraus, bei der die Einnahmen aus der Realisierung der Produktion sowohl die laufenden Ausgaben als auch die Investitionen

decken. Der Betrieb muß auch für alle in Anspruch genommenen Ressourcen zahlen. Heute zahlt man für die Natur- und Arbeitskräfteressourcen so gut wie nichts.

Die Schlüsselfrage des Übergangs zu ökonomischen Methoden der Leitung ist die begründete Festlegung der ökonomischen Normative, die zum wichtigsten Regulator der Tätigkeit der Betriebe unter den neuen Bedingungen des Wirtschaftens wird. Es ist klar, daß diese Normative stabil und langfristig sein müssen. Sie werden für mindestens fünf Jahre festgelegt und sind für den Betrieb einheitlich.

Es ist verständlich, daß sich die Betriebe mit einer hohen Rentabilität in einer besseren Lage befinden, während es für unrentable schwieriger ist. Insbesondere in vielen kapitalistischen Ländern ist ein einheitlicher Steuerprozentsatz für den Profit festgesetzt. Er ist ein wirksames Mittel zur Erhöhung der Rentabilität.

VII.

Quelle der Finanzierung umfassender Rekonstruktionen oder neuer Bauvorhaben soll der Bankkredit sein, den man erhalten kann, wenn man der Bank die Rentabilität der geplanten Maßnahme aufzeigt und u. a. die Fristen des Rückflusses und der Effektivität berechnet.

Unter den Bedingungen der vollständigen wirtschaftlichen Rechnungsführung der Betriebe hat die Umgestaltung der Preise, des Finanz- und Kreditsystems und der materiell-technischen Sicherstellung grundlegende Bedeutung. Der Betrieb kann nur dann selbständig sein, wenn ein Großhandel mit vielen Kanälen eingeführt wird, der auch direkte kommerzielle Verbindungen zwischen den Betrieben einschließt. Der Betrieb muß die Möglichkeit haben, den Lieferanten selbst auszuwählen. Die noch bestehende zentralisierte materiell-technische Sicherstellung nach Fonds und Aufträgen ist der Hauptträger der *administrativen* Leitungsmethoden, der dem Betrieb völlig die Möglichkeit nimmt, frei zu handeln. Deshalb ist die Ablösung der *zentralisierten materiell-technischen Sicherstellung* durch den *Handel mit Produktionsmitteln* vielleicht die wesentlichste Maßnahme auf dem Weg des Übergangs von den *administrativen* zu wirtschaftlichen Methoden.

Was behindert einen derartigen Übergang? Vor allem das bestehende Preissystem, das nach dem Aufwand gebildet wird. Es ist eine grundlegende Re-

form der Preise notwendig. Dabei geht es um eine allgemeine Preisreform, die die Großhandelspreise, die Tarife, die Aufkaufpreise in der Landwirtschaft und die Einzelhandelspreise erfaßt. Sehr wichtig ist es auch, die Preise wesentlich nach den Arten der Produktion unter Berücksichtigung ihrer Qualität und der Effektivität des Verbrauchs zu differenzieren.

Die Reform der Preise sowie des Kredit- und Finanzsystems schafft die ökonomischen Voraussetzungen für eine Ablösung der bisherigen materiell-technischen Sicherstellung durch den Großhandel. Das bestehende Defizit, das auch die Ursache für die Anwendung der zentralisierten materiell-technischen Sicherstellung bei uns ist, ist hauptsächlich mit den Mängeln im wirtschaftlichen Mechanismus, mit den nicht richtigen Preisen, mit dem Vorhandensein überflüssigen Geldes verbunden und wurde durch die zentralisierte Versorgung selbst hervorgebracht. Wenn wir hier Ordnung schaffen, wird auch ein großer Teil der Mängel beseitigt.

Gleichzeitig trägt ein Teil des Defizits strukturellen Charakter; das hängt mit der ungenügenden Entwicklung einer Reihe von Produktionen zusammen. Dies geschah beispielsweise durch die Trennung der Produktion von den Bedürfnissen des Verbrauchers. Die Produktion entwickelte sich oftmals eigenständig und orientierte sich nur an eigenen, vorteilhaften Kennziffern. Deshalb produzieren wir

viele Erzeugnisse in größeren Mengen, als für die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse notwendig ist bzw. einige Erzeugnisse nur in geringeren Mengen. Es braucht Zeit, um die Produktion mit der Struktur der Bedürfnisse und der kaufkräftigen Nachfrage in Einklang zu bringen. Dafür werden wir zeitweise gezwungen sein, für bestimmte Arten von Ressourcen, an denen ein wirklicher Mangel besteht, eine limitierte Verteilung beizubehalten. Aber die grundlegende Form der Zuführung der Produktionsmittel an die Betriebe wird zukünftig der Großhandel sein. Prognosen sprechen davon, daß 1990 der Anteil des Großhandels bei der Versorgung der Betriebe mit Produktionsmitteln 60 Prozent betragen und 1992 bereits 80 bis 90 Prozent erreichen wird.

Die Entwicklung des Großhandels beinhaltet eine bedeutende Erweiterung des sozialistischen Marktes, die Aktivierung und Vertiefung der Ware-Geld-Beziehungen. Um den sozialistischen Markt zu einem wirksamen Instrument der Bewertung der gesellschaftlichen Nützlichkeit und der Effektivität der durch die Betriebe hergestellten Erzeugnisse zu gestalten, ist es notwendig, die Zahlungsfähigkeit dieser Betriebe zu sichern und das bestehende Monopol einzelner Betriebe für die Herstellung bestimmter Produktionsmittel zu beseitigen.

Der sozialistische Markt ist in der Hinsicht ein regulierbarer Markt, als die Preise für die wichtigsten Erzeugnisse durch den Staat festgelegt werden. Das betrifft z. B. Brennstoffe, Elektroenergie, wichtige Rohstoffe, Massenwalgut und die wichtigsten Konsumgüter. Das wird deshalb getan, damit der Staat die Dynamik der Preise in der Hand behält, Inflationstendenzen vorbeugt und die Möglichkeit hat, überhöhte Preise zu verhindern. Gleichzeitig wird es aber auch eine dezentralisierte Preisbildung geben: Ein zunehmender Teil der Waren wird nach vertraglichen, also freien Preisen verkauft werden. Darüber hinaus können die staatlichen Organe über das System der ökonomischen Normative auf den Markt wirken und die zusätzliche Produktion der einen oder anderen Waren stimulieren oder andererseits durch ökonomische Maßnahmen die Herstellung von weniger effektiven Produkten begrenzen.

Die schwierigste Frage der Umgestaltung des wirtschaftlichen Mechanismus ist, meiner Meinung nach, die Interessiertheit der Werk tätigen an den Resultaten ihrer Arbeit zu sichern. Das Bestehen begründeter Preise und des Großhandels sowie die Beseitigung überflüssigen Geldes führt nicht automatisch dazu, die Versorgung der Betriebe oder der

Bevölkerung mit Waren zu verbessern. Es ist zusätzlich erforderlich, daß es zum Vorteil wird, die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Deshalb besteht die Schlüsselfrage darin, den Arbeitslohn direkt von den Ergebnissen der Arbeit abhängig zu machen. Das System der vollständigen wirtschaftlichen Rechnungsführung und der Eigenfinanzierung gestattet das prinzipiell.

Der Staat trägt keine Verantwortung für die Konten des Betriebes, und der Betrieb hat keine Verantwortung für die Verpflichtungen des Staates. Von den Ergebnissen der Tätigkeit des Betriebes wird die Höhe der Lohnfonds jetzt unmittelbar abhängen. Das trifft auch für den Durchschnittslohn der Arbeiter und die Mittel für die soziale Entwicklung des Kollektivs zu. Unter diesen Bedingungen müssen das Kollektiv und der Betrieb selbständig wirtschaftliche Entscheidungen treffen und die materielle Verantwortung für diese tragen. Das bedeutet, daß die administrative Einschaltung in die Tätigkeit der Betriebe, wie sie jetzt noch erfolgt, unzulässig ist. Das bedeutet ferner, daß die Arbeit der Planungs-, Zweig- und Territorialorgane grundlegend neu gestaltet werden muß.

Die Planung muß vor allem auf die Begründetheit der ökonomischen Normative, der Preise, der Finanz- und Kreditbedingungen und der Stimuli sowie der staatlichen Aufträge nach einer begrenzten und immer mehr eingeschränkten Nomenklatur erfolgen. Natürlich werden auch die Richtungen der Nutzung der zentralistischen Mittel des Staates sowie die Schaffung neuer Wirtschaftszweige, großer Objekte, der Infrastruktur der Hauptverkehrswege, die Rekonstruktion der Städte usw. Gegenstände der Planung sein. Das alles erfordert, die Tätigkeit des Staatlichen Plankomitees und der anderen Planungsorgane auf perspektivische und strategische Fragen zu konzentrieren und von der laufenden Regulierung der Produktion wegzukommen. Die operative wirtschaftliche Tätigkeit wird jetzt nach unten verlagert und zum Gegenstand der wirtschaftlichen Vereinigungen und der Betriebe selber. Unter diesem Blickwinkel müssen auch die Fachministerien ihre Tätigkeit grundlegend neu gestalten. Sie müssen zu wissenschaftlich-technischen und planwirtschaftlichen Stäben werden und mit der kleinlichen Bevormundung der Betriebe aufhören. Die Territorialorgane müssen damit Schluß machen, Kollektive beispielsweise zu landwirtschaftlichen oder zu Bauarbeiten abzustellen, ohne zumindest die Aufwendungen auszugleichen. Das heißt: „Jeder hat sein Bündel selber zu tragen“.

VIII.

Dabei werden die Möglichkeiten der territorialen Organe im neuen wirtschaftlichen Mechanismus entscheidend erweitert. Man kann nur dann effektiv leiten, wenn man Ressourcen in den Händen hat. Die kommunalen Organe werden eine zuverlässige Quelle solcher Ressourcen erhalten. Die kommunalen Haushalte werden nach den ökonomischen Normativen durch die Abführung eines Teils der Zahlungen für regionale Ressourcen (Natur- und Arbeitskräftressourcen) an sie und die Abführung eines Teils des Erlöses (um die Höhe des kommunalen Haushalts mit der Effektivität des Betriebes zu verbinden) gebildet. In die kommunalen Haushalte wird auch ein Teil der Steuern vom Umsatz der Produktion und des Verkaufs der entsprechenden Waren in dem jeweiligen Territorium abgeführt. Die kommunalen Organe der Staatsmacht leiten jetzt den Agrar-Industrie-Komplex. Ihnen sind die territorialen Bauorganisationen unterstellt. Ferner werden ihnen wichtige Funktionen bei der Produktion von Massenbedarfsgütern und der sozialen Entwicklung übertragen. Ich denke, daß in der Zukunft ein bedeutender Teil der kleinen und mittleren Betriebe aller Industriezweige den kommunalen Organen unterstellt werden wird.

Daraus folgt, daß die kommunalen Organe jetzt alle Möglichkeiten zur Sicherung der komplexen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihrer Gebiete haben, einschließlich der Gründung von Genossenschaften und der Förderung individueller Erwerbstätigkeit. Aber dazu muß man mit dem parasitären Denken aufhören, mehr vor die eigene Tür schauen, die örtlichen Möglichkeiten und Reserven nutzen und nicht in den Himmel, in Richtung der hohen Führung blicken, die irgendetwas bereitstellt und irgendwie hilft, wie das in der Vergangenheit war. Durch die Beschlüsse der Regierung wurden den örtlichen Organen umfassende Rechte eingeräumt. Aber viele dieser Organe beherrschen diese Rechte noch nicht. Sie ziehen es vor, darüber zu klagen, daß alles beim Alten bleibt, daß die Ministerien weiterhin dieselben Rechte haben usw. Sie haben vergessen, daß man Rechte nicht einfach verteilt, sondern daß man sie sich aneignen muß, manchmal sogar eigenmächtig, so wie sich manchmal initiativreiche Stadtexekutivkomitees den Kultur-, Sozial- und Wohnungsbaufonds auf Ministeriumsebene aneignen, wie einzelne Regionen und Gebiete eine aktive Politik zum Umweltschutz betreiben, wie einzelne Republiken und örtliche Organe die Landwirtschaft oder den Wohnungsbau initiativreich entwickeln und die Ernährung der Bevölkerung, die Versorgung der Geschäfte mit Waren wesentlich verbessern und die Wartezeit auf

eine neue Wohnung verkürzen. Aber leider sind das noch einzelne und keine allgemeinen Erscheinungen.

Die Trägheit vieler örtlicher Organe erklärt sich durch die ungenügend entwickelte Demokratie. Sie sind bis jetzt noch keinem ernsthaften Druck seitens der Werktätigen ausgesetzt, die die trägen Leiter durch aktivere und kühnere ersetzen müssen, wenn sie sehen, was sich beim Nachbar tut, wo die Versorgungsbedingungen besser sind, wo mehr Wohnungen gebaut werden, wo die ökologische Situation besser wird. Deshalb ist die Entwicklung der Demokratie, wie auf dem Juni-Plenum (1987) des ZK der KPdSU richtig festgestellt wurde, die wichtigste Bedingung für die ganze Umgestaltung des Leitungssystems. Gerade im Verlauf der Entwicklung der Demokratie werden breite Massen von Werktätigen in die Umgestaltung einbezogen. Die Erhöhung der Rolle der Arbeitskollektive in den Betrieben, der Übergang zur Wählbarkeit der Leiter sind wichtige Meilensteine auf diesem Weg.

In der gegenwärtigen Etappe muß nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus die Tendenz der Entwicklung und Vertiefung der Demokratie eine vorrangige Bedeutung erhalten, während in den vergangenen Jahren eine Deformation dieses Merkmals erfolgte und der Zentralismus in vielem die demokratischen Anfänge der Leitung unterdrückte.

Mit dem Übergang zu ökonomischen Methoden nimmt die zentralisierte Lenkung der Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft ein neues Aussehen an. Es wäre nicht richtig, den Zentralismus nur mit den staatlich vorgegebenen Direktivaufgaben und den kommando- und befehlsmäßigen Leitungsmethoden in Verbindung zu bringen. Hier ersetzt die Form den Inhalt. Die zentralisierten und für die gesamte Volkswirtschaft gleichen Aufgaben müssen und können unter den neuen Bedingungen durch ökonomische Methoden, d. h. durch mehr Demokratie gelöst werden. Hier ist die Berücksichtigung der ökonomischen Interessen der Menschen, die Anerkennung der Werktätigen als wirkliche Verwalter der Produktionsmittel, die sich in ihrer Disposition befinden, das Wichtigste. Die ökonomischen Methoden werden dann wirksam, wenn sie auf den Interessen der Menschen aufbauen. Wir müssen es lernen, unter Berücksichtigung der Interessen der Menschen zu leiten. Die *Demokratisierung* unserer gesamten Gesellschaft und die Entwicklung der Transparenz sind die Hauptrichtung der Umgestaltung.

In bezug auf die Wirtschaft geht es um die Erhöhung der Rolle der Arbeitskollektive bei der Lösung der Wirtschaftsfragen, beim Übergang zur Selbstverwaltung. Im Gesetz über den staatlichen Betrieb werden den Arbeitskollektiven zur Bestätigung der Pläne der ökonomischen Entwicklung des Betriebes, zur Anwendung der Kriterien für die Entlohnung der Arbeit und zur sozialen Entwicklung der Belegschaft stärkere Rechte eingeräumt. Besondere Bedeutung hat das Recht der Arbeitskollektive, auf allen Produktionsebenen die wirtschaftlichen Leiter zu wählen. Früher wurde inner-

halb des administrativen Systems der Leitung zusammen mit den Direktivkennziffern, die als Aufschlüsselung des Planes den Betrieben von oben zugewiesen wurden, auch der Leiter von oben bestellt. Jetzt ist unter den Bedingungen der vollständigen wirtschaftlichen Rechnungsführung und der Eigenfinanzierung, bei denen der Wohlstand des Kollektivs vor allem von der Organisation seiner Arbeit und dem Niveau seiner Produktivität abhängt, die Wahl eines Leiters natürlich, der als Führer des Arbeitskollektivs hohe Effektivität erreicht.

IX.

Die Umgestaltung ist ein komplizierter, schmerzhafter Prozeß. Ihr Erfolg wird in vielem vom sozialpsychologischen Klima in der Gesellschaft abhängen, in der sie sich vollzieht. Das Schwierigste besteht hier in der Umgestaltung des Denkens, des Bewußtseins der Menschen; erst dann folgen Taten und die wirkliche Arbeit zur Veränderung der Gesellschaft.

Die Idee der Umgestaltung muß die Gesellschaft ergreifen. Dann kommt auch die Umgestaltung voran: Eine unschätzbare Unterstützung erweist die ideologische Sphäre — die Massenmedien. Transparenz, Wahrheit, Kritik und Selbstkritik — das sind die wirksamen Instrumente zur Vorbereitung eines neuen Bewußtseins. Die vorrangige Veränderung der ideologischen Sphäre ist somit ein mächtiger Impuls für die Umgestaltung der ökonomischen und der anderen Sphären der Gesellschaft.

Genau das vollzieht sich gegenwärtig in unserem Land. Dem bloßem Auge fallen die gewaltigen Veränderungen in der Presse, in den Fernsehsendungen, in der Arbeit der Schriftsteller, der Filmschaffenden und der Theater auf. Die Freiheit des Wortes entfaltet sich auf allen Gebieten. Es erfolgt eine kritische Analyse der sich vollziehenden Veränderungen, die Erfahrungen der vergangenen Jahre werden von der Position der Wahrheit aus gewertet. Alle fühlen, daß es sich leichter atmen läßt, daß das sozial-psychologische Klima im Land insgesamt den Veränderungen, der Umgestaltung nützlich ist. So arbeitet die Transparenz für die Wirtschaft und stimuliert die ökonomische Reform.

In welcher Etappe befinden wir uns jetzt? Ganz am Anfang. Wir beginnen praktisch erst mit der Umgestaltung. Die größte Aufmerksamkeit während dieser ersten Etappe wurde den sozialen Faktoren der Beschleunigung gewidmet. Man mußte die Werkstä-

tigen von der Notwendigkeit einer Umgestaltung überzeugen. In dieser Hinsicht wurde nach meiner Meinung eine sehr große Arbeit geleistet und die Resultate bestehen darin, daß breite Massen psychologisch auf die Umgestaltung vorbereitet sind. Andererseits haben sich der Appell zur Disziplin, zur Ordnung, zur Verantwortung, zur Initiative, die Stärkung der wirtschaftlichen Leitungskader, die Möglichkeiten, zu experimentieren und mit größerer Selbständigkeit zu arbeiten, positiv auf unsere Entwicklung ausgewirkt.

Was erbrachten die ersten Schritte der Umgestaltung? Im sozialen Bereich haben wir in erster Linie der Erweiterung des Wohnungs- und des gesellschaftlichen Baus die größte Aufmerksamkeit gewidmet.

In den vergangenen 20 Jahren hat der Umfang des Wohnungsbaus, ungeachtet des Anwachsens der Bevölkerung vor allem in den Städten, nicht zugenommen. Durchschnittlich haben wir jedes Jahr 100 bis 105 Millionen Quadratmeter Wohnraum gebaut und übergeben. 1986, im ersten Jahr der Umgestaltung, ist es uns gelungen, 118 Millionen Quadratmeter Wohnraum schlüsselfertig zu übergeben. Für 1987 wird die Übergabe von 128 Millionen Quadratmetern erwartet. Wenn wir früher jährlich je zwei Millionen Wohnungen und Häuser gebaut haben, so errichteten wir in den beiden letzten Jahren 2,3 bis 2,4 Millionen Wohnungen. In den neunziger Jahren werden wir jährlich je drei Millionen Wohnungen bauen. In einem noch größeren Umfang wachsen die Kennziffern im kommunalen Bauwesen. Immer mehr Kindereinrichtungen, Schulen, Krankenhäuser und kulturelle Einrichtungen werden ihrer Bestimmung übergeben. Der Zuwachs beträgt hier durchschnittlich mehr als 50 Prozent. Damit ist es gelungen, die negative Tendenz der Verringerung des Anteils der Investitionen für den

Kultur-, Sozial- und Wohnungsbau zu beseitigen. Dieser Anteil nimmt jetzt zu.

Ein anderes Gebiet, auf dem die ersten Fortschritte erreicht wurden, ist die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen mit Lebensmitteln. Wie bekannt, existiert in vielen Gebieten des Landes ein Mangel an Fleisch- und Milchprodukten, an Obst und Gemüse. In der letzten Zeit hat sich die landwirtschaftliche Pro-Kopf-Produktion nicht vergrößert. Für die Verbesserung der Versorgung mit Lebensmitteln mußten umfangreiche Importe an Getreide, Fleisch und an anderen Lebensmitteln getätigt werden. 1986 ist es erstmals seit einigen Jahren gelungen, bei der Entwicklung des Lebensmittelkomplexes einen großen Schritt nach vorn zu tun. Innerhalb eines Jahres stieg die landwirtschaftliche Produktion um 5,1 Prozent. Im Vergleich zum jahresdurchschnittlichen Umfang der Produktion des elften Planjahrünftes stieg unter anderem die Getreideproduktion im Land von 180 auf 210 Millionen Tonnen, die von Fleisch von 16,2 auf 17,7 Millionen Tonnen und die von Milch von 94,6 auf 101,1 Millionen Tonnen. Das ermöglichte es, den Import von Lebensmitteln um die Hälfte zu senken und gleichzeitig die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch- und Milchprodukten und mit Obst und Gemüse etwas zu verbessern. Innerhalb eines Jahres stieg der Verkauf von Fleisch- und Milchprodukten um sechs bis sieben Prozent, der von Obst um 20 Prozent.

Das alles war ein Resultat der neuen Investitionspolitik und der neuen Politik im Bereich Wissenschaft und Technik (mit Konzentration auf den Einsatz intensiver Technologien), der grundlegenden Umgestaltung des Leitungssystems innerhalb des Agrar-Industrie-Komplexes und des Wirtschaftsmechanismus in der Landwirtschaft, wo man sich besonders auf die Erweiterung der Selbständigkeit der Kollektivwirtschaften und der Staatsgüter und die breite Einführung der Familien- und Kollektivverträge konzentrierte.

Natürlich hat sich noch kein wirklicher Fortschritt bei der Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln vollzogen. Unter den Bedingungen eines unzureichenden Angebots war die Zunahme an Fleisch- und Milchprodukten um sechs Prozent nur schwach merkbar. Daher besteht die Aufgabe, innerhalb von zwei bis drei Jahren zu erreichen, daß jede sowjetische Familie die Veränderungen zum Besseren in ihrem täglichen Leben spüren wird, darunter auch auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung.

Ein bestimmter Umschwung zeichnet sich auch auf dem Gebiet der gesundheitlichen Betreuung der

Bevölkerung ab. Hier wurden Sofortmaßnahmen zur Entwicklung des Gesundheitswesens beschlossen. Für die Mitarbeiter des Gesundheitswesens wurde eine Lohnerhöhung von 40 Prozent eingeführt. Es wurde der Entwurf über die grundlegende Umgestaltung des Gesundheitswesens des Landes veröffentlicht, der zur Volksaussprache unterbreitet wurde. Auch der Kampf gegen die Trunksucht, der seit zwei Jahren geführt wird, trägt zur Festigung der Gesundheit der Bevölkerung bei. Im Ergebnis dieses Kampfes wurde der Verkauf von Spirituosen im Land um die Hälfte verringert. Das führte dazu, daß die Sterblichkeitsquote bei den Männern im arbeitsfähigen Alter durch Verletzungen, Unglücksfälle und Vergiftungen um ein Drittel zurückging. Im Ergebnis aller Maßnahmen sank die Sterblichkeit der gesamten Bevölkerung in den vergangenen zwei Jahren von 10,8 auf 9,6 je 1 000 Einwohner. Die durchschnittliche Lebenserwartung stieg erstmals seit 20 Jahren um zwei Jahre.

Bestimmte Fortschritte lassen sich auch in den anderen Bereichen des sozialen Lebens der Menschen beobachten. So hat sich der Umfang der bezahlten Dienstleistungen verdoppelt. Eine Schulreform wird durchgeführt. Der Lohn der Lehrer wurde bereits um 30 Prozent erhöht. Die materiell-technische Basis der Schule wurde bedeutend verbessert. Wir stehen kurz davor, um in den kommenden drei Jahren die Nachfrage der Familien an Kindereinrichtungen vollständig zu befriedigen. Dafür wurden spezielle Maßnahmen zur Erweiterung des Netzes dieser Einrichtungen in allen Regionen des Landes beschlossen. Aber all das ist nur ein Anfang, die ersten Schritte. Im sozialen Bereich muß noch viel getan werden.

Konsequent wird auch der Kurs auf die technische Umrüstung der Volkswirtschaft, in erster Linie des Maschinenbaus, verfolgt. Insgesamt hat sich das Wachstumtempo der Arbeitsproduktivität und der anderen Kennziffern für die Effektivität in unserer Volkswirtschaft erhöht. Wenn zum Beispiel in den vergangenen Jahren die Arbeitsproduktivität in der Industrie jährlich durchschnittlich um zwei bis drei Prozent gestiegen ist, so hat sie sich 1986 um 4,5 Prozent erhöht. Für 1987 werden vier Prozent erwartet. Erstmals wird der ganze Zuwachs der Industrieproduktion durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität erreicht.

Gleichzeitig hat sich die Dynamik der Grundfondswirksamkeit in der Volkswirtschaft verbessert. Wenn in der Vergangenheit die Grundfondswirksamkeit jährlich um drei Prozent gesunken ist, wurde dieser Prozeß 1986 auf ein Prozent begrenzt.

Die Aufgabe besteht darin, daß sich 1990 diese sehr wichtige Kennziffer der Effektivität stabilisiert und danach auch allmählich erhöht wird.

Aber auch hier ist vorläufig kein grundlegender Umschwung erreicht worden, weil für die Beschleunigung noch keine feste Basis in der Form neuer

Technik und eines neuen Leitungssystems besteht. Gerade daran wird gegenwärtig gearbeitet.

Die Umgestaltung unserer Gesellschaft hat die Menschen in Bewegung gebracht, hat sie aktiviert. Erste Erfolge wurden erreicht, aber das Wichtigste steht noch bevor.

Grundzüge der neuen sowjetischen Außenwirtschaftspolitik

I. Einleitung

Die neue sowjetische Parteileitung unter Führung von M. Gorbatschow hat im April 1985 mit einer umfassenden Reform des sowjetischen Wirtschaftssystems begonnen. Hauptziel dieser Umgestaltung, die durch die Beschlüsse des XXVII. Parteitagess der KPdSU im Frühjahr 1986 bestätigt wurde, ist: „Das bisher herrschende administrative System der Wirtschaftslenkung soll von einem System, in dem wirtschaftliche Methoden überwiegen, abgelöst werden . . . Früher war der Motor der Entwicklung der Befehl, jetzt soll er das wirtschaftliche Interesse des Unternehmens sein.“¹⁾

Dieser Reformkurs Gorbatschows hat sich seit Anfang dieses Jahres nicht nur beschleunigt. Er hat sich nach dem Juni-Plenum des Zentralkomitees der KPdSU auch gefestigt; die Konturen des Reformkonzepts der sowjetischen Parteiführung sind jetzt klarer zu erkennen. Dieses Plenum hat nämlich die Leitlinien für die Umgestaltung des sowjetischen Wirtschaftssystems auf Makroebene verabschiedet: Die Aufgabenstellung des Staatlichen Plankomitees (Gosplan) und die der (zahlreichen) Branchenministerien soll neu definiert, d. h. zugunsten einer größeren Unternehmensselbständigkeit eingeschränkt werden. Die zentrale Zuteilung von Produktionsmitteln soll schrittweise abgebaut und durch einen normalen Großhandel ersetzt werden. Das gesamte Preissystem des Landes soll „radikal“ mit dem Ziel reformiert werden, die staatlichen Subventionen abzubauen und das Marktgleichgewicht anzustreben. Das Bankensystem des Landes soll völlig umstrukturiert werden. Darüber hinaus hat der Oberste Sowjet am 30. Juni 1987 das Gesetz über die staatlichen Unternehmen und Vereinigungen verabschiedet, das am 1. Januar 1988 in Kraft tritt²⁾. Es behandelt die Rechtsstellung des

Unternehmens, seine innere Struktur und die für sein wirtschaftliches Handeln wesentlichen Grundsätze. Es ist somit die Zusammenfassung des Reformkonzepts der Parteiführung auf Mikroebene.

Zum ersten Mal in der sowjetischen Wirtschaftsgeschichte wird der Außenhandel gesetzlich zu einem wichtigen Bestandteil der Unternehmenstätigkeit erklärt; in dieser Hinsicht unterscheidet sich der gegenwärtige Reformkurs von allen früheren (und gescheiterten) Versuchen, die zentrale Wirtschaftsplanung und -verwaltung effizienter zu gestalten. Grundlage hierfür sollen die Eigenerwirtschaftung von Devisen und Selbstfinanzierung mit Fremdwährungen sein. Das Außenhandlungsergebnis soll auf diese Weise erstmalig auch die Gewinn- und Verlustrechnung des Unternehmens und damit auch seinen Prämienfonds unmittelbar beeinflussen. Solche Unternehmen, die einen „bedeutenden“ Teil ihrer Produktion exportieren, „können“ das Recht erhalten, ihre Außenhandlungsgeschäfte direkt und selbständig durchzuführen.

Das Gesetz stellt vor dem Hintergrund der sowjetischen Wirtschaftsgeschichte ohne Zweifel eine radikale Reform der Unternehmensverfassung dar. Viele Bestimmungen sind indes sehr allgemein und vage formuliert, sie lassen einen weiten Interpretationsspielraum zu. Entsprechend unsicher sind die Erfolgsaussichten dieses Reformversuchs zu beurteilen. Es wird schwerfallen, der Eigeninitiative breiten Raum zu gewähren und die marktwirtschaftlichen Ansätze störungsfrei in das Gesamtsystem einzuordnen.

Schnelle Erfolge der Reformpolitik sind nicht zu erwarten. Das weiß auch Gorbatschow. In seiner Rede in Murmansk stellte er fest, der Reformprozeß, der zwar unaufschiebbar und notwendig sei, gehe mit großen Schwierigkeiten vonstatten; man werde „noch lange Zeit mit den Folgen der Stagnation zu tun haben“, weil es unseriös wäre, „darauf hoffen zu wollen, daß solche gewaltigen Ziele in zwei bis drei Jahren erreicht werden“³⁾. Zumal die praktische Umsetzung der Reformmaßnahmen

³⁾ Neues Deutschland vom 2. Oktober 1987.

¹⁾ So Professor Abel Aganbegjan, der wichtigste wirtschaftliche Berater der sowjetischen Parteiführung, in einem Interview mit Die Zeit vom 18. September 1987. Siehe auch seinen Beitrag in dieser Ausgabe, S. 3–14.

²⁾ Seit Anfang Februar 1987, als der Gesetzentwurf veröffentlicht worden war, wurde in der UdSSR eine breite Diskussion darüber geführt. Vgl. Wirtschaftsreformen in der UdSSR: Stand und Perspektiven. Bearbeiter: Ulrich Weisenburger und Heinrich Machowski, in: Wochenberichte des DIW, (1987) 9.

Zeit braucht: Ab 1. Januar 1988 werden 60 Prozent der sowjetischen Wirtschaft auf die „wirtschaftliche Rechnungsführung, die Eigenfinanzierung und die Rentabilität“ umgestellt sein. Und im Jahr 1990 sollen 60 Prozent des Handels mit Produktionsmitteln über den neu aufzubauenden Großhandelsapparat abgewickelt werden.

Im Gegensatz zu anderen Bereichen der Gesellschaft (Rechtswesen, Kulturpolitik, Menschen-

rechte) können die in der Wirtschaft angestrebten Verbesserungen bestenfalls allmählich erzielt werden. Es ist ein Grunddilemma der Reformpolitik in der UdSSR (und in den anderen RGW-Staaten), daß von allen Beteiligten ein engagierter und effizienter Einsatz im Vertrauen und im Vorgriff auf eine spätere (und keineswegs sichere) Erhöhung des Lebensstandards gefordert wird.

II. Bestimmungsfaktoren der Außenwirtschaftspolitik von 1918 bis 1985

Die Wirren der unmittelbaren Nach-Revolutionenzeit und die folgende Wirtschaftsblockade durch die Westalliierten brachten den Außenhandel des jungen Sowjetstaates zum Stillstand. Erst Mitte der zwanziger Jahre führten die Verlockungen des „roten Handels“⁴⁾ zu einem nennenswerten Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland. Zugleich versuchte Lenin im Rahmen seiner Neuen Ökonomischen Politik, durch die Vergabe von „Konzessionen“ ausländisches Kapital für die Industrialisierung des Landes zu gewinnen. In der Praxis hatten diese Vorläufer der heutigen Joint Ventures indes keine große Bedeutung erlangt. Auch Stalin räumte dem Außenhandel für das Gelingen seiner Industrialisierungspläne eine große Rolle ein. Er verlor zwar die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes vom „kapitalistischen“ Ausland als Fernziel niemals aus dem Auge. Importe von Produktionsgütern sollten aber zunächst den industriellen Aufbau sicherstellen. Dieses Konzept Stalins läßt sich in den folgenden Punkten zusammenfassen:

— Es wurden nur so viele Güter importiert, wie zur Erfüllung der Volkswirtschaftspläne erforderlich waren („Handelsminimierung“).

— Es wurden nur Produktionsgüter importiert, darunter vorwiegend solche, die der Erzeugung von Produktionsgütern dienen. Diese Einfuhren wurden durch den Export von Rohstoffen, Nahrungsmitteln und — wenn erforderlich — Gold finanziert („Industrialisierung durch Handel“).

— Der Konflikt zwischen „Handelsminimierung“ und „Industrialisierung durch Handel“ wurde dadurch gelöst, daß man eine Industrie mit dem Ziel aufbaute, die Importnotwendigkeiten des Landes soweit wie möglich abzuschaffen („Importsubstitution“).

Dieses Konzept scheiterte nicht an der von Stalin erwarteten und befürchteten Wirtschaftsblockade der „kapitalistischen“ Staaten, sondern an den Fol-

gewirkungen der nicht erwarteten Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre. Die unerwartete Verschlechterung der Außenhandelsbedingungen infolge dieser Krise dürfte somit entscheidend zur Verhärtung des Autarkiekurses der Stalin-Ära geführt haben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg schien sich eine Kursänderung der sowjetischen Außenwirtschaftspolitik anzukündigen. Die UdSSR nahm an den Verhandlungen zur Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF) aktiv teil, und sie stimmte dem Gründungsdokument mit dem ausdrücklichen Hinweis zu, damit zu einer friedvollen, weltweiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit beitragen zu wollen⁵⁾. Da sich das politische Verhältnis zu den USA rapide verschlechterte, wurde dieses Dokument von der UdSSR allerdings nicht ratifiziert; die Hauptursache dürfte die amerikanische Forderung gewesen sein, die Sowjetunion möge auf eine Herrschaft über Osteuropa verzichten. Stalin lehnte anschließend die Teilnahme Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns am Marshall-Plan ab und rief im Gegenzug den „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) ins Leben. Der Wiederaufbau der Sowjetwirtschaft ist als Folge dieser Entwicklung im wesentlichen aus eigener Kraft finanziert worden, auch wenn die kleineren RGW-Staaten durch direkte und indirekte Reparationen sowie durch Demontagen einen Beitrag dazu leisten mußten.

Zwar waren die ökonomischen Voraussetzungen für eine binnenmarktorientierte Industrialisierung — wie in erster Linie die Größe des einheimischen Marktes und die reichhaltige Ausstattung des eigenen Wirtschaftsraumes mit natürlichen Ressourcen — in der UdSSR grundsätzlich gegeben. Aber man mußte auch dort erkennen, daß eine solche Politik mit der Zeit notwendigerweise Wohlstands-

⁴⁾ Vgl. H. R. Knickerbocker, Der rote Handel lockt, Berlin 1931.

⁵⁾ Vgl. Heinrich Machowski, Aktuelle Probleme der Währungspolitik der RGW-Staaten, in: Währungspolitik auf dem Prüfstand, hrsg. von Hans Besters, Baden-Baden 1984, S. 166.

verluste mit sich bringt. Diese Erkenntnis, kombiniert mit neuen außenpolitischen Zielen der Post-Stalin-Ära, brachte unter Chruschtschow eine erste Kurskorrektur in Richtung auf Abbau der weltwirtschaftlichen Isolierung des Landes⁶⁾. Der RGW, der bis dahin in eine Art Dornröschenschlaf versunken war, sollte die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten intensivieren (auch als deutliche Reaktion auf die ersten Integrationserfolge der EWG). Allerdings ist Chruschtschow seinerzeit mit seinem Vorschlag gescheitert, im RGW die „gemeinsame Planung“ als Hauptmethode der Kooperation einzuführen — diese Rolle spielt seither vielmehr die sogenannte Plan-Koordinierung, weil sie die nationale Souveränität der einzelnen Regierungen sichert. Importe westlicher Technik wurden damals bewußt eingesetzt, um die chemische Industrie und — später — auch die Automobilindustrie beschleunigt zu entwickeln. Erstmals wurden größere Getreidemengen importiert, um die Auswirkungen von Ernteschwankungen zu mildern. Schließlich wurden Handel und Entwicklungshilfe zum ersten Mal dazu benutzt, um in der Dritten Welt politischen Einfluß zu gewinnen.

Die Wachstumsbedingungen der sowjetischen Wirtschaft veränderten sich in der Weise, daß „die letzte große und bis dato nicht erschlossene Quelle zur Förderung des sowjetischen Wirtschaftswachstums zu Anfang der siebziger Jahre in der Ausnutzung der Vorteile des internationalen Handels (bestand)“⁷⁾. Die außenwirtschaftlichen Beziehungen wurden daraufhin im Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU auf dem XXV. Parteitag im Februar 1976 — neben der Beschleunigung des technischen Fortschritts, der besseren Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Diensten, der Entwicklung der Landwirtschaft sowie der Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Organisation — zu einem Kernproblem der Wirtschaftspolitik erklärt, dem die Partei ihre volle Aufmerksamkeit widmen wollte.

Die politische Führung unter Breshnew reagierte in dieser Situation mit einer neuen außenwirtschaftli-

chen Konzeption. Zunächst formulierte Breshnew eine totale Absage an die Autarkie: „Eine Besonderheit unserer Zeit ist die zunehmende Ausnutzung der internationalen Arbeitsteilung für die Entwicklung jedes Landes, unabhängig von dessen Reichtum und jeweiligem Wirtschaftsniveau.“⁸⁾ Die Konsequenz dieser Feststellung war — in deutlicher Abkehr von der binnenmarktorientierten Industrialisierung Stalins — eine außenhandelsorientierte Wachstumsstrategie, die an mehreren Stellen in den Parteitagsdokumenten, insbesondere in der Rede von Kossygin, hervorgehoben wurde: „Da der Außenhandel zu einem wichtigen Zweig der Volkswirtschaft geworden“ sei, werde die Einrichtung besonderer Exportbetriebe geprüft, deren Produktion sich an den „spezifischen Anforderungen der Außenmärkte“ orientieren solle, um auf diese Weise die Exportrentabilität zu erhöhen und damit einen maximalen Beitrag zum Wachstum zu leisten. Zugleich sollten die Importe von vornherein ein Instrument zur Realisierung „der dem Staatsplan zugrundeliegenden Wirtschaftsstrategie“ sein; sie sollten insbesondere dazu beitragen, die Beschleunigung des technischen Fortschritts zu fördern und die Güterversorgung der sowjetischen Wirtschaft bzw. der Bevölkerung mannigfaltiger zu gestalten. Importe und Exporte sollten damit zu konstitutiven Bestandteilen der Wirtschaftspläne werden und nicht mehr primär „Lückenbüßer“ bzw. „Feuerwehr“ im Falle von Planstörungen sein.

Allerdings unterstrich Breshnew erneut den „Primat der Politik“: „In den Außenwirtschaftsbeziehungen sehen wir ein wirksames Mittel, das hilft, politische und wirtschaftliche Aufgaben zu lösen“; und weiter: „In den Außenwirtschaftsbeziehungen sind Politik und Wirtschaft, Diplomatie und Geschäft, Industrieproduktion und Handel zu einer Einheit verflochten.“⁹⁾ In der sowjetischen Wirklichkeit konnte dieses Konzept allerdings nur teilweise verwirklicht werden.

⁷⁾ Strukturentwicklung der sowjetischen Wirtschaft und deren Rückwirkungen auf den Außenhandel. Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut in München, bearb. von Wolfram Schreitt und Volkhart Vinzentz, Bd. 1, München 1981, S. 175.

⁸⁾ Neues Deutschland vom 25. Februar 1976.

⁹⁾ Neues Deutschland vom 2. März 1976.

⁶⁾ Vgl. Heinrich Machowski, Die Politik des Ostens. Die Sowjetunion, in: Reinhard Rode / Hanns-Dieter Jacobsen (Hrsg.), Wirtschaftskrieg oder Entspannung? Eine politische Bilanz der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Bonn 1984, S. 275.

III. Traditionelle Organisation der Außenwirtschaft

Bereits im April 1918 wurde von Lenin das staatliche Außenhandels- und Valutamonopol (als eine der „Commandohöhen“ der Wirtschaft) geschaffen. Durch dieses Monopol unterliegt der gesamte außenwirtschaftliche Verkehr des Landes (mit Waren, Dienstleistungen und Kapital) einer strikten Kontrolle durch die obersten Partei- und Staatsorgane. Es sichert somit im Konfliktfall den absoluten Vorrang (außen- und innen-)politischer Interessen vor ökonomischen Erfordernissen („Primat der Politik“). In der Praxis wurde dieses Staatsmonopol wie folgt gehandhabt¹⁰⁾: An der Spitze der branchenmäßigen Hierarchie stand das Ministerium für Außenhandel (MfA). Es war zuständig für die Ausarbeitung der mittelfristigen und jährlichen Außenhandelspläne, die Kontrolle der Plandurchführung, den Abschluß von Handelsvereinbarungen mit anderen Staaten, die Kontrolle der Zollpolitik, die Überwachung der nachgeordneten Behörden. Seit 1957 bestand allerdings beim Ministerrat der UdSSR ein Staatskomitee für wirtschaftliche Beziehungen mit dem Ausland (SKBA). Innerhalb der Staatsverwaltung waren MfA und SKBA ranggleich. Dem SKBA oblag die Planung und Kontrolle des Exports kompletter Anlagen sowohl in sozialistische Länder als auch — im Rahmen der sowjetischen Entwicklungshilfe — in Staaten der Dritten Welt, ferner die gesamte wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der zuletzt genannten Ländergruppe (außerdem soll diese Institution angeblich die Wirtschaftsspionage im Ausland organisieren). Als dritte Säule war die Bank für Außenhandel (BfA) für die Abwicklung des auswärtigen Zahlungsverkehrs zuständig. Sie war eine rechtlich wie wirtschaftliche selbständige Filiale der Staatsbank (gegründet 1924).

Außenhandelsgeschäfte durften nicht direkt von staatlichen oder genossenschaftlichen Betrieben des Landes getätigt werden. Dazu waren ausschließlich spezialisierte staatliche Außenhandelsunternehmungen (AHU) berechtigt, die in der Regel dem MfA oder in wenigen Fällen dem SKBA unterstellt waren. Zwischen diesem Außenhandelsapparat und der Binnenwirtschaft gab es keine organisatorischen Querverbindungen. Die sowjetischen Produzenten und Konsumenten waren somit von „ihren“ Außenmärkten hermetisch abgeriegelt.

¹⁰⁾ Es handelt sich hierbei nur um eine grobe Skizze der außenwirtschaftlichen Struktur, in der viele Organe bzw. zahlreiche administrative Regelungen unberücksichtigt bleiben müssen.

Dem Zahlungsverkehr zwischen der Binnenwirtschaft und diesen AHU lagen Inlandspreise zugrunde, die von den staatlichen Preisbehörden autonom, d. h. nach den Bedürfnissen der staatlichen Wirtschaftsplanung festgesetzt waren und in keinem systematischen Zusammenhang zu den entsprechenden Devisenpreisen standen¹¹⁾. Für den Zahlungsverkehr in Fremdwährungen waren die AHU und die BfA zuständig. Die Differenzen zwischen diesen Zahlungsströmen und dem inländischen Gegenwert der Devisenaufwendungen und -erträge wurden automatisch über das sogenannte Preisausgleichskonto mit dem Staatshaushalt verrechnet; dieser war der letzte Träger des Außenhandelsrisikos.

Der Rubel war eine reine Binnenwährung. Es gab keinen ökonomisch begründeten Wechselkurs gegenüber Fremdwährungen, auch nicht gegenüber osteuropäischen. Außerdem war der Handel mit Devisen und Sorten — abgesehen von einer Ausnahmeregelung im individuellen Tourismus — verboten. Es gab zwar einen amtlichen Wechselkurs, der bis etwa Anfang der siebziger Jahre von der Staatsbank aufgrund einer amtlichen (ökonomisch indes rein fiktiven) Goldparität festgesetzt wurde. Später wurde dieser Kurs an die Wertschwankungen westlicher Währungen — nach für Außenstehende schwer erkennbaren Kriterien — laufend angepaßt. Dieser amtliche Kurs bestimmte aber nur den „Außenwert“ der Währung (Valuta-Rubel)¹²⁾; denn zu diesem Kurs wurden keine Devisen eingetauscht. Die Funktion dieser „Außenwährung“ hat Wiles wie folgt umschrieben: „to translate the prices of exports and imports, settled in capitalist currencies, into a single convenient unit with a patriotic name“¹³⁾.

Die Vorteile dieses — grob skizzierten — Systems liegen auf der Hand: Es beläßt die Außenwirtschaft nicht nur als ein politisches Instrument in den Händen des Staates, gleichzeitig erlaubt es der politischen Führung, den Einfluß der Außenwirtschaft auf die Binnenwirtschaft umfassend zu kontrollieren. Darüber hinaus unterbricht es den internationalen Preiszusammenhang fast vollständig und ver-

¹¹⁾ Erst in jüngster Zeit werden bei der Festsetzung der Inlandspreise auch bestimmte Entwicklungstrends der Weltmärkte mitberücksichtigt, z. B. die enorme Verteuerung der Energie bzw. anderer Rohstoffe.

¹²⁾ In bezug auf den amtlichen (fiktiven) Goldgehalt ist der Valuta-Rubel identisch mit dem Transfer-Rubel (TRbl), der gemeinsamen (Außen-)Währungseinheit der RGW-Länder.

¹³⁾ Peter Wiles, *Communist International Economics*, Oxford 1968, S. 130.

hindert so, daß von den Export- und Importpreisen irgendein ungewollter Einfluß auf das inländische Preisniveau ausgeht; es ist somit ein Instrument zur Abwehr einer importierten Inflation. Dieses System hat aber auch Nachteile: Unter diesen Bedingungen ist es praktisch unmöglich, die Rentabilität der Export- und Importgeschäfte exakt zu berechnen, Kosten und Nutzen der internationalen Arbeitsteilung sowie der RGW-Integration auch nur einigermaßen genau zu kalkulieren — und dieser

Nachteil sollte sich im Laufe der Entwicklung für die sowjetische Außenwirtschaft als immer schwerwiegender erweisen.

Es ist bezeichnend, daß dieses Außenwirtschaftssystem von 1918 bis 1986 nahezu unverändert geblieben ist¹⁴⁾, trotz der sehr ereignisreichen Wirtschaftsgeschichte des Landes und trotz der wiederholten organisatorischen Änderungen im System der binnenwirtschaftlichen Planung und Leitung.

IV. Ziele, Instrumente und Probleme der gegenwärtigen Außenwirtschaftsreform

Die sowjetische Außenwirtschaftspolitik befindet sich seit Anfang 1986 in einer Phase der Neuorientierung. Es komme — so Gorbatschow in seiner Rede auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU¹⁵⁾ — darauf an, „unsere außenwirtschaftliche Tätigkeit mit den neuen Aufgaben enger zu verknüpfen“, und dies erfordere „ein neues Herangehen an unsere gesamte außenwirtschaftliche Tätigkeit“. Der von der Parteiführung aufgestellte Katalog von Forderungen umfaßt folgende Einzelpunkte (sie sind zugleich ein besonderer Hinweis auf die Schwachstellen des sowjetischen Außenhandels): Das Exportpotential des Landes muß gesteigert, die „Rohstofforientierung des Exports“ beseitigt, die Qualität und Konkurrenzfähigkeit von „Maschinen, Anlagen und anderen Fertigerzeugnissen“ erhöht und die Importpolitik „aktiv zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ eingesetzt werden. Ferner sollen Ausfuhr und Einfuhr effizienter gestaltet werden; es ist „beim Einsatz importierter Anlagen Ordnung zu schaffen“, und es gilt, „den Devisenaufwand auf das strengste zu reglementieren“.

Ziel dieses exportorientierten Kurses, der hohe Kosten erfordern und sicherlich keine schnellen Erfolge bringen wird, ist, die sowjetische Volkswirtschaft außenwirtschaftlich weiter zu öffnen. Auf diesem Wege soll der Beitrag der Außenwirtschaft zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts des Landes erhöht und damit die Position der UdSSR in der Weltwirtschaft gestärkt werden. Diesem Ziel dient auch die Anfang 1987 eingeleitete Reform des Außenwirtschaftssystems. Die Reformmaßnahmen sollen das genannte staatliche Außenhandels- und Valutamonopol keines-

wegs abschaffen, sondern besser an die gegenwärtigen Weltmarktbedingungen anpassen. Sie sollen darüber hinaus in den sowjetischen Unternehmen die Initiative zur Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung wecken. Die bisher beschlossenen Maßnahmen gehen in zwei Richtungen: eine Veränderung der Spitze des staatlichen Außenwirtschaftsapparats und eine Dezentralisierung der Außenhandelsentscheidungen in ausgewählten Bereichen.

1. Neuorganisation der Außenwirtschaft

Im August 1986 wurde die Staatliche Außenwirtschaftskommission des Ministerrats der UdSSR (SAKMU) gegründet¹⁶⁾. Als neues Spitzenorgan obliegt ihr die zentrale Lenkung des sogenannten Außenwirtschaftskomplexes sowie die Koordinierung aller übrigen zentralen Organe in diesem Bereich. Die SAKMU soll insbesondere die Außenwirtschaftsstrategie der KPdSU und — auf dieser Grundlage — jeweils die einheitliche Außenhandelspolitik der UdSSR ausarbeiten. Sie ist außerdem verantwortlich für die Weiterführung der Außenwirtschaftsreform.

Im einzelnen überprüft und bestätigt die Kommission die Entwürfe der Außenhandelspläne. Sie überwacht die Erfüllung dieser Pläne und koordiniert das Auftreten aller Außenhandelsorgane. Sie entscheidet darüber, ob und wann bestimmte Vereinigungen oder Unternehmen das Recht erhalten, ihre Außenhandelsgeschäfte selbständig durchzuführen. Sie fungiert als Partner für ausländische Regierungen im Rahmen der gemischten Regierungskommission für die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. An-

¹⁴⁾ Als eine der wichtigsten Veränderungen dieses Systems wurde 1978 zum ersten Mal das Prinzip der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ (chozrasčet) auch in den Beziehungen der AHU zur Binnenwirtschaft eingeführt.

¹⁵⁾ Neues Deutschland vom 26. Februar 1986.

¹⁶⁾ Vgl. hierzu: Hermann Clement, Änderungen im sowjetischen Außenwirtschaftssystem zu Beginn des Jahres 1987. Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, Nr. 120, Juni 1987, S. 8 ff.

scheinend ist die Rolle der SAKMU bei der Zulassung von Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischem Kapital noch nicht endgültig geklärt.

Das ZK der KPdSU und die Regierung der UdSSR haben kürzlich gemeinsam beschlossen, daß die Bedingungen für die Zulassung von Joint Ventures mit westlicher Beteiligung von den einzelnen Ministerien und zentralen Ämtern der UdSSR bzw. von den Regierungen der einzelnen Unionsrepubliken selbständig und eigenverantwortlich festgelegt werden sollen. Bei der SAKMU wurde inzwischen auch das (Unions-)Forschungsinstitut für Außenwirtschaftsfragen angesiedelt.

Die SAKMU leitet direkt die Arbeiten des Außenhandelsministeriums (AHM), des Staatskomitees für Außenwirtschaftsbeziehungen (SKBA) und der Außenhandelsbank (BfA). Das AHM, dessen Kompetenzbereich zwar deutlich beschnitten wurde, bleibt aber direkt verantwortlich für den Außenhandel mit „wichtigen“ Produkten und mit „Produkten von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung“. Auf diese beiden Kategorien dürften gegenwärtig immerhin noch 75 bis 80 Prozent des Außenhandelsumsatzes entfallen. Das SKBA hat zusätzlich zu seiner bisherigen Zuständigkeit jetzt auch die Verantwortung für diejenigen Objekte übertragen bekommen, die mit ausländischer Beteiligung in der UdSSR gebaut werden. Gemeinsam kontrollieren das AHM und das SKBA indirekt die Aktivitäten der Ministerien, Vereinigungen und Unternehmen, die das Recht zur selbständigen Außenhandelstätigkeit erhalten haben. Ob dies eine konfliktfreie Kompetenzaufteilung ist, kann nur die Praxis zeigen.

Die BfA, der weiterhin die Durchführung des auswärtigen Zahlungsverkehrs obliegt, untersteht jetzt sowohl der Staatsbank (und damit dem Finanzministerium) als auch dem SAKMU; durch diese Doppelunterstellung kann es auch hier zu Konflikten kommen.

2. Dezentralisierung der Außenhandelsentscheidungen

21 Fachministerien sowie mehr als 70 Vereinigungen und Unternehmen erhielten bisher das Recht, direkt auf den Auslandsmärkten tätig zu sein. Diese dezentralisierten Entscheidungen beziehen sich auf 26 Prozent der gesamten Einfuhr des Landes und auf 14 Prozent der sowjetischen Gesamtausfuhr (bzw. auf über zwei Drittel der gesamten Ausfuhr von Maschinen und Technik). Für die kommerzielle Tätigkeit dieser Einheiten mit dem Ausland gelten als Hauptprinzipien die Selbstfinanzierung und Ei-

generwirtschaftung der Devisen. Ein bestimmter, vom Staat festgelegter Teil des Exporterlöses (bis zu 90 Prozent) darf dem eigenen Konto gutgeschrieben und für eigene Produktionszwecke selbständig ausgegeben werden (wobei die Guthaben auch in das nächste Geschäftsjahr übertragen werden dürfen). Diese selbstbestimmten und selbstfinanzierten Einfuhren der Unternehmen werden automatisch in den staatlichen Importplan aufgenommen und bevorrechtigt abgewickelt. Darüber hinaus können Devisenkredite der Außenhandelsbank in Anspruch genommen werden. Das Außenhandelsgeschäft beeinflusst unmittelbar das Betriebsergebnis, die finanzwirtschaftliche Trennung des Binnenmarktes von den Auslandsmärkten soll allmählich überwunden werden („einheitliches Betriebsergebnis“).

Wichtigste Voraussetzung hierfür ist der unmittelbare Preiszusammenhang zwischen dem Binnen- und dem Auslandsmarkt. Die Devisenerlöse und -aufwendungen müssen zu diesem Zweck unmittelbar in Rubel umgerechnet werden und sich in der Gewinn- und Verlustrechnung der Unternehmen niederschlagen. Dafür wäre ein kommerzieller Wechselkurs des Rubel unerlässlich, der die (Export-) Kaufkraft der sowjetischen Währung möglichst exakt widerspiegelt. Anders als in Polen und in Ungarn ist die Einführung eines solchen Wechselkurses in der UdSSR derzeit indes nicht vorgesehen. Die Umrechnung der Devisenbeträge in Rubel soll vielmehr mit Hilfe des amtlichen, ökonomisch allerdings fiktiven Wechselkurses und mit sog. Valutakoeffizienten erfolgen. Diese Koeffizienten werden von den zentralen Wirtschaftsbehörden (wahrscheinlich dem SAKMU und dem Finanzministerium bzw. der Staatsbank) festgesetzt und sowohl nach Währungsgebieten bzw. Ländern als auch nach Warengruppen differenziert. Damit können die genannten Behörden auch weiterhin die Außenhandelsentscheidungen der sowjetischen Unternehmen willkürlich manipulieren. Dies geschieht nach wie vor in einer für Außenstehende nicht erkennbaren Weise; denn diese Valutakoeffizienten werden nicht veröffentlicht. Die Möglichkeit der politisch motivierten Beeinflussung der Außenhandelsgeschäfte steht im Widerspruch zum Geist der Wirtschaftsreform.

Sowjetische Unternehmen, die über einen Devisenfonds verfügen, können ab Anfang 1988 diese Mittel erstmalig auch an andere Wirtschaftseinheiten zu „gegenseitig vorteilhaften Bedingungen“ ausleihen; alle Einzelheiten über diesen Devisenkreditmarkt müssen allerdings noch von der Außenhandelsbank bzw. vom Finanzministerium ausgearbeitet werden.

Der Handel zwischen Unternehmen mit frei verfügbaren Devisen ist demgegenüber in der Sowjetunion — anders als z. B. in Polen — (noch?) nicht vorgesehen. Damit berauben sich die sowjetischen Reformen der Möglichkeit, einen „richtigen“ Wechselkurs des Rubel zu finden. Ein solcher begrenzter Devisenmarkt, auf dem der Rubelpreis für ausländische Währungen nach Angebot und Nachfrage festgestellt werden würde, käme offensichtlich für die sowjetischen Reformanhänger zu früh. Darauf deutet die sowjetische Diskussion über die Konvertierbarkeit des Rubel hin. Der konvertierbare Rubel ist das Fernziel aller sowjetischen Reformen. Laut Aganbegjan wurde auf dem genannten Juni-Plenum der KPdSU ein (bisher nicht veröffentlichtes) Dokument verabschiedet, „wonach unsere Währung konvertibel werden soll, zunächst im Rahmen der sozialistischen, später auch der kapitalistischen Währungen. Hierzu ist zunächst eine Preisreform notwendig“¹⁷⁾. Für Daschtschew, der die Einführung einer frei austauschbaren Währung ebenfalls als ein langfristiges Reformziel betrachtet, dem sowohl eine Preisreform als auch eine Reform des Finanz- und Geldsystems voranzugehen haben, soll der „konvertierbare Rubel zum Symbol der Leistungsstärke unserer Wirtschaft werden“¹⁸⁾. Aber nicht nur die Preisreform, von der gegenwärtig in der UdSSR niemand weiß, wann sie abgeschlossen sein wird, ist für den konvertierbaren Rubel eine unerläßliche Vorbedingung. Darüber hinaus wird die sowjetische Exportindustrie in der Lage sein müssen, ausreichend konkurrenzfähige („konvertierbare“) Produkte herstellen zu können. Die Auffassung von Aganbegjan, „daß wir zur Konvertierbarkeit des Rubels auf dem kapitalistischen Markt in den neunziger Jahren kommen können“¹⁹⁾, dürfte deswegen kaum realistisch sein. Der Rubel bleibt vorerst eine Binnenwährung mit allen genannten Konsequenzen.

Mit der Anfang dieses Jahres begonnenen Reform sollen die gesamte Planung und Leitung der Außenwirtschaft modifiziert werden. Auf der einen Seite soll die zentrale Planung dieses Sektors, die sich auf wenige, dafür aber verbindliche Kennziffern beschränken soll²⁰⁾, realistischer und effizienter werden. Auf der anderen Seite sollen die Unternehmen in die Lage versetzt und stimuliert werden, ihre Außenhandelsaufgaben — so wie dies das genannte Unternehmensgesetz vorschreibt — vorrangig zu erfüllen. Wie die einzelnen Neuregelungen in der Praxis wirksam werden sollen, ist indes noch unklar. Die sowjetischen Reformen suchen offenbar noch nach Antworten auf manche Fragen. Die Jahre bis 1990 werden jedenfalls als eine Experimentierphase auf diesem außenhandelspolitischen Neuland angesehen, in der man entsprechende Erfahrungen sammeln will.

Clement hat auf einen sehr wichtigen Zusammenhang aufmerksam gemacht²¹⁾: Die organisatorischen Veränderungen, die auf eine Straffung der Leitungsstruktur und auf einen Abbau der hohen Konzentration hinauslaufen, dürften nach einer Phase der Unsicherheit zu einer Verbesserung der außenwirtschaftlichen Beziehungen der UdSSR beitragen. Demgegenüber können die entscheidenden Reformen der Planung, Leitung und Stimulierung der außenwirtschaftlichen Tätigkeit überhaupt erst dann voll wirksam werden, wenn die angestrebte Reform der Binnenwirtschaft abgeschlossen sein wird. Der Erfolg der Außenhandelsreform hängt somit ganz wesentlich vom erfolgreichen Umbau des gesamten Wirtschaftsmechanismus ab. Diese Außenhandelsreform kann deswegen vorerst nur als Ausdruck des politischen Willens der sowjetischen Führung interpretiert werden, den gesetzlichen Rahmen für eine offene Wirtschaft, für eine bessere Integration der sowjetischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft schaffen zu wollen.

V. Problemfelder der neuen Außenwirtschaftspolitik

1. Reform der RGW-Integration?

Seit seinem Machtantritt fordert Gorbatschow, die Zusammenarbeit der RGW-Staaten müsse intensiviert werden. Es sollen Direktbeziehungen zwi-

schen den Unternehmen dieser Staaten hergestellt und Gemeinschaftsunternehmungen gegründet werden. Einen besonderen Schwerpunkt soll dabei die modernste Technik bilden. Entwickelt sich der RGW in Richtung auf eine Technologiegemeinschaft?

Als Reaktion auf die Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen gegen die UdSSR und Polen durch die NATO-Staaten und — später — als Reaktion auch auf SDI und Eureka hat es im RGW, in erster Linie in Moskau, Bestrebungen gegeben, die technologische Zusammenarbeit zu vertiefen. Sie gipfelten

¹⁷⁾ Vgl. Anm. 1.

¹⁸⁾ Moskovskaja Pravda vom 16. Juli 1987.

¹⁹⁾ Vgl. Anm. 1.

²⁰⁾ Hinsichtlich der neuen Plankennziffern vgl. Juri Schamraj, Die Umgestaltung des Systems der Außenwirtschaftsbeziehungen der UdSSR und das staatliche Außenhandelsmonopol, in: Außenhandel UdSSR, (1987) 4, S. 4 ff.

²¹⁾ Vgl. Anm. 16.

bisher in dem „Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Mitgliedsländer des RGW bis zum Jahr 2000“, das im Dezember 1985 vom RGW angenommen wurde. Es sieht folgende fünf Bereiche der Zusammenarbeit vor: 1. Elektronisierung der Volkswirtschaft; 2. Automatisierung der Produktion (einschließlich flexibler Produktionssysteme); 3. Kernenergie; 4. neue Werkstoffe und Technologien ihrer Produktion und Verarbeitung; 5. Biotechnologie. Das „Besondere“ dieser Programme soll darin bestehen, daß sie den gesamten Innovationszyklus umfassen, nämlich von der Forschung bis zur Endproduktion. Vorrang wurde dabei der Grundlagenforschung eingeräumt, um — so Martschuk, der Vorsitzende des sowjetischen Staatskomitees für Wirtschaft und Technik²²⁾ — einen „Vorlauf“ für die Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Effizienz zu schaffen.

Gorbatschow hat in seiner Rede auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Realisierung des Programms genannt: „Nach unserer Ansicht sind Veränderungen auch in der Tätigkeit des Stabs der sozialistischen Integration — des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe — erforderlich. Die Hauptsache aber ist, daß man sich bei der Verwirklichung des Programms weniger aufs Administrieren, auf allerlei Komitees und Kommissionen verlegt und mehr Aufmerksamkeit den ökonomischen Hebeln, der Initiative, dem sozialistischen Unternehmensegeist und der Einbeziehung der Arbeiterkollektive in diesen Prozeß schenkt.“²³⁾ In der Wirklichkeit verläuft die Entwicklung in einer genau umgekehrten Richtung: 1. Es wurden neue Ständige Kommissionen des RGW für die Zusammenarbeit bei neuen Werkstoffen und neuen Technologien sowie bei der Biotechnologie gegründet. 2. Die Ständige Kommission des RGW für Maschinenbau wurde in ein RGW-Komitee aufgewertet. 3. Es deutet nichts darauf hin, daß der Integrationsmechanismus im RGW durch bisher völlig vernachlässigte finanz- und währungspolitische Instrumente verbessert werden könnte; im Gegenteil: Die kleineren RGW-Staaten werden — so wie die UdSSR es bislang auch getan hat — alles tun, um den gegenwärtigen Charakter der RGW-Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten, weil er — im Konfliktfall — den Vorrang nationalstaatlicher vor gemeinschaftlichen Interessen sichert.

Die Technologiepolitik in der UdSSR selbst betont die zentrale (d. h. auch bürokratische) Förderung überbetrieblicher und überregionaler Programme bzw. Einrichtungen, und sie tut bisher sehr wenig,

um die systembedingte Innovationsträgheit in den Unternehmen zu überwinden. Gorbatschow läßt indes nicht locker, in Bukarest erklärte er kürzlich: „Im Ergebnis der auf dem Arbeitstreffen der führenden Repräsentanten der Bruderparteien im vergangenen Jahr erzielten Übereinkunft wurde Kurs auf die umfassende Intensivierung des Integrationsprozesses, die Umstellung der Zusammenarbeit auf hauptsächlich wirtschaftliche Methoden, die Herstellung direkter Produktionsbeziehungen und die Bildung gemeinsamer Betriebe und Wissenschafts-Produktions-Vereinigungen genommen. Es wurde für zweckmäßig gefunden, die Tätigkeit des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ernsthaft zu verbessern.“²⁴⁾

Dagegen steht die Feststellung von Honecker: „Nach unserer Überzeugung bietet das System der Leitung und Planung der Volkswirtschaft in der DDR alle Voraussetzungen dafür, eine erfolgreiche, direkte Zusammenarbeit von Kombinat und Betrieben sowie wissenschaftlichen Einrichtungen auf vertraglicher Grundlage zur Lösung der sich aus dem Komplexprogramm ergebenden Aufgaben zu entwickeln. Jetzt kommt es darauf an, die schnelle Nutzung der Ergebnisse in der Produktion unserer Länder zu sichern.“²⁵⁾

Auf der 42. Jahrestagung des RGW (Bukarest, 3. bis 5. November 1986) wurden die bestehenden Mängel der RGW-Zusammenarbeit scharf kritisiert: Lieferfristen und -mengen würden nicht eingehalten, die technische Qualität der getauschten Produkte sei unzureichend, die sowjetischen Verrechnungspreise für Energie und Rohstoffe seien zu hoch, der Transfer-Rubel spiele nur eine passive Rolle, im RGW nähmen formale und bürokratische Elemente überhand. Diese allgemeine Unzufriedenheit dürfte ein Grund dafür gewesen sein, daß am 10. und 11. November 1986 ein sogenanntes Arbeitstreffen der Parteichefs aller RGW-Staaten in Moskau stattfand, auf das sich Gorbatschow in Bukarest berufen hat. Auf diesem Treffen, auf dem sich Gorbatschow die Zustimmung der übrigen Parteiführer für seine Reykjavik-Initiativen sicherte, wurde auch über die Zukunft der RGW-Integration diskutiert. Über Inhalt und Ergebnisse dieser Diskussion wurde nichts veröffentlicht. Nach zufälligen und informellen Informationen aus Warschau, Budapest und Ost-Berlin läßt sich nur spekulieren: Auf diesem Treffen hat es einen unüberbrückbaren Dissens zwischen Gorbatschow und Jaruzelski auf der einen und allen übrigen Teilnehmern, angeführt von Kadar und Honecker, auf der anderen Seite gegeben. Das Treffen ist ergebnislos beendet wor-

²²⁾ Vgl. Neues Deutschland vom 20. Februar 1986.

²³⁾ Vgl. Anm. 8.

²⁴⁾ Vgl. Neues Deutschland vom 27. Mai 1987.

²⁵⁾ Vgl. Neues Deutschland vom 5. Februar 1987.

den; es beauftragte lediglich eine Expertengruppe, ein Reformprogramm für den RGW auszuarbeiten.

Honecker wertete das Moskauer Gipfeltreffen auf der 3. Tagung des ZK der SED (20. bis 21. November 1986) als eine Beratung von „geradezu historischer, fundamentaler Bedeutung“ für die gemeinsame Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit, so fügte er allerdings hinzu, erfolge „auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichheit, Unabhängigkeit, Selbständigkeit und der Verantwortung gegenüber den eigenen Völkern“²⁶). Dieses letzte Prinzip soll offenbar die Wahrung der nationalen Interessen gegenüber dem sowjetischen Integrationsdruck sichern.

Vor diesem Hintergrund ist die weitere Entwicklung der RGW-Integration ungewiß. Noch nie klafften Worte und Taten so weit auseinander wie heute. Es muß abgewartet werden, ob es Gorbatschow mit der Abschaffung der sogenannten Breshnew-Doktrin ernst meint, wie er es in seiner Rede auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU angedeutet hat.

Das Abschlußkommunique der 43. (außerordentlichen) Jahrestagung des RGW (Moskau, 13. bis 14. Oktober 1987) beweist erneut, daß die RGW-Staaten gegenwärtig nicht in der Lage sind, gemeinsame Lösungen für die zukünftige Entwicklung ihrer Integration zu finden. Es wurde zwar ein Beschluß über die „Umgestaltung des Mechanismus der Zusammenarbeit und der sozialistischen ökonomischen Integration sowie der Tätigkeit des RGW“ gebilligt; es geht insbesondere darum, „die Struktur des RGW wesentlich zu verbessern sowie die Mehrstufigkeit und Parallelität in der Arbeit des Rates zu beseitigen“. Aber diese Umgestaltung „soll etappenweise, unter Berücksichtigung der nationalen Wirtschaftssysteme der RGW-Länder und deren Vervollkommnung erfolgen“. Im Klartext: Scheitern neue Lösungswege des Integrationsproblems an den bestehenden Wirtschaftssystemen, dann müssen diese unterbleiben — und dies dürfte ein wichtiges Hindernis für den Reformkurs darstellen.

Maßnahmen zur Verbesserung des Währungssystems, wie sie vom sowjetischen Ministerpräsidenten vorgeschlagen und vom polnischen bzw. ungarischen Regierungschef unterstützt worden sind, wurden nicht vereinbart. Die Haltung der RGW-Staaten zu diesem Problem wurde vom RGW-Generalsekretär Sytschow mit dem Hinweis auf das russische Sprichwort charakterisiert: „Besser siebenmal abmessen, als einmal schneiden“.

Was den materiellen Inhalt der zukünftigen RGW-Zusammenarbeit angeht, so wurde vereinbart, „eine kollektive Konzeption der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung für die Jahre 1991 bis 2005 vorzubereiten“ — auch hier wurde die Problemlösung vertagt.

Neben der Zusammenarbeit auf der Regierungsebene (die zweiseitige Plankoordination bleibt die Hauptmethode der RGW-Integration) und der Zusammenarbeit auf der Ebene der Branchenministerien soll als dritte Ebene auch die direkte Zusammenarbeit bei der Produktion und Forschung bzw. die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen, internationalen Vereinigungen und Instituten weiterentwickelt werden. Es handelt sich hierbei um diejenigen Formen der überstaatlichen Kooperation, die besonders von der neuen sowjetischen Parteiführung favorisiert werden. Dies gilt allerdings nur für die jeweils „interessierten Länder“, und es gibt aus Moskau erste Hinweise, daß eben nicht alle Teilnehmer an der Ratstagung (darunter auch die DDR) an der Weiterentwicklung dieser Form der Zusammenarbeit interessiert gewesen seien.

2. Joint Ventures mit westlichem Kapital

Am 1. Januar 1987 ist die „Ordnung für die Gründung und die Tätigkeit von gemeinsamen Unternehmen mit Beteiligung von sowjetischen Organisationen und Firmen kapitalistischer Unternehmen auf dem Territorium der UdSSR“ in Kraft getreten²⁷). Sie legt den rechtlichen Rahmen für die Tätigkeit von Joint Ventures (JV) mit westlichem Kapital fest, die damit erstmalig auch in der UdSSR zugelassen werden. Der sowjetische Anteil an einem JV muß mindestens 51 Prozent betragen. Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzender müssen jeweils sowjetische Staatsbürger sein; der westliche Partner ist am Management beteiligt und im Aufsichtsrat vertreten. Der westliche Kapitalanteil kann in Maschinen, Technologie, Lizenzen oder in bar geleistet werden. Der Bewertung der beiderseits eingebrachten Leistungen liegen vereinbarte Preise unter Berücksichtigung der Weltmarktpreise zugrunde. Rechtlich ist zwar eine unentgeltliche Nutzung von Boden, Bodenschätzen und Wasser vorgesehen, in der Praxis dürfte diese Kann-Vorschrift aber kaum durchsetzbar sein.

JV sind nicht in das sowjetische Planungssystem integriert, sie werden vielmehr als Devisen-Enklaven behandelt: „Die Staatsorgane der UdSSR legen

²⁷) Vgl. Theodor Schweisfurth. Die Rechtsgrundlagen für Gemeinschaftsunternehmen in der Sowjetunion, in: *Recht der Internationalen Wirtschaft*, (1987) 7, S. 489 ff.

²⁶) Vgl. Neues Deutschland vom 22./23. November 1986.

für ein gemeinsames Unternehmen weder verbindliche Planaufgaben fest, noch garantieren sie den Absatz seiner Erzeugnisse.“ Seine Geschäfte mit sowjetischen Betrieben wickelt ein JV über staatliche Außenhandelsunternehmen (AHU) ab. Es kann seine Ausfuhr und Einfuhr entweder selbständig oder über die zuständigen sowjetischen AHU durchführen. Die Parteiorgane kontrollieren die Tätigkeiten von JV nicht.

Vorrangiges Ziel der JV war aus sowjetischer Sicht ursprünglich die Erzielung von Devisen (höhere Exporteinnahmen und/oder geringere Importausgaben). Gewinne aus Geschäften in nicht konvertierbaren Währungen können daher nicht ins Ausland transferiert, sondern nur im Betrieb reinvestiert werden. JV sollen primär für den Westexport produzieren. Inzwischen wurde dieser Zielkatalog erweitert: Er reicht von der besseren Versorgung des Binnenmarktes bis zum Import von Management-Know-how.

Die genannte Rahmenordnung enthält sehr viele Kann-Bestimmungen. So sind zwar eine Gewinnsteuer von 30 Prozent und eine Gewinntransfersteuer von 20 Prozent vorgesehen, das Finanzministerium kann aber auf Antrag eine Steuervergünstigung gewähren. Für jedes JV wird es entscheidend auf den konkreten Gesellschaftsvertrag ankommen; in ihm kann auch der Schutz der Minderheitsbeteiligung vereinbart werden.

Im Juli 1987 wurde von der Heinemann Maschinen- und Anlagenbau GmbH aus St. Georgen im Schwarzwald und dem Moskauer Ordshonikidse-Unternehmen ein gemeinsames Tochterwerk „Homatec“ gegründet. Der deutsche Kapitalanteil liegt bei 45 Prozent. Das Werk, das 500 Mitarbeiter beschäftigen soll, wird von Anfang 1988 an hochwertige Werkzeugmaschinen produzieren, wovon etwa ein Drittel für den Export bestimmt sein soll²⁸⁾. Darüber hinaus hat die Salamander AG in Moskau einen Vertrag über ein weiteres deutsch-sowjetisches Gemeinschaftsunternehmen zur Schuhproduktion mit der Leningrader Schuhfabrik „Proletarischer Sieg“ unterzeichnet. Salamander ist an diesem Joint Venture zu 40 Prozent beteiligt²⁹⁾.

Aus der Sicht der deutschen Wirtschaft sind solche Joint Ventures die höchste, d. h. aber auch die schwierigste Form der Kooperation. Sie kann nur auf jahrelanger erfolgreicher Zusammenarbeit und intensiver gegenseitiger Kenntnis der Partner basieren. Schon allein deswegen sind die Erfolgchancen dieser Kooperationsform eher begrenzt.

²⁸⁾ Vgl. Die Zeit vom 14. August 1987.

²⁹⁾ Vgl. Handelsblatt vom 2. Oktober 1987.

3. Beziehungen zwischen dem RGW und der EG

Seit Januar 1975 gibt es zwischen den Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und der Europäischen Gemeinschaft (EG) keine Handelsabkommen mehr³⁰⁾. Ursache für diesen vertragslosen Zustand sind die in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre gescheiterten Bemühungen, zwischen beiden europäischen Wirtschaftsgemeinschaften offizielle Beziehungen herzustellen. Auf beiden Seiten waren für dieses Scheitern überwiegend politische Gründe verantwortlich; die EG-Haltung war darüber hinaus auch durch spezifische ökonomische Interessen (Protektionismus) geprägt. Die z. T. weitreichenden Differenzen zwischen beiden Integrationssystemen mußten in diesem Zusammenhang häufig als Vorwand herhalten.

Die Initiative zur Wiederbelebung der Gespräche zwischen beiden Organisationen ging von den RGW-Staaten aus: Auf dem RGW-Wirtschaftsgipfel, der im Juni 1984 in Moskau stattfand, wurde u. a. beschlossen, die „potenziellen Möglichkeiten für die Entwicklung der kommerziellen Zusammenarbeit mit kapitalistischen Staaten sowie deren Betrieben und Firmen“ aktiv zu nutzen und ein „diesbezügliches Abkommen zwischen RGW und EWG“ abzuschließen³¹⁾. Nach einem entsprechenden Vorschlag Gorbatschows ist in der zweiten Hälfte 1985 die gegenwärtig noch andauernde Gesprächsrunde zwischen EG und RGW angelaufen. Als ein neues Element in diesem Dialog zwischen Ost- und Westeuropa versucht auch das Europäische Parlament, ein — allerdings mit geringen Kompetenzen ausgestattetes — Hauptorgan der EG, eine aktive Rolle zu spielen.

Das bisherige Ergebnis dieser Verhandlungen läßt sich wie folgt zusammenfassen: Beide Gemeinschaften werden durch eine gemeinsame Erklärung die offiziellen Beziehungen zueinander aufnehmen. Darüber hinaus soll darin die Verpflichtung enthalten sein, die Bereiche der zukünftigen Zusammenarbeit festzulegen. Für die EG ist dabei unverzichtbar, daß diese gemeinsame Erklärung für das gesamte Gebiet gilt, in dem die EG-Verträge gültig sind, d. h. einschließlich Berlin (West). Im politischen Zusammenhang mit dieser gemeinsamen Erklärung steht der zweite Schritt: Die EG wird mit den einzelnen RGW-Staaten diplomatische Beziehungen und Verhandlungen zum Abschluß von bi-

³⁰⁾ Vgl. Heinrich Machowski, Zur politischen Ökonomie der Beziehungen zwischen dem RGW und der EWG, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/82, S. 33 ff.

³¹⁾ Vgl. RGW-Gipfeltreffen: Interessenausgleich. Bearbeiter: H. Machowski, in: Wochenbericht des DIW, (1984) 29.

lateralen Handelsabkommen aufnehmen. Die EG-Kommission hat inzwischen mit den Regierungen aller europäischen RGW-Staaten exploratorische Gespräche geführt, und sie hat bereits vom Ministerrat ein Mandat für handelspolitische Verhandlungen mit Rumänien, der CSSR und Ungarn erhalten.

Es ist sehr zu hoffen, daß die Beziehungen zwischen EG und RGW noch in diesem Jahr bzw. spätestens im Frühjahr 1988 normalisiert werden. Dies wäre ein wichtiger Beitrag beider Seiten zur Verbesserung des politischen Klimas in Europa, ein Baustein für das „gemeinsame Haus Europa“. Diese politische Dimension ist sicherlich wichtig, sie ist indes kein Selbstzweck. Denn es müssen unter diesem „Dach“ von beiden Seiten Maßnahmen ergriffen werden, die geeignet sind, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa zu intensivieren. Die EG-Seite sollte den Marktzugang für osteuropäische Produkte (von Agrargütern bis gewerblichen Erzeugnissen) durch den Abbau protektionistischer Barrieren erleichtern; ökonomische Untersuchungen im Westen haben ergeben, daß sich diese Barrieren (von Kontingenten über Selbstbeschränkungsabkommen bis hin zum „neuen“ Protektionismus wie z. B. der Anti-Dumping-Politik) sehr negativ auf die RGW-Ausfuhren von Agrargütern sowie Textilien und Bekleidung ausgewirkt haben. Die RGW-Länder müssen alle Anstrengungen unternehmen, um ihr Exportangebot zu modernisieren und ihr Marketing in Westeuropa zu verbessern; beides läßt bislang zu wünschen übrig. Dies dürfte insbesondere für die neue Außenwirtschaftspolitik unter Gorbatschow eine wichtige Herausforderung sein. Denn die UdSSR exportiert bisher in die EG überwiegend Rohstoffe, und diese Güter hatten und haben einen ungehinderten Zugang auf den Markt. Der vertragslose Zustand zwischen EG und RGW war somit für die UdSSR – anders als für die kleineren RGW-Staaten – kein Problem. Die neue Außenwirtschaftspolitik bestimmt für die UdSSR auch in diesem Zusammenhang die Interessen neu.

4. Beziehungen der UdSSR zur Dritten Welt

Das ökonomische Verhältnis der UdSSR zur Dritten Welt ist durch einige Besonderheiten gekennzeichnet – z. B. bilaterale langfristige Kooperationsverträge, relativ hohes Gewicht der Ausbildungsprogramme (Entsendung von Experten, Vergabe von Stipendien), Subventionierung von Preisen und Frachtraten³²). Die „sozialistische Arbeits-

teilung“ beschränkt die Rolle der Entwicklungsländer in der Regel darauf, Primärerzeugnisse zu exportieren und industrielle Fertigwaren zu importieren. Die UdSSR ist grundsätzlich nicht bereit gewesen, die Entwicklungsländer handelspolitisch bevorzugt zu behandeln; im Gegenteil: Die sowjetische Handelspolitik beruht auf bilateralen Staatsverträgen und betont die gleiche Behandlung der Partner sowie den beiderseitigen Vorteil.

Die UdSSR trifft in Entwicklungsländern auf dieselben Hindernisse und Schwierigkeiten wie westliche Kreditgeber, nämlich den Mangel an technischen Erfahrungen und ein ineffizientes Management, und sie hat ebensowenig wie der Westen Lösungen für dieses Problem finden können.

Es dürfte die unzureichende Wirtschaftskraft der UdSSR gewesen sein, die sowohl ihr Engagement in Entwicklungsländern als auch ihre Attraktivität in dieser Region begrenzt hat. Die Entwicklungsländer sind in ihrer Politik ökonomisch primär auf den industrialisierten Westen hin orientiert, viele dieser Länder nutzen ihre Beziehungen zur UdSSR (und den anderen RGW-Staaten) in erster Linie, um ihre Verhandlungsposition gegenüber dem Westen zu stärken – und dies dürfte sich in einer überschaubaren Zukunft kaum ändern.

Die ungenügende wirtschaftliche Stärke der Sowjetunion bestimmt aber auch die sowjetische Haltung zur neuen Weltwirtschaftsordnung: Die Forderungen der Entwicklungsländer im Nord-Süd-Dialog werden mit großer Bereitschaft und lautstark so lange unterstützt, wie damit keine eigenen Verpflichtungen verbunden sind. Stehen in diesem Dialog aber Forderungen der Dritten Welt auf regelmäßige finanzielle Leistungen der UdSSR zur Debatte, werden sie strikt abgelehnt. Im Zusammenhang mit seiner Forderung nach einer höheren wirtschaftlichen Sicherheit in den internationalen Beziehungen hat Gorbatschow in seiner Parteitagrede erneut vorgeschlagen, eine neue Weltwirtschaftsordnung zu errichten, die allen Staaten eine gleiche wirtschaftliche Sicherheit garantiert. Darüber hinaus sollten Prinzipien ausgearbeitet werden, nach denen finanzielle Mittel, die aufgrund von Rüstungsbeschränkungen frei werden, den Entwicklungsländern zugute kommen sollten.

Die wirtschaftlichen Beziehungen der Sowjetunion zu den nichtkommunistischen Entwicklungsländern haben eine politisch-strategische, eine wirtschaftliche und eine ideologische Dimension. Die ideologi-

und Siegfried Schultz, in: Wochenbericht des DIW, (1986) 22. Ferner: Heinrich Machowski und Siegfried Schultz, Soviet Economic Policy in the Third World, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, (1985) 4, S. 409 ff.

³²) Vgl. Wirtschaftsbeziehungen der UdSSR zur Dritten Welt: Handel und Hilfe. Bearbeiter: Heinrich Machowski

sche Komponente hat im Laufe der Jahre an Gewicht verloren, sie bleibt allerdings ein wichtiger Bestimmungsfaktor. Gleichzeitig sind die ökonomischen Interessen stärker zum Tragen gekommen. Ausschlaggebend aber waren und sind immer die außenpolitischen Ziele der jeweiligen sowjetischen Parteiführung. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern: Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU sagte der sowjetische Ministerpräsident den

Entwicklungsländern weitere wirtschaftliche Unterstützung zu, „wobei den Ländern mit sozialistischer Orientierung besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird“. Der Wettbewerb der beiden Systeme in der Dritten Welt um politischen Einfluß wird weitergehen. Allerdings lassen sich die politischen Ambitionen der UdSSR wegen ihres unzureichenden wirtschaftlichen Potentials nur begrenzt verwirklichen.

Ein neuer Generalsekretär im alten Sowjetsystem

Seit dem 11. März 1985 steht Michail Gorbatschow an der Spitze seiner Partei und seines Landes. Anders als Leonid Breschnew, dem es zum Schluß fast nur noch um die Bewahrung der Macht zu tun war, bewies er von Anfang an den Mut zu Experimenten und zu Veränderungen. Er ging offensichtlich davon aus, daß man das Steuer herumwerfen müßte, wenn man eine Krise in der Sowjetunion vermeiden wollte.

Die westlichen Medien widmen dem Geschehen in der UdSSR breiten Raum. Worte wie *Perestrojka* (Umgestaltung) und *Glasnost* (Transparenz) sind in unser Vokabular eingegangen, ohne daß damit aber immer klare Vorstellungen verbunden wären. Mit großer Genugtuung wird in der Sowjetunion registriert, wie schnell die neuen Devisen das Image der Sowjetunion verbessert haben. In der Gunst der westdeutschen Bevölkerung rangiert Gorbatschow weit vor dem amerikanischen Präsidenten Reagan¹⁾. Wenn der sowjetische Amerika-Spezialist G. Arbatow schon glaubt, den Vereinigten Staaten ihre eigene Perestrojka und ihre eigene Glasnost empfehlen zu müssen, so verrät sich darin der Übermut des Erfolgreichen²⁾.

Die Gorbatschow-Euphorie im Westen scheint trotz allen Überschwangs in ihren Erwartungen dennoch relativ begrenzt zu sein. Man hofft auf eine Verringerung der Nuklearaffen, auf eine Entspannung im Ost-West-Verhältnis und schließlich auf eine Lockerung oder sogar „Liberalisierung“ der Sowjetunion und vielleicht auch der osteuropäischen Staaten. Die kommunistischen Parteien außerhalb des sozialistischen Lagers haben dagegen bisher keinen nennenswerten Nutzen aus dem Gorbatschow-Effekt ziehen können.

Die allmähliche Abkehr von der Breschnew-Ära

Gorbatschow hat die politische Bühne nicht mit einem fertigen Programm betreten. Hätte er unter Breschnew oder Tschernenko ein Alternativprogramm zu dem der damaligen Führung ausarbeiten lassen, wäre wahrscheinlich sein Schicksal besiegelt gewesen, da man ihn des Fraktionismus hätte beschuldigen können. Zunächst konnte Gorbatschow, nachdem er zum Generalsekretär bestellt worden war, nur kleine Schritte wagen, da die alte

Garde Breschnews noch sehr stark war. Man bekämpfte die wild wuchernde Korruption, die Auswüchse der Bürokratie, die Trunk- und Drogensucht.

Wie jeder Generalsekretär vor ihm trachtete Gorbatschow zunächst danach, seine Machtbasis zu festigen. Ohne eine ihm ergebene Mannschaft konnte er keine neue Politik verwirklichen. In kürzester Zeit schiedien G. Romanow, N. Tichonow und W. Grischin aus dem Politbüro aus. Minister mußten in rascher Folge ihre Ämter zur Verfügung stellen. Trotz der Erneuerung der Führungskräfte blieb jedoch der große Innovationsschub aus.

Auch der XXVII. Parteikongreß der KPdSU, der im Februar/März 1986 stattfand, brachte nicht den erwarteten triumphalen Durchbruch Gorbatschows. Allerdings wurden die Mißstände in der Wirtschaft und in der Kaderpolitik so deutlich angesprochen, wie dies seit fast zwanzig Jahren nicht mehr geschehen war. Die Auseinandersetzung mit der Breschnew-Zeit war dennoch nur halb- oder viertelherzig, da man die Wurzeln der Probleme nicht offenlegte. Man wagte es nicht einmal, den Namen Breschnews zu nennen, sondern sprach verschämt von den siebziger Jahren und vom Anfang der achtziger Jahre, in denen es zu einer Reihe von Fehlentwicklungen gekommen sei.

Am Ende des Parteikongresses gelang es Gorbatschow, im elfköpfigen ZK-Sekretariat, der Chefetage des Parteiapparats, fünf Sessel neu zu besetzen. Mit der Zeit zeigte sich immer deutlicher, daß Gorbatschow von der Parteispitze aus die Apparate der Partei, der Regierung, des Militärs und des KGB in seinem Sinn ummodellieren wollte. Kaum erfolgreich aber war Gorbatschow bei der Neufassung des dritten Parteiprogramms. Im neuen Text ist die Handschrift der dogmatischen Altgläubigen in vielen Teilen unschwer zu erkennen.

Gorbatschow hat fast als einziger aus der Führungsmannschaft auf dem XXVII. Parteikongreß für die „Glasnost“ geworben, also für mehr „Öffentlichkeit“ oder „Transparenz“. Kommunisten brauchen, so sagte er, unter allen Umständen die Wahrheit³⁾. In deutlichem Kontrast zu Gorbatschow spießten Ligatschow, der zweite Mann in der Parteihierarchie, und Staatspräsident Gromyko die

¹⁾ Der Spiegel, 7. 9. 1987, S. 21.

²⁾ Time, 6. 7. 1987, S. 40.

³⁾ Pravda, 26. 2. 1986.

„Übergriffe“ auf, die es im Zuge der kritischeren Berichterstattung gegeben habe⁴⁾.

Glasnost — Annäherung an die Wahrheit

Auf dem VII. Schriftstellerkongreß im Juni 1986 fand die Glasnost dann die Unterstützung, die ihr auf dem Parteitag versagt geblieben war⁵⁾. Unmittelbar vor diesem Kongreß hatte Gorbatschow vor Schriftstellern bewegt Klage über die Bürokratien in Partei und Staat geführt und um Unterstützung für seinen Kurs geworben⁶⁾.

Sehr rasch ließen sich drei Formen der Glasnost unterscheiden:

- die von der Parteiführung gewünschte Glasnost, die als Instrument gegen die Bürokratie, die Korruption und alle Mißstände dienen sollte;
- die zur Verselbständigung tendierende Glasnost der unabhängiger denkenden Intellektuellen, vor allem der Schriftsteller;
- die für das Ausland gedachte Glasnost.

Gorbatschow und sein engster Medienberater A. Jakowlew müssen eingesehen haben, daß sich die Zensur wie eine Mauer zwischen die Partei und die Bevölkerung geschoben hatte. Die Informationskanäle funktionierten in beiden Richtungen nicht mehr: Oben erfuhr man kaum noch, was man unten dachte, unten wußte man nicht, was oben geschah. Um den Austausch von Informationen wieder in Gang zu bringen, bedurfte es einer freieren Medienpolitik.

Da es ohne wahrheitsgemäße Diagnose keine vernünftige Therapie gibt, kann die von Gorbatschow forciert vorangetriebene Politik der Glasnost die besten Voraussetzungen zur Wiedergesundung des Landes schaffen. Vor allem die in Moskau erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften zeichnen sich mittlerweile durch einen erstaunlichen Freimut aus, allen voran „Moskowskie nowosti“, „Ogonjok“, „Literaturnaja gaseta“ und „Sowjetskaja kultura“. Für Journalisten wurde die Zahl der Tabuzonen reduziert, so daß jetzt auch über Drogensucht und über Prostitution in der Sowjetunion berichtet werden kann. Eine Reihe von Journalisten nahm sich das Recht heraus, eigenwillige Ideen vorzutragen.

Die Saat der Glasnost ist jedoch vor allem in der Belletristik und in der Filmproduktion auf fruchtbaren Boden gefallen. Aufrüttelnd wirkte beispielsweise T. Abulades Film „Die Reue“, der die Schrecken des Stalinismus wachrief. In der schöngeistigen Literatur überraschten W. Rasputin,

W. Astafjew und Tsch. Aitmatow mit kraß naturalistischen Schilderungen der sowjetischen Wirklichkeit. Bis heute ist die Diskussion um diese drei Bücher nicht beendet, die einen zentralen Nerv berührt haben müssen. In allen diesen Werken geht es, ob es nun immer gesagt wird oder nicht, um die Frage nach Gut und Böse, in zwei von ihnen ist ausdrücklich von der „Herrschaft des Bösen“ die Rede.

In seiner Erzählung „Der Brand“, die gleich zu Beginn von Gorbatschows Amtszeit erschien, beschreibt Rasputin das Fehlen aller moralischen Werte in einer sibirischen Dorfgemeinschaft⁷⁾. Die Rede ist von Totschlag, Diebstahl, sinnloser Zerstörungswut, von Lug und Trug. Die Trunkenbolde haben sich zu einer Rotte „mit Ataman und Sowjet“ zusammengeschlossen. In sechs Dörfern seien, heißt es, innerhalb von vier Jahren durch Trunksucht, Übermut und Leichtsinn genauso viele Menschen umgekommen wie im Krieg gegen die Deutschen.

Als Iwan Petrowitsch, die Hauptgestalt der Erzählung, erfährt, daß Arbeiter mit Wodka zur Planerfüllung animiert werden, bricht es aus ihm heraus: „Plan, sagst du? Plan? Dann schon lieber ohne! Einen anderen Plan müßten wir einführen — nicht bloß für Festmeter, sondern für die Seelen.“⁸⁾ Iwan Petrowitsch will sich nicht damit abfinden, daß die Trennlinie zwischen Gut und Böse inzwischen bis zur Unkenntlichkeit ausgelöscht ist und es infolgedessen auch an Schuldgefühlen fehlt: Schlecht sei gut und gut schlecht geworden. Das Gewissen, das den Helden Rasputins plagt, ist dem Menschen „auf Geheiß einer unklaren gewaltigen Kraft“ gegeben. Es sei genauso unabhängig von äußeren Instanzen wie die Wahrheit, von der es heißt: „Die Wahrheit kommt aus der Natur selbst, sie ist weder durch die öffentliche Meinung noch durch Verordnungen zu korrigieren.“⁹⁾

Noch spektakulärer als Rasputins Werk ist Aitmatows Roman „Das Schafott“ in der Sowjetunion empfunden worden, ein Roman, in dem ein ehemaliger Priesterseminarist einen Weg zwischen der christlichen und der marxistisch-leninistischen Orthodoxie sucht¹⁰⁾. Awdij Kallistratow, die Zentralgestalt, versucht vergeblich, Rauschgiftändler und Antilopenjäger zur moralischen Umkehr zu überreden. Zum Schluß wird er jedoch gekreuzigt. Awdij wird auf eine vertrackte Art in der Nachfolge von

7) W. Rasputin, *Der Brand*, München 1987.

8) Ebd., S. 46.

9) Ebd., S. 57.

10) Tsch. Aitmatow, Placha, in: *Nowij mir*, 1986, Nr. 6, 8 und 9. Hierzu „Christus in den sowjetischen Medien“, in: *Aktuelle Analysen des BIOst*, Nr. 3/1987.

4) *Pravda*, 28. 2. und 27. 2. 1984.

5) *Literaturnaja gaseta*, 2. 7. 1986.

6) *Frankfurter Rundschau*, 18. 9. 1986.

Bernhard Stangl: Staat und Demokratie in der Katholischen Kirche

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46-47/87, S. 32-45

Der Beitrag versucht einen Überblick über die Entwicklung und den heutigen Positionsstand der Lehre und der Diskussion zu Staat und Demokratie in der katholischen Kirche zu geben.

Die katholische Kirche verfügt traditionell über eine eigene Lehre vom Staat. Diese beschränkt sich allerdings auf einige wenige zentrale Fragen: Ursprung und Träger der Staatsgewalt, Verhältnis von Kirche und Staat sowie Gemeinwohl. In jüngster Zeit scheint diese Lehre eher in den Hintergrund gerückt. Die katholische Kirche setzt — für jedermann sichtbar — auf die Menschenrechte, den Rechtsstaat und die Verfassungsdemokratie.

Angesichts der Tatsache, daß das Verhältnis zwischen Demokratie und katholischer Kirche historisch zeitweise sehr spannungsgeladen war, mag es überraschen, möglicherweise sogar verwirren, daß ihre traditionelle Staatslehre von der prinzipiellen Gleichwertigkeit aller Staatsformen spricht und explizit eine Konzeption der Menschenrechte nicht kennt.

Als wichtigstes Ergebnis ist der Auffassungswandel der Kirche in der Frage der Verpflichtung des Staates gegenüber der sittlichen Wahrheit festzuhalten. Die katholische Kirche findet mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil ein klares Ja zum religiös-neutralen, aber nicht wertneutralen demokratischen Staat. Sie anerkennt die ihn tragende Realität: Die pluralistische Gesellschaft gibt das in seiner Tradition bis in die Antike zurückgehende Postulat der Staatskirche und des mit seiner Konfession verbundenen Staates auf.

Christus gesehen, was durch den Dialog zwischen Christus und Pilatus am Ende des Romans noch besonders betont wird. In einem Interview erklärte Aitmatow, er habe als Atheist mit der Gestalt von Christus den Menschen etwas „Verborgenes“ mitteilen wollen: „Das Christentum gibt einen sehr starken Impuls mit der Gestalt von Christus. Der Islam, zu dem ich infolge meiner Herkunft gehöre, hat keine solche Gestalt, Mohammed war kein Märtyrer. Er hatte schwere, qualvolle Tage, aber daß man ihn für eine Idee gekreuzigt hätte — das gibt es nicht.“¹¹⁾

Die Gralswächter des Marxismus-Leninismus haben sich gegen die Schwarzmalerei und das Gottsuchertum Rasputins, Astafjews und Aitmatows verhältnismäßig vorsichtig ausgesprochen. Zum mindesten Rasputin und Aitmatow scheinen allerhöchste Protektion zu genießen. Es gehörte daher schon einiger Mut dazu, diese Schriftsteller überhaupt zu attackieren. Diesen Kritikern wiederum hielt J. Jewtuschenko entgegen, daß man nicht alles in Bausch und Bogen verdammen dürfe, was mit der Religion zu tun habe¹²⁾. Die Bibel sei ein großes Kulturdenkmal. Nicht nur das Christentum habe seine dunklen Kapitel, sondern auch die kommunistische Bewegung. Es stehe in keinem sowjetischen Gesetz geschrieben, daß der Staat und der Atheismus nicht auch getrennt werden könnten.

Ein Paukenschlag: Das ZK-Plenum vom Januar 1987

Die große Masse der sowjetischen Bevölkerung räumte der Glasnost sicher nicht den hohen Stellenwert ein, wie es die Intelligenz tat. Für ihr Urteil über die Politik war entscheidend, daß sich ihr Lebensstandard bisher nicht erhöhte. Die Partei schließlich zeigte insgesamt auch nicht den Enthusiasmus, den die neue Parteiführung brauchte, um die hochgesteckten Ziele zu erreichen. Gorbatschow mußte, wie er später sagte, bald erkennen, daß er den Widerstand gegen seine Politik unterschätzt hatte. Er kam nach einer neuerlichen Analyse der Lage zu dem Schluß, daß es wesentlich tieferer Einschnitte in das Gewebe der Partei und des Staates bedurfte, wenn man das Krebsübel der Bürokratie wirksam bekämpfen wollte.

Das ZK-Plenum, das zunächst für Oktober 1986 anberaumt worden war, dann aber dreimal verschoben werden mußte, sollte sich kritisch mit der Kaderpolitik befassen, die nach allen Erfahrungen eines der heißesten Eisen in der Sowjetunion ist. Kein Wunder, daß die Bürokratie, die um ihren bislang

gesicherten Status fürchtete, die Absichten des Generalsekretärs behinderte, so gut sie konnte.

Wie heikel die rigorose Personalpolitik war, die Gorbatschow verfolgte, zeigte sich im Dezember 1986, als es in Alma Ata zu Tumulten nach dem Sturz des kasachischen Parteichefs D. Kunajew und der Ernennung des Russen G. Kolbin als dessen Nachfolger kam.

Das ZK-Plenum, das schließlich vom 27. bis 28. Januar 1987 zusammentrat, wurde mit einer mehrstündigen Rede Gorbatschows eingeleitet, die in ihrer Schärfe über die sonst übliche Kritik hinausging¹³⁾. Nicht der Imperialismus, nicht der Persönlichkeitskult und auch nicht das Wetter wurden für die jüngsten Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht, sondern im Grunde die Partei selbst. Die Anklage, die der Generalsekretär erhob, war ganz und gar nicht so emotional gefärbt wie die Rede Chruschtschows gegen Stalin auf dem XX. Parteikongreß, sondern wirkte wie der Bericht eines um Sachlichkeit bemühten Revisors. Gorbatschow bemängelte im einzelnen:

— Die Theorie des Sozialismus sei oft genug nicht über den Stand der dreißiger und vierziger Jahre (also über die Stalin-Zeit) hinausgelangt.

— Die führenden Organe der Partei hätten nicht rechtzeitig die Gefahr erkannt, daß krisenhafte Erscheinungen heranwachsen.

— Die Handlungsfähigkeit des Politbüros, des ZK-Sekretariats, des gesamten ZK sowie dessen Apparats und der Regierung sei in einer gewissen Etappe (in der Breshnew-Zeit) geschwächt gewesen.

— Viele aktuelle Themen seien auf den eher schematisch abgelaufenen Plenartagungen des ZK nicht behandelt worden.

— Das sozialistische Eigentum sei in der jüngsten Vergangenheit so gut wie herrenlos gewesen, da es kaum noch kontrolliert worden sei.

— Das Plansystem sei deformiert worden.

— Teile der Bevölkerung seien gegenüber den Belangen der Gesellschaft gleichgültig oder skeptisch und hätten hemmungslos nach persönlicher Bereicherung gestrebt.

— Es sei sachfremd in die künstlerischen Angelegenheiten eingegriffen worden.

— In Usbekistan, Moldawien, Turkmenien, in Teilen Kasachstans, in Krasnodar, Rostow und Moskau sei es zu einer „Entartung der Kader“ gekommen.

Gorbatschow mutete den einfachen Parteimitgliedern, sofern sie bisher ihrer Partei vertraut hatten, einiges zu. Wenn man die Negativposten addierte,

¹¹⁾ Literaturnaja gaseta, 13. 8. 1986.

¹²⁾ Komsomolskaja pravda, 10. 12. 1986.

¹³⁾ Pravda, 28. 1. 1987.

dann konnte es um die Unfehlbarkeit der Partei nicht zum besten stehen. Die KPdSU hatte ganz offenkundig nicht immer recht gehabt. Bereits 1923 hatte Trotzki davon gesprochen, daß die alten Kader ihrem ursprünglichen Auftrag nicht mehr gerecht werden könnten¹⁴). Er hatte sich damit die Feindschaft des von Stalin kontrollierten Parteiapparats zugezogen. Bis auf den heutigen Tag wird in sowjetischen Geschichtsdarstellungen der KPdSU das Wort Trotzkijs von der möglichen „Entartung der Kader“ als Ausdruck schlimmsten parteifeindlichen Verhaltens zitiert¹⁵).

Um die Mißstände, die unter Breshnew um sich gegriffen hatten, in Zukunft einzudämmen oder sogar zu verhindern, schlug Gorbatschow eine stärkere Demokratisierung und eine strengere Kontrolle der Partei und der Regierung vor. Insbesondere die Wahlmodalitäten sollten geändert werden. Eigentlich trug Gorbatschow nur Vorschläge vor, die ohnehin an das ZK herangetragen worden sind, aber es drängt sich unwillkürlich der Schluß auf, daß er selbst die treibende Kraft der Neuerungstendenzen ist. Besonderes Interesse verdient die Worte über die unausgeschöpften Möglichkeiten des Wahlverfahrens. Leiter von Betrieben sowie Brigadiere und Meister könnten – so Gorbatschow – gewählt werden. Parteilose sollten verstärkt zu bestimmten Ämtern zugelassen werden.

In seinen Vorschlägen zur Korrektur der Wahlmodalitäten unterschied Gorbatschow deutlich zwischen den Grundorganisationen, den mittleren Rängen und den zentralen Organen der Partei. Am ausführlichsten äußerte er sich über die Vorschläge zur Aktivierung des Parteimittelbaus, der sein größtes Sorgenkind ist. Gorbatschow versprach sich einiges davon, wenn in Zukunft die Sekretäre der Rayons-, Kreis-, Stadt-, Oblast- und Kraj-Komitees in geheimer Wahl bestimmt würden. Dabei war auch an die Aufstellung mehrerer Kandidaten gedacht. Über die Demokratisierung der höchsten Parteiorgane sprach Gorbatschow nur kurz. Die Partei sollte allerdings nach wie vor die Kontrolle über das Auf und Ab der Funktionäre behalten. Es wurde ausdrücklich betont, daß die übergeordneten Organe bei der Kaderauswahl nicht das Heft aus der Hand geben würden. Auf der Sowjetebene sollten ebenfalls mehrere Kandidaten zur Wahl stehen. Die Wahlkreise sollten vergrößert werden.

Aus den Worten Gorbatschows vor dem ZK-Plenum ging hervor, daß man auf einer schon verzweifelt zu nennenden Suche nach Mitteln und Wegen war, die Bürokratie zu entschlacken, zu verjüngen

und zu aktivieren, und zwar im Sinne der Führung. Auch die jüngsten Kontrollen von oben und die Inspektionen, die im ganzen Land durchgeführt wurden, hatten Gorbatschow zufolge nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Sie hatten im Gegenteil zu einer starken Behinderung des Arbeitsablaufs und zur Verunsicherung der Bevölkerung geführt. In Zukunft sollte, wie Gorbatschow erklärte, ein anderer Kontrollmechanismus versucht werden. Die gewählten Organe wurden aufgerufen, den Exekutivorganen schärfer auf die Finger zu schauen. Das ZK sollte Fragen an die Führungsorgane stellen.

Die Kontrolle von unten könnte, wenn sie Wirklichkeit würde, zu einer gewissen Veränderung des sowjetischen Herrschaftssystems führen. Im Grunde aber versuchte Gorbatschow die Quadratur des Kreises: Die KPdSU sollte gleichzeitig Regierungs- und Oppositionspartei sein.

Im Anschluß an die Rede Gorbatschows fand eine ungewöhnlich intensive und offensichtlich zeitweise hitzige Debatte statt, an der sich 34 Redner beteiligten; insgesamt hatten sogar 77 Personen das Wort gewünscht. Die einzelnen Diskussionsbeiträge wurden – aller Glasnost zum Trotz – nicht in der sowjetischen Presse veröffentlicht. Ein Teilnehmer des ZK-Plenums, der sich energisch für den Gorbatschow-Kurs engagiert hatte, berichtete einem italienischen Korrespondenten, daß seine Wortmeldung von Gemurmel, Protesten und Pfiffen der „Altkonservativen“ begleitet worden sei¹⁶). Umstritten waren sowohl die Perestrojka wie die Glasnost. Die Kühnheiten in der sowjetischen Presse wie auch die jüngsten Werke von Aitmatow, Astafjew und Rasputin wurden aufs Korn genommen¹⁷).

Nach Beendigung der Diskussion hielt Gorbatschow eine kurze Schlußrede¹⁸), in der er seine Kontrahenten „überfuhr“: Zur „Perestrojka“ gebe es keine Alternative; daher solle man Schluß mit der Diskussion darüber machen, ob sie nötig sei oder nicht. Der gelegentliche Mißbrauch der Glasnost sei kein Grund zur Beunruhigung. Die Bevölkerung werde schon auf alle Exzesse in der gehörigen Form reagieren. Die Mehrheit des ZK stand zum mindesten in einigen entscheidenden Fragen nicht auf der Seite des Generalsekretärs. Sie fürchtete um ihre Interessen oder sogar um ihre Sessel, wenn das Tempo der Erneuerung nicht verlangsamt würde. Gorbatschow wiederum sah im ZK, dessen Bestand eigentlich erst 1991 auf dem nächsten Parteikongreß aufgefrischt werden konnte, ein großes

¹⁴) L. Trotzki, *Nowyj kurs*, Moskau 1924, S. 12f., 17, 80.

¹⁵) *Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion*, Frankfurt 1987, S. 347.

¹⁶) G. Chiesa, in: *l'Unità*, 11. 2. 1987.

¹⁷) M. Uljanow in: *Sowjetskaja kultura*, 7. 2. 1987.

¹⁸) *Iswestija*, 30. 2. 1987.

Hindernis für seine Absichten. Als er auf dem ZK-Plenum den Wunsch nach einer Parteikonferenz vortrug, spielte er wohl mit dem Gedanken, die widerstrebenden ZK-Mitglieder auf einer solchen Konferenz gegen neue austauschen oder doch zum mindesten psychologisch unter Druck setzen zu können. Falls Gorbatschow geglaubt haben sollte, seine Autorität reiche aus, um seine Opponenten umstimmen zu können, wurde er enttäuscht. In der Resolution, die am Ende der Plenartagung gefaßt wurde, waren die Vorschläge Gorbatschows eindeutig verwässert. Von geheimen Wahlen und auch von der Allunions-Parteikonferenz war nicht einmal mehr die Rede. Das hinderte Gorbatschow aber nicht, einen Monat nach dem Januar-Plenum die Parteikonferenz, die Mitte 1988 stattfinden soll, wieder ins Auge zu fassen.

Fragen des Stalinismus

Nachdem die Zensur zugunsten einer offeneren Informationspolitik zurückgedrängt worden war, konnte es nicht ausbleiben, daß wagemutige Publizisten versuchen würden, in das Dunkel und Halbdunkel der offiziellen Parteigeschichte hineinzuleuchten. Es waren vor allem einige Schriftsteller, die die Erinnerung an die Greuel der Kollektivierung und an den Terror Stalins beschworen. Mitte 1986 hatte Gorbatschow vor Schriftstellern noch empfohlen, die Vergangenheit ruhen zu lassen¹⁹⁾. Es muß ihm aber bald klar geworden sein, daß die Schwierigkeiten der Gegenwart kaum zu meistern waren, wenn deren historische Wurzeln nicht aufgedeckt würden. Auf dem Januar-Plenum des ZK war Gorbatschow bereits wesentlich schärfer mit der Breshnew-Ära ins Gericht gegangen als auf dem XXVII. Parteikongreß, aber auch jetzt wagte er es nicht, den Namen Breshnews auch nur zu erwähnen. An einer Aufarbeitung der allerjüngsten Vergangenheit ist der Parteiführung auch heute nicht gelegen. Die gegenwärtigen Spitzenpolitiker haben letztlich unter Breshnew ihre Spuren verdient. Einem Historiker, der ein kleines Buch über die Zeit nach 1960 schreiben wollte, hat man dies zwar nicht untersagt, aber immerhin empfohlen, das Projekt fallen zu lassen, da sich das Urteil über diese Jahre noch nicht abgeklärt habe²⁰⁾.

J. Afanasjew, der Rektor des Moskauer Instituts für historische Archive, der sich mehrfach für eine neue Sicht der Sowjetgeschichte eingesetzt hat, hält hingegen die Perioden von 1917 bis 1929 und von 1956 bis 1965 für besonders erforschungswürdig, da die Erfahrungen dieser Zeit für die Gegenwart den

größten Nutzen haben könnten²¹⁾. Es ist jedoch nicht klar, ob die Parteiführung mit solchen Intentionen einverstanden ist. Vieles spricht dafür, daß die neue Mannschaft im Kreml das Interesse der Historiker auf die Stalin-Zeit ablenken will, die in der Tat das dunkelste Kapitel der Sowjetunion ist.

Im Februar 1987, zwei Wochen nach dem Januar-Plenum des ZK, hat Gorbatschow erklärt, daß es keine „weißen Flecken und vergessenen Namen“ in der Literatur und der Geschichte geben dürfe²²⁾. Es sei schlimm, wenn „ganze Zeiträume“ verdrängt und vergessen würden. Man solle vor allem diejenigen der Vergessenheit entreißen, die tatsächlich die Oktoberrevolution gemacht hätten. Entweder hatte Gorbatschow den Mund zu voll genommen oder er ahnte nichts von der Tragweite seiner Ankündigung. Nach Gorbatschows Worten schien der Weg für eine Rehabilitierung L. Trotzkijs, G. Sinowjews, L. Kamenews oder N. Bucharins als historische Persönlichkeiten (nicht aber als Vertreter einer ideologischen Richtung) frei zu sein. Aber selbst diese bescheidene Revision des Geschichtsbildes erwies sich als schwierig. Wie sollte man die Person Trotzkijs von seinen Überzeugungen trennen?

Die ehemaligen Mitarbeiter Lenins, die von Stalin verfeimt wurden, werden seit geraumer Zeit von einigen Autoren ohne die sonst üblichen Unterstellungen genannt, von anderen dagegen nach wie vor verurteilt. Ein ehemaliger Trotzkiist konnte immerhin Trotzki als einen hervorragenden Kommunisten bezeichnen²³⁾. I. Minc, der Doyen der sowjetischen Parteihistoriker, 91 Jahre alt, war allerdings nicht bereit, Trotzkijs „Fehlritte“ zu verzeihen. Nicht so schwierig könnte dagegen die Neubewertung Bucharins sein²⁴⁾.

Die Sowjetunion begeht am 7. November 1987 den 70. Jahrestag der Oktoberrevolution. Es wäre an der Zeit, Trotzkijs und Bucharins Rolle im Jahr 1917 ohne Wenn und Aber zu schildern. Ein Weiterspinnen der alten Geschichtslegenden ist mehr als anachronistisch. Man kann vielleicht erwarten, daß in Zukunft wenigstens die wichtigsten biographischen Daten der prominenten Stalin-Opfer veröffentlicht werden. Wenn Gorbatschow von „ganzen Zeiträumen“ sprach, die in Vergessenheit geraten sind, so müßte er vor allem die Kollektivierung und die Große Säuberung im Auge gehabt haben — Zeiten, in denen Millionen von Menschen umgekommen sind. Die Hast und die Brutalität der Kol-

²¹⁾ Sowjetskaja kultura, 21. 3. 1987.

²²⁾ Pravda, 14. 2. 1987.

²³⁾ Ogonjok, (1987) 39.

²⁴⁾ Kommunist, (1987) 12, S. 71.

¹⁹⁾ Frankfurter Rundschau, 18. 9. 1986.

²⁰⁾ Kommunist, (1987) 12, S. 75.

lektivierung ist gelegentlich schon in Frage gestellt worden, aber man behandelt das Thema insgesamt äußerst vorsichtig.

Im Zentrum der historischen Neubewertung steht wahrscheinlich die „Große Säuberung (1936 bis 1938), in der die alte Garde Lenins, viele Militärs, Tausende und Abertausende von Namenlosen in den Tod und Millionen in Lager geschickt wurden. In einer illustrierten Zeitschrift kam der Diplomat F. Raskolnikow zu Wort, der aus dem Ausland an Stalin geschrieben hatte, die Schauprozesse in Moskau seien derart unglaubwürdig und grauerregend, daß sie selbst die Hexenprozesse des Mittelalters in den Schatten stellten²⁵⁾. Gorbatschow hat im Juli 1987 erklärt, daß die Ereignisse von 1937/38 nicht verziehen oder gerechtfertigt werden könnten²⁶⁾. Dies scheint darauf hinauszulaufen, daß K. Radek und Bucharin von den Vorwürfen, die seinerzeit gegen sie erhoben wurden, freigesprochen werden. Der Prozeß gegen Sinowjew und Kamenew scheint dagegen vorerst ausgeklammert zu werden.

1956 hatte Chruschtschow auf dem XX. Parteitag nicht nur einen Teil von Stalins Verbrechen in der Großen Säuberung geschildert, sondern auch schon die Rolle Stalins im Krieg gegen die Deutschen kritisiert. Zwanzig Jahre später wird nun ein neuer Anlauf genommen, die Vergangenheit sachgerechter darzustellen. Dabei geht es nicht nur um eine Revision der Parteigeschichte, was vergleichsweise leicht wäre, sondern im Grunde um die Legitimation der Partei. Wenn unter Stalin im Namen der Partei die schlimmsten Verbrechen begangen werden konnten, wenn sich darüber hinaus die Partei in den Breshnew-Jahren vieler Versäumnisse und Fehler schuldig gemacht hat, so erhebt sich für jeden kritisch Denkenden die Frage, wie die KPdSU ihr alleiniges Recht auf Herrschaft begründen will. Würde man darüber hinaus einräumen, daß 1923 Trotzkijs Kritik an der wachsenden Bürokratie und 1929 Bucharins Votum gegen die brutale Kollektivierung stichhaltig waren, dann drängt sich der Schluß auf, daß die Mehrheit der Partei nicht immer die richtige Linie vertritt. Daraus könnte nun der eine oder andere folgern, daß die Rechte der Minderheit geschützt werden müßten, ja daß die Minderheit für ihre Ideen unbehindert werben sollte. Aus diesem Gedankengang läßt sich ablesen, wie schnell die Bewältigung der sowjetischen Vergangenheit an die Grenzen des sowjetischen Herrschaftssystems stößt.

²⁵⁾ Ogonjok, 27. 6. 1987, S. 6.

²⁶⁾ Pravda, 15. 7. 1987.

Diessseits von Gut und Böse

Es fehlt nicht nur in der Geschichtsschreibung bis heute an der nötigen Redlichkeit, sondern auch auf fast allen anderen Gebieten. Die Einsichtigsten haben erkannt, daß die Partei nicht der Hort und die Hüterin von Wahrheit und Moral ist. Sie haben sich daran gemacht, die dunkle Vergangenheit, vor allem den Stalinismus, zu durchdringen und nach soliden moralischen Grundlagen zu suchen. Bei Solshenizyn hieß es schon vor einer Reihe von Jahren, daß ein großer Schriftsteller so etwas wie eine zweite Regierung sei²⁷⁾. Heute ist es vor allem eine Reihe von Schriftstellern und Wissenschaftlern, die die Sinnfrage stellt und die mit einem ungewöhnlichen Ernst über das politische Koordinatensystem der Moral nachdenkt.

A. Jakowlew, eine der sichersten Stützen Gorbatschows im Politbüro, hat erst vor kurzem eingeräumt, daß die sowjetische Ideologie in der Bevölkerung kein hohes Ansehen genießt: „Wenn der Mensch beginnt, über die ‚ewigen‘, quälenden Fragen des Sinns des Lebens, der moralischen Wahl, der ethischen Begründung seiner Handlungen nachzusinnen, so wendet er sich meist nicht an berufsmäßige Philosophen, um eine Antwort zu erhalten.“²⁸⁾

Gorbatschow selbst hat mehrfach den Unfehlbarkeitsanspruch erschüttert, wenn er etwa erklärte, daß niemand im Besitz der Wahrheit sei²⁹⁾. Dadurch konnte sich die unabhängige Intelligenz in ihrer Suche nach sicheren moralischen Kategorien nur bestätigt fühlen. D. Granin hat beispielsweise versucht, der „Barmherzigkeit“, die aus dem sowjetischen Sprachgebrauch zu verschwinden drohte, wieder zu ihrem Recht zu verhelfen³⁰⁾. Andere Autoren beziehen sich immer wieder auf die „Güte“ oder das individuelle Gewissen.

Jewtuschenko erzählte folgende Anekdote: „Es hat bei uns den legendenumwobenen und hervorragenden Chirurgen . . . Vojno Jasenezkij gegeben, der auch Priester war. Eine der Legenden erzählt . . . daß er eines Tages von Stalin gerufen wurde, der ihn leicht ironisch fragte: ‚Wie können Sie bloß an die Existenz der sogenannten Seele glauben? Sie haben doch schon so viele Körper obduziert . . . haben Sie dabei jemals irgendeine Seele entdeckt?‘ Vojno Jasenezkij antwortete: ‚Und Sie, glauben Sie denn an die Existenz des Gewissens?‘ — Stalin dachte nach und sagte erst nach einer Weile: ‚Ja, daran glaube ich.‘ — ‚Sehen Sie, bei der Obduktion

²⁷⁾ A. Solshenizyn, W krugie perwom. o. O., 1963, S. 320.

²⁸⁾ A. Jakowlew, in: Kommunist, (1987) 8, S. 19.

²⁹⁾ Pravda, 14. 2. 1987 und Iswestija, 17. 2. 1986.

³⁰⁾ Literaturnaja gaset, 18. 3. 1987.

der Körper habe ich auch kein einziges Mal das Gewissen entdeckt . . .³¹⁾ Das Akademie-Mitglied D. Lichatschow verlangte erst kürzlich nach einer „Geschichte des Gewissens“, in der auch das Gute in der Religion, Literatur, Kunst und Wissenschaft festgehalten werden sollte³²⁾.

Im Zeichen der Glasnost kam es nicht nur zu Worten, sondern auch zu Aktionen des Nonkonformismus. In Alma Ata gingen die Kasachen, in Moskau die Krimtataren, in Vilnius die Litauer, in Tallinn die Esten und in Riga die Letten für ihre nationalen Interessen auf die Straße. Damit war in den Augen der engherzigen Parteifunktionäre die Grenze der Toleranz bereits überschritten worden. Ligatschow, der ranghöchste ZK-Sekretär nach Gorbatschow, hat sehr früh schon vor den Auswüchsen der Glasnost gewarnt. Er äußerte sein Befremden über die Schwarzmalerei in der Belletristik wie auch in der Darstellung der Sowjetgeschichte. Noch stärker scheint ihn irritiert zu haben, daß in einigen Werken jeglicher Hinweis auf den Kommunismus fehlte³³⁾. Im September 1987 warf der KGB-Chef W. Tschebrikow den westlichen Geheimdiensten vor, sowohl bei den Demonstrationen in Alma Ata, Moskau wie in den baltischen Hauptstädten ihre Hände im Spiel gehabt zu haben³⁴⁾. „Die Gegner“ der Sowjetunion versuchten die künstlerische Intelligenz zu Krittelei, Demagogie und Nihilismus anzustacheln. Nach deren Willen sollten einige Etappen der Sowjetgeschichte angeschwärzt und die Hauptaufgabe der sozialistischen Kultur, die arbeitenden Menschen zu erheben, abgelehnt werden. Diese massiven Vorwürfe, die zum Teil gegen den Westen, aber noch viel stärker gegen *alle* Nonkonformisten in der Sowjetunion gerichtet waren, können nur als Rückfall in die alten sowjetischen Denkmuster angesehen werden.

Auch Gorbatschow hat, kaum aus dem Urlaub zurückgekehrt, Ende September alle diejenigen gewarnt, die innerhalb wie außerhalb der Sowjetunion versuchten, Extremisten und Nichtsozialisten zu animieren³⁵⁾. Allerdings fügte er sofort beruhigend hinzu, diese negativen Erscheinungen seien nicht allzu verbreitet. Für alle Fälle erklärte er dann jedoch: „Diejenigen, die Hoffnung haben, daß Demokratie und Umgestaltung zu einer sozialen und politischen Wende in der Sowjetunion führen, irren sich.“

Zwischen Gorbatschow auf der einen und Tschebrikow sowie Ligatschow auf der anderen Seite

scheint es in der Frage, wie gefährlich die „Exzesse“ der Glasnost und der Demokratisierung seien, keine Einigkeit zu geben. Gorbatschow, der das Image eines aufgeklärten Generalsekretärs pflegt, will ganz offensichtlich die zum Nonkonformismus neigende Intelligenz, die große Erwartungen in ihn setzt, nicht vor den Kopf stoßen, daß er deren Sympathien völlig verscherzt.

Die vielen Fragezeichen hinter Gorbatschow

Die Sowjetunion steht nicht vor dem Zusammenbruch, und sie ist auch nicht auf dem Weg zu einer westlichen Demokratie. Alle von Gorbatschow gewünschten Veränderungen spielen sich bislang im Zirkelschlag der Einparteiherrschaft ab. Ganz sicher gibt es aber sowohl in der Intelligenz, bei den Nationalitäten und in den Religionsgemeinschaften die Hoffnung auf eine Ausweitung der Menschenrechte.

Die Sowjetunion heute ist für den Beobachter insofern schwer zu fassen, als sie mit den Schatten ihrer Vergangenheit nichts zu tun haben will und mit dem Glanz der lichten Zukunft noch nichts zu tun hat. Wer die Zukunft der Sowjetunion auch nur ungefähr ermessen will, müßte zum einen wissen, was Gorbatschow und die Seinen wirklich wollen, und zum anderen eine Vorstellung davon haben, wie stark der Widerstand im Politbüro, im ZK, in der Partei und in der Bevölkerung gegen die Vorhaben des neuen Generalsekretärs ist. Trotz seiner zahllosen Selbstdarstellungen gibt Gorbatschow uns noch viele Rätsel auf. Entweder kennt auch er noch nicht den genauen Weg in die bessere Zukunft oder aber er hält mit einem Teil seines Wissens bewußt hinterm Berg. Einiges, was er anzielt, wirkt unrealistisch: etwa die Verdoppelung des Nationaleinkommens oder die Erneuerung aller Maschinen bis zum Beginn des nächsten Jahrtausends. Es ist auch schwer vorstellbar, daß es Gorbatschow gelingt, die Menschen so zu motivieren, daß sie hart und angestrengt arbeiten. Dies ist Lenin schon nicht gelungen. Ungereimt bleibt, daß Gorbatschow — dem Anschein nach — hier und da das Wahrheitsmonopol der Partei aufgibt, in der Praxis aber daran festhält. Tschebrikow hat in seiner jüngsten Rede am 11. September 1987 den Spielraum für nonkonformes Denken dagegen sehr eng abgesteckt. Jakowlew hält ebenfalls an der Partei als dem eigentlichen Wegweiser eindeutig fest: „Aber, wie man sagt, Gott, was Gottes ist, der Kirche, was der Kirche ist, und uns, den Marxisten, die Fülle der Wahrheit.“³⁶⁾ Man kann, ja man muß daran zweifeln, daß die KPdSU für sich die „Wahrheit“ in Anspruch nehmen kann. Es ist jedoch nicht daran zu

³¹⁾ Literaturnaja gaseta, 22. 7. 1987.

³²⁾ D. Lichatschow, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, (1987) S. S. 633—636.

³³⁾ Sowjetskaja kultura, 7. 7. 1987.

³⁴⁾ Pravda, 11. 9. 1987.

³⁵⁾ Pravda, 30. 9. 1987.

³⁶⁾ Vestnik AN SSSR, (1987) 6, S. 69.

zweifeln, daß sie bis heute bestimmt, was als richtig und was als falsch angesehen werden soll.

In nicht einmal drei Jahren hat Gorbatschow vieles ins Werk gesetzt. Es ist ein neues kulturelles Klima entstanden. Eine Reihe von politischen Gefangenen ist inzwischen frei. Auf vielen Gebieten wird diskutiert und experimentiert. Aber das Neue, das sich zeigt, ist nicht unwiderrufbar. Der Sowjetunion ist der Konstitutionalismus demokratischer Staaten fremd. Es gibt allerdings Rechtsreformen, die auf lange Sicht, wenn sie Schritt für Schritt ausgebaut würden, mehr Rechtssicherheit gewähren könnten³⁷⁾. Das Gesetz über die Verwaltungsgerichts-

³⁷⁾ Hierzu K. Schmid, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 8/1987 und 34/1987.

barkeit, das am 1. Januar 1988 in Kraft tritt, ist allerdings noch kein Bollwerk gegen Machtmißbrauch, vielleicht aber eine Erweiterung des Rechtsschutzes. Wenn aber die Demonstrationen der Kasachen, Krimtataren und Balten weiterhin so eindeutig negativ beurteilt werden, wie dies der KGB-Chef getan hat, dann werden die Hoffnungen auf eine grundlegend neue Haltung gegenüber den Menschenrechten gedämpft. Sicher will die neue Führungsmannschaft im Kreml deutlich unter dem Ausmaß westlicher Freiheit bleiben, aber andererseits möchte sie auch das Ausmaß der Unfreiheit, das unter Breshnew existierte, hinter sich lassen. Wenn dies gelänge, wäre dies schon ein Gewinn.

Perspektiven der Sowjetideologie

I. Grundsatzfragen von Kontinuität und Wandel des Systems

Vieles deutet darauf hin, daß wir uns in der für politische Belange wichtigsten Epoche der Nachkriegszeit befinden. Denn das, worauf man lange gewartet hatte und was kaum noch für möglich gehalten wurde, ist nunmehr unverkennbar: Das erstarrte Sowjetsystem ist in Bewegung geraten. Die Bedeutung dieses Vorgangs kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, denn ein verändertes Sowjetsystem bedeutet eine veränderte Sowjetpolitik, aus der sich wiederum neue Konsequenzen für die Sowjetunion selbst, für die Länder ihres Einzugsbereichs sowie auch für die Ost-West-Beziehungen ergeben können.

Die Beurteilung dessen, was sich in der Sowjetunion verändert hat oder worauf die Umgestaltungen letztlich hinauslaufen, ist freilich schwierig und umstritten. Ist man der Ansicht, daß die Veränderungen nur periphere Bereiche betreffen und auf eine Modernisierung des Systems abzielen, so würde dies eine Fortführung bisheriger Politik mit flexibleren Methoden — gleichsam im neuen Gewande — bedeuten. Hätten wir es aber in weiterer Perspektive mit einer tiefgreifenden, vielleicht sogar „revolutionären“ Umgestaltung des Sowjetsystems zu tun, so wären die Folgen kaum abzuschätzen.

Einstweilen ist der Kurs der neuen Sowjetführung heftig umkämpft, es gibt eine Fülle von Absichtserklärungen, die aber in sich widersprüchlich sind, fast täglich wird man mit überraschenden neuen Ereignissen konfrontiert. Wegen der Bedeutung der Vorgänge in der Sowjetunion aber ist es heute wichtiger denn je, Grundsatzüberlegungen über das Sowjetsystem und seine Wandlungsmöglichkeiten anzustellen, um das Spektrum realer und potentieller Veränderungen abschätzen zu können. Hierzu seien einige methodische Überlegungen vorangestellt.

Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, was es bedeuten würde, wenn gewisse Zielsetzungen des Gorbatschow-Kurses, die einstweilen nur in vager Form erkennbar sind, und einige bereits deutlicher artikulierte Leitgedanken aus dem geistigen Umfeld der Gorbatschow-Mannschaft in das Sowjetsystem Eingang finden sollten. Hierzu ist vorwegzuschicken, daß derartige Umsetzungen bislang nur in Randbereichen des Systems vorgenommen worden sind, daß zugleich aber zahlreiche Überle-

gungen angestellt werden, die, wenn man sie realisieren sollte, das System zutiefst verändern oder gar sprengen würden¹⁾.

Ein besonderes Problem liegt darin, daß es außerordentliche Schwierigkeiten bereitet, das Sowjetsystem sachadäquat zu erfassen. Hierzu wird der methodische Weg beschritten, auf jene geistigen Grundlagen zurückzugehen, die vor der Konstituierung des Systems ausgeformt wurden und die dann bei ihrer Umsetzung in die Gesellschaftsordnung gleichsam in der Tiefendimension des Systems „materialisiert“ worden sind. Es wird zu zeigen sein, daß dabei die Auffassungen in der Wahrheitsfrage und hinsichtlich des Menschenbildes eine grundlegende Bedeutung einerseits für das „alte“ System haben und daß sie andererseits den Angelpunkt von Erhaltung und möglicher Wandlung des Systems darstellen. Dabei gilt es zu erkennen, daß bereits geringfügige Veränderungen in den konstitutiven Ideen große Auswirkungen haben.

Es gibt abgeleitete konstitutive Ideen, wie sie zum Beispiel für die Wirtschaft oder für die Außenpolitik kennzeichnend sind. Wichtig für die Beurteilung der *Perestrojka* ist die Erkenntnis, daß die konstitutiven Ideen aufeinander abgestimmt sind und erst dadurch jene Funktionsfähigkeit erlangen, die die Stabilität des Systems gewährleistet. Dies wiederum bedeutet, daß konstitutive Ideen nicht beliebig herausgebrochen und ausgetauscht werden können, ohne auch alle anderen Komponenten des Systems zu verändern.

Das entscheidende Problem, das sich heute für die Sowjetunion stellt, liegt darin, daß zwischen den konstitutiven Grundlagen des Systems und den realen Entwicklungen, die es zu bewältigen gilt, tiefgreifende Widersprüche entstanden sind. Die Frage, ob oder in welchem Grade die Grundlagen des real existierenden Sozialismus heute umgestaltet werden müssen, um den neuen Erfordernissen zu entsprechen, ist dabei das Kernproblem der *Perestrojka*.

¹⁾ Vgl. Arnold Buchholz, *Perestrojka und Ideologie*. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (künftig abgekürzt BIOst), Nr. 20/1987, und in: *Osteuropa*, (1987) 8, S. 573—591.

II. Wahrheitsanspruch und Parteilichkeitsprinzip

Von Lenin stammen die Sätze: „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist. Sie ist in sich geschlossen und harmonisch, sie gibt den Menschen eine einheitliche Weltanschauung, die sich mit keinerlei Aberglauben, keinerlei Reaktion, keinerlei Verteidigung bürgerlicher Knechtung vereinbaren läßt.“²⁾ Diese Überzeugung, auf dem richtigen Wege zu sein und für eine bessere Welt zu kämpfen, war letztlich die innere Triebkraft, mit der die um Lenin gescharten Kommunisten die Oktoberrevolution in schweren Kämpfen durchsetzten.

Der Wahrheitsanspruch des Marxismus-Leninismus ist freilich nicht simplifiziert aufzufassen. Er gründet in der Überzeugung, daß nicht nur die Natur, sondern auch die Gesellschaft inneren Gesetzmäßigkeiten folgt, die von den Klassikern der Ideologie im Prinzip richtig erkannt wurden. Dies wiederum bedeutet, daß der Wahrheitsanspruch mit einer bestimmten Auffassung von Wissenschaft und Wirklichkeitsdeutung verbunden ist. Man geht davon aus, daß die Wirklichkeit im Prinzip erkennbar ist, wobei die Wissenschaft auf diesem Wege ständig weiter voranschreiten kann.

Überträgt man die hier kurz umrissenen Ideen zur Wahrheitsauffassung in eine Gesellschaftsordnung, so hat bereits dieser Ansatz eine fundamentale Bedeutung für die spätere Praxis. Die Verbindung von Wahrheitsauffassung und Wissenschaft führt zu einer bestimmten Form des geistigen Lebens, in der „unwissenschaftliche“ Sichtweisen ausgeblendet oder gar bekämpft werden. Die Orientierung an einer Geschichtsauffassung, der das Gesetz des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus innewohnt, führt zu einer Ausrichtung der gesellschaftlichen Aktivitäten auf den Klassenkampf. Lenin verschärfte die Grundgedanken des Marxismus durch die Feststellung, daß das allgemeine gesellschaftliche Bewußtsein hinter den geschichtlichen Notwendigkeiten nachhinkt und deshalb eine Elite, welche als Sachwalter der theoretischen Grundgedanke fungiert, zur Durchführung der Revolution legitimiert sei. Damit wiederum wurden die Grundlagen für das Parteilichkeitsprinzip, das zugleich gegen den geistigen Pluralismus gerichtet ist, gelegt. In der Praxis ergibt sich daraus letztlich jene Parteiherrschaft und „Diktatur des Proletariats“, durch welche das sowjetsozialistische System in entscheidenden Strukturen gekennzeichnet ist.

Auf diesem Hintergrund mußte es hellhörig machen, daß Gorbatschow auf dem Parteikongreß Ende Februar 1986 die Forderung erhob, die Partei

solle sich vom „Unfehlbarkeits“-Komplex freimachen³⁾, womit bereits in der Wortwahl ein anderer Akzent gesetzt wurde, als er etwa in den traditionellen Begriffen von Kritik und Selbstkritik zum Ausdruck kommt. Auch für sich selbst nimmt der Generalsekretär der Partei die Fehlbarkeit in Anspruch, wenn er sagt: „Ich kann auch Fehler machen, ich erhebe keinen Anspruch auf die absolute Wahrheit. Die Wahrheit müssen wir zusammen, gemeinsam suchen.“⁴⁾

Auch die Kampagne der *Glasnost* und die verstärkte Kampfansage an den „Dogmatismus“ betreffen zumindest teilweise das Parteilichkeitsprinzip. Besondere Beachtung in diesen Zusammenhängen verdient eine von der führenden Fachzeitschrift „Fragen der Philosophie“ im April 1987 veranstaltete Konferenz, bei der vom Chefredakteur der Zeitschrift das berühmte Kapitel „Über dialektischen und historischen Materialismus“ im „Kurzen Lehrgang“ der kommunistischen Partei vom Jahre 1938, das zur ideologischen Grundlage des Stalinismus wurde und bis heute den Aufbau der großen Lehrbücher der Ideologie bestimmt, als Hauptquelle des ideologischen Dogmatismus angeprangert worden ist⁵⁾.

Ferner sei darauf verwiesen, daß die dialektische Methode als „kritisches Herzstück“ des Marxismus-Leninismus sowohl von Gorbatschow⁶⁾ als auch in der philosophischen Literatur mit besonderem Nachdruck herausgestellt wird. Auch die heute oft angewandte Methode der „Historisierung“ früherer Auffassungen und Ereignisse der sowjetischen Geschichte, für die ein zeitbedingtes Verständnis gefordert wird, trägt zu einer Relativierung der Wahrheitsauffassung bei.

Zugleich aber ist es notwendig, zur richtigen Einordnung dieser Stellungnahmen die von Gorbatschow umrissenen Grenzen der *Glasnost* sowie der Vorstöße auf das Parteilichkeitsprinzip und die Vergangenheitsbewältigung in den Blick zu bekommen. In einer seiner letzten Reden führte Gorbatschow hierzu aus: „Wenn man fragt, wo die Grenzen der Perestrojka liegen, wo die Grenzen der *Glasnost*, die Grenzen der Demokratie im Rahmen des Prozesses, den wir in Gang setzen, dann sagen wir: Alles, was den Sozialismus stärkt, darunter

³⁾ Pravda, 26. 2. 1986 (Kapitel V, Die Partei).

⁴⁾ Gorbatschow auf einem Treffen mit Leitern der Massenmedien und der Berufsverbände der Kulturschaffenden. Pravda, 16. 7. 1987.

⁵⁾ Arnold Buchholz, Ein Vorstoß in der Sowjetideologie. Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 27 und 28/1987.

⁶⁾ Pravda, 2. 10. 1986; Kommunist, (1986)15.

²⁾ W. I. Lenin, Werke, Berlin (Ost) 1965, Bd. 19, S. 3 f.

auch Glasnost und Demokratie, alles muß unterstützt und begrüßt werden. Aber eben alles, was den Sozialismus stärkt. Wenn jedoch — und damit sind wir schon konfrontiert, — jemand in unserem Land oder jenseits, im Ausland, unsere Offenheit und Glasnost ausnutzen will, um extremistische Elemente, antisozialistische Elemente aufzuhetzen — und diese gibt es, obwohl es sich hier um eine nicht so sehr weit verbreitete, nicht so sehr bedeutende Erscheinung handelt — dann sagen wir sofort offen: Nein, gegen den Sozialismus anzugehen, erlauben wir niemanden. Es wird alles getan werden, den Sozialismus zu stärken. Wer darauf hofft, daß Demokratie und Perestrojka zu einem sozialen und politischen Umsturz in der Sowjetunion führen, der irrt sich. Solche Erwartungen sind vergebens.“⁷⁾ Und direkt auf das Parteilichkeitsprinzip bezogen sagte Gorbatschow bei einer Zusammenkunft mit Vertretern des Presse- und Informationswesens: „Aber eines steht außer Zweifel — die Kritik muß immer parteilich sein, gegründet auf die Wahrheit, und dies hängt von der Parteilichkeit des Redakteurs ab.“⁸⁾

III. Probleme des Menschenbildes

Noch dichter als in der Wahrheitsfrage finden die konstitutiven Ideen in der Deutung des Menschen sowie seiner Stellung in der Wirklichkeit und gegenüber dem Mitmenschen ihren Ausdruck. Letztlich steht hinter jeder Verfassung ein Menschenbild. Besonders eindrucksvoll läßt sich dieser Zusammenhang für den Aufbau der amerikanischen Verfassung aufzeigen. Hier sind die konstitutiven Ideen in der Aufklärungszeit entwickelt worden, wobei es für die Praxis vor allem darum ging, die Eigenrechte des Menschen gegen die Machtansprüche des Staates zu schützen und dabei die Einflußmöglichkeiten des Staates auf das unumgänglich notwendige Maß zu minimieren.

Als Marx seine Ideen entwickelte, hatte die industrielle Revolution mit den erschreckenden Auswirkungen des Frühkapitalismus die europäische Geschichte erfaßt. Der Blick von Marx und vielen seiner Zeitgenossen war dadurch nicht mehr primär auf den Einzelmenschen und sein Schicksal, sondern auf die gesellschaftlichen Massenphänomene

Die hier angeführten Zitate, die durch eine große Zahl von Belegen erweitert werden könnten, lassen einige wesentliche Merkmale für die heutige Behandlung des Problems von Wahrheitsanspruch und Parteilichkeitsprinzip erkennen. Der Wahrheitsanspruch der Partei wird in der Tat eingeschränkt, eine monolithische Wahrheitsauffassung wird auch für die Partei nicht gefordert; der Generalsekretär nimmt für sich selbst die Möglichkeit, Fehler zu machen, in Anspruch. Zugleich aber werden der Kerngehalt des Sozialismus, sein Aufbau und seine Verbesserung, als Maßstab für alle Kritik in den Mittelpunkt der Wahrheitsauffassung gestellt. Gleichfalls unangetastet bleibt — zumindest für alle gesellschaftspolitischen Belange — die Verknüpfung von Wahrheit und Wissenschaft. Mit diesen Bedingungen ist wiederum eine Vielzahl konstitutiver Elemente des Systems verbunden, die erkennen lassen, daß das gesellschaftliche und geistige Leben in der Sowjetunion zwar unter den Bedingungen der Glasnost größere Entfaltungsmöglichkeiten erhält, zugleich aber an entscheidende Strukturen des Systems gebunden bleibt.

und deren Gesetzmäßigkeiten gerichtet. Diese Wendung in der Sichtweise aber hatte tiefgreifende konstitutive Konsequenzen. Denn während in der amerikanischen Verfassung der Staat gleichsam um den Menschen herumgebaut wurde, waren bei Marx und Lenin alle theoretischen Überlegungen darauf gerichtet, zunächst die alte Gesellschaftsordnung umzustürzen, um dann in einer neuen Welt den Menschen zu Freiheit und Entfaltung seiner besten Eigenschaften führen zu können.

Darüber aber, was der Mensch ist und wie die neue Lebensform verwirklicht werden könne, haben sich die Klassiker des Marxismus-Leninismus kaum Gedanken gemacht. Kennzeichnend für diese Unsicherheit war der Versuch, nach der Oktoberrevolution einige vage kommunistische Ideale unmittelbar zu realisieren: Gleicher Lohn für alle wurde eingeführt, Dienstränge wurden abgeschafft, Entscheidungen im Räteystem getroffen, und Freiheit wurde von vielen als Freiheit der Sitten verstanden. Als man erkannte, daß auf diese Weise kein funktionsfähiger Staat entwickelt werden konnte, begann Stalin schließlich mit dem Aufbau des „Sozialismus in einem Lande“, wobei der Einzelmensch totalitär dem gesellschaftlichen Fernziel untergeordnet wurde. Zwar erlangte im Gefolge der Entstalinisierung auch der „menschliche Faktor“ in Ideologie und Gesellschaft eine wachsende Bedeu-

⁷⁾ Gorbatschow auf einem Treffen mit Vertretern der französischen Öffentlichkeit, Pravda, 30. 9. 1987 (Übersetzung BPA/Ostinformationen; Neues Deutschland vom 30. 9. 1987 übersetzt „predely perestrojki“ mit „Hindernisse für die Umgestaltung“).

⁸⁾ Gorbatschow auf einem Treffen mit Vertretern der Masseninformation und Propaganda, Pravda, 14. 2. 1987.

tung, aber erst in den letzten Jahren ist die Problemlage, in der man sich dabei befindet, in innersowjetischer Sicht in einer geradezu dramatischen Weise deutlich geworden.

Hierbei kommt jener Entscheidung, die von Engels in der sogenannten „Grundfrage der Philosophie“ gegen den „Idealismus“ und zugunsten des Materialismus getroffen worden ist, eine fundamentale Bedeutung zu. Eindeutiger noch als im Wissenschaftsanspruch wurde auf diese Weise ein gewaltiger Bereich des Geisteslebens, der die ganze menschliche Geschichte zutiefst geformt hat, gleichsam mit einem Federstrich aus dem sowjetischen Weltbild eliminiert⁹⁾. Die folgenreichste Konsequenz dieser Grundsatzentscheidung liegt darin, daß damit ein problembewußter Zugang zu den existentiellen Grundsatzen verbannt worden ist. Welche Interpretation man diesen Fragen auch gab — man kam nicht weiter als zu der Aussage, daß der Mensch seinen Sinn im Aufbau der kommunistischen Gesellschaft und im Fortleben im Bewußtsein künftiger Generationen finden müsse. Eine in der Zeitschrift „Fragen der Philosophie“ begonnene Aufsatzreihe über den Sinn des Lebens war in ihrem Verlauf so unbefriedigend, daß die ganze Diskussion schließlich ohne Ergebnis abgebrochen werden mußte¹⁰⁾. A. N. Jakowlew, ein enger Berater Gorbatschows, kommt in einer Akademie-Rede zu der Feststellung, „daß dann, wenn der Mensch über die ‚ewigen‘ Werte, über die quälenden Probleme des Sinns des Lebens“ nachzudenken beginne, er von den Berufsphilosophen keine Antwort erhalte¹¹⁾.

Besonders aktiv haben Schriftsteller die existentiellen Probleme des Menschen aufgegriffen und ihnen bis hin zur Einbeziehung religiöser Fragen Ausdruck verliehen¹²⁾. Es ist noch völlig offen, wie

diese Fragen dann, wenn man auf sie zum Beispiel in Lehrbüchern eingehen will, zur Darstellung kommen sollen. Zur Verdeutlichung der Suche nach Lösungen und neuen Ansätzen sei auf einen Artikel in der Zeitschrift „Fragen der Philosophie“ vom März 1987 hingewiesen¹³⁾, in dem folgendermaßen an diese Thematik herangegangen wird: Man unterscheidet zwischen einer theoretischen, ästhetischen und ethischen Erfassung der Wirklichkeit und trifft zugleich die Feststellung, daß jeder dieser Zugänge bestimmte Aspekte erschließe, aber zugleich Einseitigkeiten aufweise. In diesem Sinn wird der theoretische Bereich der Wissenschaft zugeordnet, jedoch mit dem Nachsatz „Im Theoretischen kann man nicht leben“; der ästhetische Bereich wird der Literatur zugewiesen und der ethische Bereich dem Bildungswesen und in vager Andeutung der transzendenten Problematik. Es ist hier nicht der Ort, der Frage nachzugehen, inwieweit solche Gedankengänge für die Bewältigung der Probleme tragfähig sind. Sie machen jedoch deutlich, wie man versucht, den unbefriedigenden Interpretationsmöglichkeiten des Menschen auf der Basis der traditionellen Ideologie mit philosophischen Hilfskonstruktionen entgegenzuwirken.

Als Beispiel für die politische Relevanz dieser Fragen sei auf Überlegungen hingewiesen, die Je. Jewtuschenko angestellt hat¹⁴⁾. Für ihn sind Glauben und Atheismus persönliche Entscheidungen des Menschen, die gleiche Berechtigung nebeneinander haben. Dies wiederum veranlaßt ihn zu folgender, unbefangenen klingenden Frage: Der Sowjetstaat hat eine Trennung von Staat und Kirche vorgenommen. Warum nimmt er nicht auch eine Trennung von Atheismus und Staat vor? Hierzu kann man freilich nur antworten, daß mit einer solchen Konsequenz das ganze Gebäude der Ideologie im Eckpfeiler aus den Angeln gehoben würde. Denn bei einer Gleichberechtigung von materialistischer und religiöser Weltanschauung hätte die ganze Hierarchie der theoretischen Ableitungen in der Sowjetideologie einen völlig anderen Ausgangspunkt mit prinzipiell anderen Konsequenzen für Staat und Gesellschaft, als dies heute der Fall ist. Es wird darauf noch zurückzukommen sein.

⁹⁾ Arnold Buchhölz, Die Modernisierung des Sowjet-Systems und die „Grundfrage der Philosophie“, in Gerhard Simon (Hrsg.), Weltmacht Sowjetunion, Köln 1987, S. 153–165.

¹⁰⁾ Helmut Dahm, Die Ideologie als Chiffre der Politik, Berichte des BIOst, Nr. 25/1985, S. 78 ff; ferner Assen Ignatow, Surrogate der Unsterblichkeit. Das gegenwärtige sowjetische Denken und das Todesproblem, in: Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, Information Nr. 101, III/1987.

¹¹⁾ A. N. Jakowlew, Vestnik Akademii nauk SSSR, (1987)6, S. 67.

¹²⁾ Heinz Brahm, Christus in den sowjetischen Medien. Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 3/1987; ders., Ansätze zu einer Gewissensforschung in der Sowjetunion. Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 21/1987.

¹³⁾ V. G. Fedotova, in: Voprosy filosofii, (1987)3, S. 11–28.

¹⁴⁾ Komsomol'skaja pravda, 10. 12. 1986.

IV. Planwirtschaft und technische Revolution

Dem sowjetsozialistischen Wirtschaftssystem liegt die konstitutive Idee zugrunde, daß die Rationalität von Wissenschaft und Technik auf der einen Seite und die Rationalität der Planwirtschaft auf der anderen Seite sich wechselseitig bedingen und ein Gefüge hervorbringen, welches kraft seiner Struktur effizienter ist als das des „anarchischen“ Kapitalismus. In diesem Sinne sprach Stalin bereits Anfang der dreißiger Jahre von der Möglichkeit, die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder innerhalb von zehn Jahren „einzuholen und zu überholen“. Der Zweite Weltkrieg brachte zwar einen schweren ökonomischen Rückschlag, verstärkte aber zugleich die Überzeugung von der prinzipiellen Richtigkeit des Weges. Als die Sowjetunion in den fünfziger Jahren schließlich große Pionierleistungen in der Atomphysik, im Flugzeugbau und vor allem in der Erschließung des Kosmos hervorbrachte, begann eine Epoche überaus optimistischer Zukunftserwartungen, so daß Chruschtschow in das Parteiprogramm des Jahres 1961 die Prognose schreiben ließ, daß die Sowjetunion die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder bis zum Jahre 1980 in der Pro-Kopf-Produktion einholen und überholen werde. Hätte sich diese Prognose auch nur annähernd bewahrheitet, wären wir heute sicher auch mit einer anderen Sowjetpolitik konfrontiert.

Es gehört zu den tiefsten Irritationen im Selbstverständnis sowjetischer Funktionäre, daß Mitte der sechziger Jahre deutlich wurde, daß diese Zielsetzungen mit dem bestehenden System nicht zu erreichen sein würden. Daraufhin begannen in der Sowjetunion und in verschiedenen Ländern Ostmitteleuropas die Diskussionen um eine Reform des Systems. Die folgenreichste Lageanalyse nahmen die tschechoslowakischen Reformer vor. Sie trafen die Feststellung, daß das von Stalin geformte sowjetsozialistische System den Bedingungen der „ersten“ industriellen Revolution entspreche, während die nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende „zweite“ industrielle Revolution andere ökonomische, gesellschaftliche und geistige Verhältnisse erforderlich mache. Es entstand daraus das Reformmodell eines für Information und Kommunikation geöffneten Systems, verbunden mit der Forderung nach einem „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“.

Die Sowjetunion war trotz einiger Vorstöße von Reformpionieren auf einen tiefgreifenden Systemwandel nicht vorbereitet und unterdrückte mit dem Reformkurs in der Tschechoslowakei auch die Bestrebungen im eigenen Lande. Zur Stabilisierung des eigenen Weges wurde 1971 die Losung ausge-

geben, daß es darauf ankomme, die „Errungenschaften der wissenschaftlichen-technischen Revolution mit den Vorzügen des sozialistischen Systems“ zu vereinen. Mit dieser beschwichtigenden Rahmenkonzeption wurde die konservative Politik der siebziger Jahre gesteuert¹⁵⁾.

Zugleich wurde dabei eine Entwicklung verpaßt, die sich im Westen nahezu lautlos und ohne besondere Planung vollzog, zugleich aber mit außerordentlicher Geschwindigkeit und tiefgreifenden Folgen für alle Lebensbereiche um sich griff. Man kann diese Ende der siebziger Jahre einsetzende Entwicklung als „dritte“ industrielle Revolution kennzeichnen, wobei folgender Unterschied zur vorangegangenen Epoche deutlich wird: Während die „zweite“ industrielle Revolution noch an Großprojekten wie Wasserkraftwerken, Atomkraftwerken oder Weltraumraketen orientiert war, die sich durch zentrale Planung und Schwerpunktkonzentration als relativ isolierte Objekte realisieren ließen, ist die neue Phase der Entwicklung durch eine geradezu explosive Vernetzung aller ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen auf der Basis neuer Informations- und Steuerungstechnologien gekennzeichnet.

Die inzwischen weltweit entwickelten Kommunikationsgeflechte haben in Verbindung mit gewaltigen Kapitalströmen zu einer gravierenden Strukturkrise in traditionellen Industrien geführt, zugleich aber eine sprunghafte Effizienzsteigerung mit einer scharf kalkulierten und punktgenau gezielten Produktion ermöglicht. Wie groß heute der Abstand der Sowjetunion zu dieser strukturellen Vernetzung moderner Industriegesellschaften ist, kann dadurch veranschaulicht werden, daß – sowjetischen Selbstdarstellungen folgend – die Zahl der in der Sowjetunion produzierten Personalcomputer nach einer Angabe aus dem Jahre 1984 nur einige Dutzend betrug¹⁶⁾ und bis 1990 auf 1,1 Millionen gesteigert werden soll, während allein in den USA inzwischen 30 Millionen PCs hergestellt worden sind¹⁷⁾.

¹⁵⁾ Arnold Buchholz, Wissenschaftlich-technische Revolution und Wettbewerb der Systeme, in: Osteuropa. (1972)8, S. 329–390; ders. Wissenschaftlich-technische Revolution und Ost-West-Auseinandersetzung, in: Boris Meißner (Hrsg.), Moderne Welt. Jahrbuch für Ost-West-Fragen, 1983, S. 361–372.

¹⁶⁾ E. P. Velichov, in: Vestnik Akademii nauk SSSR, (1984)8, S. 3-9; ferner Arnold Buchholz, Wissenschaft und Technik, in: Sowjetunion 1984/85, München-Wien 1985, S. 112–120.

¹⁷⁾ Pravda, 20. 8. 1987.

Es ist verständlich, wenn von sowjetischer Seite die Situation als alarmierend empfunden wird. Gorbatschow spricht vom „Vorkrisenzustand“ der Wirtschaft und fordert eine beschleunigte Umgestaltung mit dem Hinweis darauf, „daß wir schon Jahre und Jahrzehnte verloren haben“¹⁸⁾. Nachdem die Marktwirtschaft ihre Überlegenheit in der Adaption moderner Technologien gerade in der neuesten Phase der technischen Revolution erneut erwiesen hat, sieht man sich nunmehr vor die fast unlösbare Aufgabe gestellt, marktwirtschaftliche Funktionsweisen im sozialistischen System zu simulieren. Hierzu gehören Dezentralisierung, Steigerung der Eigenverantwortung von Betrieben und Regionen und vor allem die Verstärkung der „materiellen Anreize“.

Ob auf diese Weise die Wettbewerbsfähigkeit grundlegend verändert werden kann, ist zweifelhaft, wenn man sich die Erfahrungen der ostmittel-

europäischen Länder mit „marktsozialistischen“ Mischstrukturen vergegenwärtigt. Ideologisch wird deshalb vorsorglich eine Abkehr von quantitativen Produktionsvergleichen zwischen Sozialismus und Kapitalismus gefordert, wozu Politbüromitglied A. Jakowlew ausführt: „Das Wesen des historischen Wettbewerbs der zwei Systeme wurde faktisch reduziert auf eine quantitative Gegenüberstellung von Sozialismus und Kapitalismus. Nicht der Grad der sozialen Ausgestaltung des Menschen, sondern die Pro-Kopf-Produktion an Roheisen, Stahl, Erdöl und Zement wurden als grundlegende Erfolge des Sozialismus ausgegeben. Das Mittel zur Erlangung des Ziels verwandelte sich in das Ziel selbst und verfestigte sich im gesellschaftlichen Bewußtsein als Axiom der ökonomischen Entwicklung.“¹⁹⁾ Dies wiederum bedeutet, daß die Bezugsrichtung des Systems von der Schiefelage im ökonomischen Wettbewerb zur Sphäre der sozialen und menschlichen Werte gewendet werden soll.

V. Frieden und „neues Denken“

Die konstitutive Idee des Friedens ist in der marxistisch-leninistischen Ideologie und Politik dadurch gekennzeichnet, daß wahrer Frieden erst im Zukunftskommunismus und nach Überwindung des Kapitalismus erreicht werden könne. Lenin war dabei der Überzeugung, daß letztlich ein Krieg zwischen Kommunismus und Kapitalismus unvermeidlich sei, da die alte Ordnung nicht freiwillig von der weltgeschichtlichen Bühne abtreten werde. Zugleich machte er sich die Clausewitz-Formel vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zu eigen.

Andererseits hat Lenin eine partielle Kooperation mit den kapitalistischen Ländern durchaus angestrebt, so daß unter Berufung auf ihn später die Formel von der „friedlichen Koexistenz“ zur Leitidee für die sowjetische Außenpolitik wurde. In dieser Konzeption sind die unterschiedlichen Komponenten einer Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern bei gleichzeitiger Fortführung des ideologischen Kampfes miteinander verbunden, die jedoch wegen ihrer Widersprüchlichkeit zu einer Quelle ständigen Mißtrauens gegenüber der sowjetischen Außenpolitik wurden.

In der Ära Gorbatschow hat man die Formel von der „friedlichen Koexistenz“ in den Hintergrund treten lassen (wenn auch nicht aufgegeben) und

zugleich den Begriff vom „neuen Denken“ herausgestellt. Der wichtigste Leitgedanke der damit verbundenen Konzeption kann durch den „kategorischen Imperativ“ des Atomzeitalters gekennzeichnet werden, der auf die Feststellung hinausläuft, daß ein Nuklearkrieg alle politischen Aktivitäten, den Klassenkampf eingeschlossen, hinfällig machen würde²⁰⁾.

Die Korrektur früherer Auffassungen Lenins wird dabei durch eine „Historisierung“ seiner Sichtweise vorgenommen, indem A. Jakowlew zum Beispiel unter Berufung auf ein Lenin-Wort feststellt: „Nicht einmal 70 Jahre hätten die Zukunft der neuen Gesellschaft, alle ihre Entwicklungsphasen, im Detail vorhersehen können.“²¹⁾ Flankierend unterstützt wird diese Konzeption mit Ausführungen darüber, daß die „allgemeinmenschlichen Werte“, bedingt durch die neue Entwicklung, einen höheren Rang einnehmen als die notwendig partikularen Interessen des Klassenkampfes.

¹⁸⁾ Gorbatschow auf dem Juni-Plenum des ZK zur Umgestaltung der Wirtschaft, Pravda, 26. 6. 1987.

¹⁹⁾ Vestnik Akademij nauk SSSR, (1987)6, S. 73.

²⁰⁾ Vgl. z. B. Eberhard Schneider, Neuinterpretation der „friedlichen Koexistenz“ durch die DDR und die UdSSR? Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 26/1987; Gerhard Wettig, Die „Prawda“ über „friedliche Koexistenz“ und „gemeinsame Sicherheit“, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 18/1987; Astrid von Borcke, Die Abrüstungsvorschläge Gorbatschows und das „neue Denken“, Berichte des BIOst, Nr. 32/1987.

²¹⁾ Vgl. dazu Wolfgang Berner/Helmut Dahm, „Neues Denken“ in der sowjetischen Außenpolitik, Berichte des BIOst, Nr. 46/1987.

Untersucht man allerdings die sowjetischen Darstellungen im Kontext des Gesamtspektrums der auch heute vertretenen Ideen der Sowjetpolitik, so sieht man, daß die Erwartung des Endsiegs des Sozialismus im Weltmaßstab von niemandem in Frage gestellt wird, daß man an der Auffassung von der Unvermeidbarkeit des Klassenkampfes festhält und daß sich die „allgemeinmenschlichen Werte“ schließlich als identisch mit den Werten des Sozialismus erweisen²²⁾). Auch von einer „geistigen Koexistenz“, die Giscard d'Estaing einmal bei einem Besuch in Moskau gefordert hat²³⁾, ist nicht die Rede.

Ungeachtet dieser Einschränkungen aber hat die sowjetische Friedenskonzeption bereits einen so starken Einfluß auf die Meinungsbildung erlangt, daß bei Umfragen der Abrüstungswillen der Sowjetunion höher eingestuft wird als der der USA²⁴⁾. Meinungsumfragen bedürfen einer differenzierenden Analyse, die hier nicht vorgenommen werden kann, aber dennoch erscheinen in diesem Zusammenhang einige grundsätzliche Überlegungen an-

gezeigt. Jeder, der die sowjetischen Verhältnisse kennt, wird von dem tief verankerten Friedenswillen der sowjetischen Bevölkerung nachhaltig beeindruckt sein. Zugleich aber wäre es unzulässig, den Völkern westlicher Demokratien weniger Friedenswillen zu unterstellen. Auch die Aufrechterhaltung des Verhaltens der Großmächte in weltpolitischen Konflikten trägt zur Klärung der Problematik wenig bei. Vergegenwärtigt man sich jedoch die Tatsache, daß zwischen den westlich-demokratischen Staaten jene Feindbilder, welche die frühere Geschichte in der Wellenbewegung von Krieg und Frieden geformt haben, in der Nachkriegszeit buchstäblich aufgelöst und verschwunden sind, so wird erkennbar, wie bestimmte geistige Voraussetzungen in Verbindung mit modernen Entwicklungsprozessen in der Tat einen dauerhaften Frieden hervorbringen können. Betrachtet man die Situation im sowjetsozialistischen Lager, so genügt ein Blick auf die dortigen Grenzverhältnisse, um zu sehen, daß dort dieser Friedensprozeß noch nicht in gleichem Maße vorangeschritten ist.

VI. Die Spannweite der Perestrojka

In den vorangegangenen Ausführungen wurden einerseits konstitutive Ideen aufgezeigt, die das „alte“ sowjetsozialistische System strukturell geformt haben und andererseits Ideen der Gorbatschow-Ära, die dann, wenn man sie in das Sowjetsystem umsetzen würde, eine tiefgreifende Veränderung des Gefüges im Gefolge hätten. Es dürfte klar sein, daß im Rahmen der Diskussionen zur Perestrojka ungleich mehr Ideen geäußert werden, als später konstitutiv in das System eingehen, so daß die Überlegungen und Forderungen im Vorfeld des bestehenden Systems als präkonstitutive Ideen gekennzeichnet werden können.

Legt man sich die Frage vor, welche der präkonstitutiven Ideen der vergangenen zweieinhalb Jahre inzwischen in das System umgesetzt wurden, so dürfte die weitaus wichtigste Veränderung in der Einschränkung der Zensur und einer durch höchste Instanzen gedeckten Abschirmung der Glasnost liegen. Dennoch ist nicht klar, was auf diesem Gebiet bereits geregelt wurde und was noch geschehen soll, zumal Gorbatschow kürzlich bei einem Treffen mit

Vertretern der Massenmedien die Forderung erhob, die Atmosphäre der Glasnost und die Prozesse der Demokratie auf eine juristische Grundlage zu stellen²⁵⁾. Hingewiesen sei ferner auf den Teilaspekt einer Rechtsreform durch Einführung des „Beschwerderechts gegen unrechtmäßige Handlungen von Amtspersonen“²⁶⁾. Andere Maßnahmen betreffen das Wahlrecht bei der Einsetzung von Betriebsleitern und gewisse Eingriffe in den Wirtschaftsmechanismus²⁷⁾, wobei der Zulassung von Kleinkooperativen — bis hin zu Familienkooperationen in der Landwirtschaft — eine besondere Bedeutung zukommen dürfte. Insgesamt jedoch erscheint die Feststellung gerechtfertigt, daß von den präkonstitutiven Ideen bislang nur wenige eine konstitutive Bedeutung erlangt haben.

Die wahrscheinlich wichtigste Veränderung, die zwar nicht „gesetzlich“ festgeschrieben ist, aber dennoch als real angesehen werden kann, betrifft ein neues Selbstverständnis bei denjenigen, die sich

²⁵⁾ Pravda, 15. 7. 1987.

²⁶⁾ Karin Schmid. Wird es in der Sowjetunion eine Verwaltungsgerichtsbarkeit geben? Aktuelle Analysen des BIOst. Nr. 34/1987.

²⁷⁾ Hans-Hermann Höhmann. Gorbatschows systempolitischer Aufbruch: Wie weit trägt die „Radikalität“ der Wirtschaftsreform? Aktuelle Analysen des BIOst. Nr. 19/1987; Roland Götz-Coenenberg. Der sozialistische Markt aus der Sicht prominenter sowjetischer Ökonomen. BIOst. Gelesen, kommentiert . . . Nr. 8/1987; Pravda, 25. 9. 1987.

²²⁾ Ebd.

²³⁾ Ivestija, 16. 10. 1975.

²⁴⁾ Emnid-Umfrage in: Der Spiegel, 27. 4. 1987; Umfrageergebnis der Friedrich-Ebert-Stiftung in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. 10. 1987, S. 27; Umfrage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen e. V. im Auftrag von ZDF-Politbarometer, März 1987.

für die Umgestaltung engagieren. Dieser individuelle Aspekt wird von einem Sowjetphilosophen im Diskussionskreis der Zeitschrift „Fragen der Philosophie“ folgendermaßen zum Ausdruck gebracht: „Wir alle leben gegenwärtig mit der Perestrojka. Was hat sie uns schon gebracht? Ich glaube, daß auf diese Frage eine gute Antwort M. S. Gorbatschow gegeben hat: Wenn man von der Perestrojka spricht (ich zitiere nicht, sondern interpretiere den Sinn), was hat sich dann während der letzten Jahre verändert? Verändert haben wir uns selbst, und wir wollen schon nicht mehr zu dem zurückkehren, was früher gewesen ist. Wir leben schon in einem anderen sozialen Klima, in einer anderen Atmosphäre. So, wie ich heute Vorlesungen halte, wie ich vor den Leuten auftrete, welche Artikel wir drucken, so wie wir hier heute unsere Probleme diskutieren — das ist schon etwas Neues.“²⁸⁾

Auf der anderen Seite gibt es freilich noch genügend Anhänger des „alten Denkens“. Dabei geht es nicht allein um die oft angeprangerte Furcht der Bürokraten vor dem Verlust von Privilegien oder um Gedankenträgheit. Wichtiger ist der moralische Impetus jener Sowjetbürger, die die Identität mit ihrer eigenen Vergangenheit und den Idealen, für die sie gekämpft haben, zu wahren suchen.

Die Perestrojka ist noch voll im Gange, und Gorbatschow sieht sich am Beginn eines langen Weges, auf dem er die kommenden 18 Monate, wie er Ende September 1987 zum Ausdruck brachte, für entscheidend hält. Ungeachtet der Frage, wie weit der neue Kurs in der Praxis vorangebracht werden kann, ist es jedoch wichtig, in einem hypothetischen Vorgriff die Maximalpositionen möglicher Umgestaltung auszuloten, um dadurch einen Maßstab für die Einordnung der konkreten Vorgänge zu gewinnen.

Dabei kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Angelpunkt einer „revolutionären“ Umgestaltung des Systems unmittelbar mit der sogenannten „Grundfrage der Philosophie“, dem Wahrheitsanspruch und dem Menschenbild verbunden ist. Wie hier eine Änderung vorgenommen werden kann — wenn sie einmal erfolgen sollte —, ist ziemlich klar. Denn es kann nicht darum gehen, die Basis des Materialismus gegen die des „Idealismus“ auszutauschen, da dies Konsequenzen mit umgekehrten Vorzeichen zur Folge hätte. Der einzig tragfähige Weg würde darin bestehen, im staatlich-gesellschaftlichen Bereich Abstand zu nehmen von einer Allaussage, für deren Beantwortung nicht der Staat oder die Partei kompetent sind, sondern der gegenüber der Einzelmensch zur Antwort aufgerufen ist.

²⁸⁾ V. Kelle, in: *Voprosy filosofii*. (1987)8, S. 61.

Letztlich geht es um einen Wandel von einem dogmatischen Ansatz in der Wahrheitsfrage zu einer problembewußten Einstellung des Staates gegenüber dem Kernbereich menschlicher Existenz.

So beiläufig eine solche Wendung in Worten erscheint, so wahrhaft revolutionär wären die Folgen. Die Stellung des Menschen in der Wirklichkeit könnte neu definiert werden, sein Eigenrecht gegenüber Staat und Gesellschaft erhielte eine prinzipiell neue Begründung, die Unantastbarkeit seiner Würde ließe sich in ähnlicher Weise festschreiben, wie dies in demokratischen Verfassungen der Fall ist, geistiges Leben könnte in völlig anderer Weise zur Entfaltung gebracht werden als bisher.

Nicht weniger dramatisch wären die Folgen für den Marxismus-Leninismus: Der Wahrheitsanspruch der Ideologie wäre bereits im Ansatz in Frage gestellt, ein tiefer Bruch mit dem Leninismus wäre vollzogen, die bisherige Grundlage von Führungsanspruch und Arbeitsmethode der Partei wäre zerstört, die ideologische Erziehung hätte in zentralen Fragen keinen Sinn mehr.

So berechtigt alle Vorbehalte gegen die Annahme der Möglichkeit eines Umbruchs im sowjetischen Weltbild sein mögen — ausgeschlossen werden sollte eine solche Perspektive nicht, denn die Geistesgeschichte ist über den dialektischen Materialismus längst hinweggegangen. In der Sowjetunion sind starke Kräfte erkennbar, die zu neuen Horizonten drängen; die Akzeptanz für neue geistige Grundlagen dürfte in einer Bevölkerung, die in ihrer Geschichte zutiefst religiös verwurzelt ist, groß sein; die Führung könnte in einer solchen Wendung die Chance zu einer neuen Identitätsfindung mit dem Volk sehen.

Das alles entscheidende Problem liegt allerdings darin, ob eine Änderung der bisherigen Position in der „Grundfrage der Philosophie“ zu explosiven Konsequenzen im Gebäude der Sowjetideologie — mit entsprechenden Folgewirkungen im Sowjetsystem — führen würde oder ob durch das politische und sozialphilosophische Rahmengerüst das „Erbe“ im Zentrum der Ideologie aufgefangen werden könnte. Wegen des Systemcharakters der Sowjetideologie würde der Umbruch im Systemansatz in jedem Fall weitreichende Konsequenzen für alle Bereiche von Ideologie und Praxis der Sowjetunion haben. Mehr als alles andere gilt es, die Vorgänge in diesem Bereich im Auge zu behalten, wenn man die längerfristigen Perspektiven der Sowjetentwicklung einschätzen will.

Ausgehend von der Konfiguration der zuvor umrissenen revolutionären Umgestaltung auf der einen

Seite und den relativ geringen Systemänderungen, die wir heute faktisch erkennen können, auf der anderen Seite, lassen sich nunmehr verschiedene Zwischenstufen der Umgestaltung einordnen. Dabei kommt der „halben Perestrojka“ eine besondere Bedeutung zu, die von vielen Beobachtern der sowjetischen Szenerie gleichsam als Resultante aus dem umkämpften Kurs prognostiziert wird. Hierzu läßt sich wiederum vorhersagen, daß sich mit einer

solchen halben Lösung zwar viele Modernisierungen erreichen lassen, die Grundwidersprüche des Systems, insbesondere im kulturell-geistigen Bereich, aber nicht beseitigt werden können. Es mag genügen, an das Bildungswesen zu denken, wo im Gefolge der inzwischen aufgebrochenen geistigen Unruhe notwendig eine zunehmende Verunsicherung auftreten muß.

VII. Herausforderung und Chancen

Einstweilen ist völlig offen, wie groß die Dimension der sowjetischen Umgestaltung sein wird. Zugleich aber ist es für den Westen wichtig, das Spektrum möglicher Veränderungen ständig im Blick zu behalten und in den jeweiligen Folgen zu bedenken.

Dabei ist davon auszugehen, daß die Herausforderung für den Westen umso größer sein wird, je mehr die Fundamente des sowjetischen Systems in die Umgestaltung einbezogen werden. Hierzu gilt es zu bedenken, daß insbesondere in Europa eine idealisierte Konzeption der Synthese von Sozialismus und geistiger Freiheit eine lange Tradition hat, die durch das abschreckende Bild des real existierenden Sozialismus zwar verdrängt wurde, aber dennoch erneut mobilisiert werden kann. Es kommt hinzu, daß im Westen ein oft beklagtes Wert- und Orientierungsdefizit besteht, in welches ein ganzheitliches Weltbild, das neue geistige Perspektiven eröffnet, einströmen kann. Besondere Bedeutung kommt dabei der Tatsache zu, daß die Sowjetpolitik – wie sich bereits in der Friedensthematik gezeigt hat – über ungleich wirksamere Instrumente verfügt, um ein umfassendes Weltbild zu entwickeln und breiten Bevölkerungsschichten näherzubringen, als dies in demokratisch verfaßten Systemen möglich wäre.

Der Westen kann sich einer solchen Herausforderung gegenüber, wenn sie auf ihn zukommen sollte,

nur systemadäquat verhalten. Dies wiederum würde bedeuten, daß – gleichsam auf der Folie eines von außen kommenden Weltbildes – die Welt der eigenen Werte in pluralistischer Weise stärker verdeutlicht werden müßte, als dies bislang der Fall ist. Und hier zeigt sich alsbald, daß die westliche Demokratie durch die Kerngehalte vom Eigenrecht des Menschen und seiner geistigen Freiheit auf einem unüberholbar festen Fundament steht, daß hier geistiges Leben, Kreativität und unterschiedliche Lebensformen in großer Spannweite zur Entfaltung gebracht werden können und daß sich in der westlichen Gemeinschaft die in der Demokratie liegenden geistigen Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden bereits bewährt haben.

Die Entwicklungen in der Sowjetunion sind jedoch nicht nur als Herausforderung, sondern auch als Chance zu betrachten. Sie liegt vor allem darin, daß mit einem Wandel in der Tiefendimension des Systems auch die Basis für den Ausbau des geistigen Friedens zwischen Ost und West herausgebildet werden könnte. Denn ähnlich wie ein Staatsgefüge bedarf auch der Frieden eines geistigen Fundaments, um eine tragfähige Struktur zu erlangen. Die Möglichkeit zur Gewinnung des geistigen Friedens wiederum ist als eine entscheidende Voraussetzung für die Überwindung des politischen Gegensatzes zwischen Ost und West anzusehen.

Militärpolitische Aspekte der Sicherheit in den Ost-West-Beziehungen

I. Einleitung

Die Perspektive des Abschlusses eines sowjetisch-amerikanischen Abkommens über die Vernichtung der Raketen-Kernwaffen mittlerer Reichweite und der operativ-taktischen Raketen-Kernwaffen wirft die Fragen des weiteren Vorankommens bei der Abrüstung und der Herabsetzung der Gefahr eines Krieges — sowohl eines nuklearen als auch eines konventionellen — in ihrer ganzen Größe auf.

In den Ost-West-Beziehungen rücken heute solche Fragen deutlich in den Vordergrund wie: radikale Reduzierungen (um 50 Prozent) der strategischen Offensivwaffen der UdSSR und der USA bei strikter Einhaltung des ABM-Vertrages; eine Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen; die Vernichtung der chemischen Waffen; das völlige Verbot von Kernwaffentests; die Schaffung von kernwaffenfreien Zonen und eine Reihe anderer Abrüstungsthemen.

Die Zerstörungskraft der Kernwaffen ist so groß, daß jegliche Versuche, eine zuverlässige Verteidigung des Territoriums eines Landes gegen einen Erstschlag unter Einsatz von nuklearen Raketen zu schaffen, vergeblich wären. Das müssen heute sogar viele eifrige SDI-Verfechter in den USA zugeben. Darum können solche Versuche vor allem als ein Mittel dafür betrachtet werden, den Schutz gegen einen stark abgeschwächten Gegenschlag zu gewährleisten — folglich auch als ein Mittel, welches die Möglichkeit sichert, einen entwaffnenden nuklearen Erstschlag zu führen, das heißt, als ein maximal destabilisierendes Mittel. Darin liegt gerade eine der überaus wichtigen Ursachen, die die

Bedeutung des Vertrages über eine Begrenzung der Raketenabwehrsysteme für die Gewährleistung der strategischen Stabilität — die sich auf die Unmöglichkeit eines entwaffnenden nuklearen Schlages und auf die Unvermeidlichkeit der Vergeltung gründet — bestimmen. Was die Streitkräfte und die konventionellen Rüstungen betrifft, so ist hier die Wechselbeziehung zwischen dem Angriff und der Verteidigung anders. Darum muß die strategische Stabilität nach anderen Prinzipien gewährleistet werden.

Im Vordergrund bleibt die Aufgabe der Vernichtung der Kernwaffen. Die Lösung dieser Aufgabe würde die Spaltung der Welt in Länder, die Kernwaffen besitzen, und Länder, die keine solchen Waffen haben, beseitigen. Es würde die Zweiteilung des Begriffs „Sicherheit“ verschwinden, die heute dort zu beobachten ist, wo es zwar gelingt, den Frieden zwischen der UdSSR und den USA, zwischen der Organisation des Warschauer Vertrages und der NATO zu wahren, wo aber gleichzeitig in vielen anderen Regionen der Welt Dutzende von Kriegen geführt werden, die Millionen Menschenleben dahinraffen.

Im Ergebnis der Vernichtung der Kernwaffen würde man nicht einfach zu jener internationalen militärpolitischen Lage zurückkehren, in der sich die Welt vor dem Anbruch des Atomzeitalters befand. Beim Übergang zu einer Welt ohne Kernwaffen gilt es, die Beziehungen zwischen den Staaten, darunter auch die militärpolitischen, möglichst tiefgreifend und konstruktiv zu verändern. Solche Erfordernisse und Möglichkeiten werden heutzutage viel besser erkannt als an der Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren, als der Plan einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung erstmals erörtert wurde.

Der folgende Beitrag erörtert sicherheitspolitische Fragen aus aktueller sowjetischer Sicht. In diesem Zusammenhang verweist die Redaktion auf die Beiträge, die in der vorhergehenden Ausgabe dieser Zeitschrift veröffentlicht wurden.

II. Die Voraussetzungen für die Stabilität bei einer radikalen Reduzierung der Kernwaffen

Fünzigprozentige Reduzierungen der strategischen Offensivwaffen sind in einem breiteren und allgemeineren Kontext der notwendigen und möglichen weiteren Reduzierung der Kernwaffen bis hin zu ihrer völligen Vernichtung zu betrachten. Sowjetische Wissenschaftler und Fachleute betreiben seit vielen Jahren schon diesbezügliche Forschungen. So wurde zum Beispiel in einer von 1983 bis 1987 von der Arbeitsgruppe des Komitees der sowjetischen Wissenschaftler zum Schutz des Friedens gegen die Gefahr eines Kernwaffenkrieges erstellten Studie (unter Anwendung von speziellen Computermodellen) über Probleme der Gewährleistung der strategischen Stabilität unter den Bedingungen radikaler Reduzierungen von Kernwaffen erwogen, neben den 50prozentigen Reduzierungen auch Varianten zu berücksichtigen, die einen 75- bis 95prozentigen Abbau der heute vorhandenen Kernwaffenarsenale vorsehen. Diese Studie wurde in dem Artikel von Michail Gorbatschow „Realität und Garantien für eine sichere Welt“ vom 17. September 1987 hervorgehoben.

Bei der Untersuchung verschiedener Etappen der Reduzierung von Kernwaffen wurde die Einhaltung folgender Bedingungen für die strategische Stabilität in verallgemeinerter Form vorgesehen:

1. Die politische und militärstrategische Situation ist derart, daß bei jeder Seite die Stimuli für den Ersteinsatz von Kernwaffen fehlen. Die Gegenmaßnahmen der Seite, gegen die die Aggression verübt worden ist, schließen die Möglichkeit aus, die Ergebnisse des Erstschlages rationell auszunutzen.
2. Keine der Seiten besitzt die Möglichkeit für einen Entwaffungsschlag. Bei einer beliebigen Angriffsvariante bleibt bei derjenigen Seite, die der Aggression ausgesetzt war, ein Potential, das es ihr ermöglicht, dem Angreifer einen unvermeidbaren und vergleichbaren Schaden zuzufügen.
3. Es fehlen die Bedingungen für einen nichtsanktionierten und zufälligen Einsatz von Kernwaffen.

Die Erfüllung aller drei Bedingungen setzt das Vorhandensein von zuverlässigen, mehrfach redundanten, überlebensfähigen Leitungs- und Nachrichtensystemen sowie von Mitteln für die Warnung vor einem Raketenangriff auf beiden Seiten voraus. Das Vorhandensein solcher Systeme und Mittel wird zu einem der kritischsten Faktoren bei der Gewährleistung der strategischen Stabilität.

Die von sowjetischen Wissenschaftlern unter Ausnutzung von speziellen Computermodellen unter-

nommenen Berechnungen zu den Varianten des Abbaus der strategischen Kernwaffenarsenale der UdSSR und der USA um ungefähr 50 Prozent zeigen, daß bei einer ganzen Reihe von Kombinationen die Parameter der Stabilität des militärstrategischen Gleichgewichtes, die sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre herausgebildet haben, im großen und ganzen erhalten bleiben werden. Das heißt, daß die Seite, die dem Angriff ausgesetzt war (besonders, wenn dieser nicht völlig überraschend kommt), in der Lage sein wird, sowohl eine umfassende Zahl von Militärobjecten zu vernichten als auch der Bevölkerung und der Industrie des Aggressorenlandes einen unvermeidbaren Schaden zuzufügen, also einen Akt der „garantierten Vernichtung“ zu vollziehen.

Dabei wurde festgestellt, daß das Vorhandensein einer lediglich „verdünnten“ Raketenabwehr des Landesterritoriums (mit einer Effektivität von 50 bis 60 Prozent gegenüber dem abgeschwächten Gegenschlag) bei derjenigen Seite, die den Erstschlag führt, eine Herabsetzung des „Sicherheitsgrades“ bei der Stabilität des militärstrategischen Gleichgewichtes verursacht, ohne daß die andere Seite eine bestimmte Kategorie von Gegenmitteln anwendet. Eine ähnliche Auswirkung kann auch eine beträchtliche Erhöhung der Möglichkeiten der U-Boot-Abwehrmittel haben. Bei größeren Reduzierungen der Kernwaffenarsenale werden sich im Charakter des militärstrategischen Gleichgewichtes entsprechende Veränderungen vollziehen.

Bei einer Analyse der Varianten von 75prozentigen Reduzierungen erweist sich, daß bei einem Gegenschlag ein immer noch breiter Komplex von Militärobjecten vernichtet oder auch der Industrie und der Bevölkerung ein Schaden von einem Ausmaß zugefügt werden kann, der jenem nach einer 50prozentigen Reduzierung der strategischen Kernwaffenarsenale nahekommmt. Selbst bei einer gleichmäßigen Verteilung der Ziele zwischen Militär- und Zivilobjekten wird der Bevölkerung noch immer ein gewaltiger Schaden zugefügt.

Wie die Ergebnisse der Modellrechnungen zeigen, ist es unter den Bedingungen einer 75prozentigen Reduzierung für die Aufrechterhaltung der Stabilität des strategischen Gleichgewichtes notwendig, eine Reihe von Parametern strenger zu beschränken als bei 50prozentiger Reduzierung. Die Stabilität wird dabei immer empfindlicher gegen die Erhöhung der Präzision der strategischen Kernwaffensysteme. Zu einem wesentlichen Faktor wird dabei das hypothetische landesweite Raketenabwehrsy-

stem. Unabhängig davon, ob ein solches System von einer oder von beiden Seiten aufgebaut wird, bildet sich sogar noch bei einer sehr geringen Wahrscheinlichkeit des Abfangens eine instabile Situation heraus. Eine stabilisierende Rolle können hierbei asymmetrische Gegenmaßnahmen gegen die landesweite Raketenabwehr, besonders gegen ihre weltraumgestützte Staffel, spielen. Dieser stabilisierenden Einwirkung sind jedoch, ebenso wie bei einem höheren Konfrontationsniveau, Grenzen gesetzt¹⁾.

Das militärstrategische Gleichgewicht wird ferner empfindlicher gegen die Möglichkeiten und Mittel des strategischen U-Boot-Kampfes beider Seiten. Das macht es noch dringender notwendig — als es unter den gegenwärtigen Bedingungen und auch in der Etappe der 50prozentigen Reduzierungen der Kernwaffen der Fall ist —, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Maßnahmen zur Erhöhung der Überlebensfähigkeit der U-Boot-gestützten ballistischen Raketen zu treffen, zum Beispiel durch die Schaffung von Zonen, die frei sind von U-Boot-Abwehr-Aktivitäten beider Seiten.

Es sei hier bemerkt, daß die Transformation der militärstrategischen Balance in einen Zustand, bei dem beide Seiten ungefähr die gleiche Zahl der strategischen Gefechtsladungen besitzen würden wie zu Beginn der siebziger Jahre (das entspräche einer 75prozentigen Reduzierung des Standes in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre), in militärstrategischer Hinsicht keine einfache Rückkehr zu der Situation bedeuten wird, die der Lage in jener Periode ähnlich wäre. Die Ursache hierfür liegt in den sich verändernden qualitativen Charakteristika der strategischen Kernwaffen, in erster Linie in der sich zunehmend erhöhenden Treffgenauigkeit.

Angesichts all dessen ist eine rapide Verringerung des Anteils derjenigen Träger, die eine große Zahl von Gefechtsladungen tragen und stark geschützte Ziele vernichten können, am Kräftebestand beider Seiten eine wichtige Bedingung für die Gewährleistung der strategischen Stabilität beim bestehenden Niveau der nuklearen Konfrontation.

Bei der Betrachtung von Varianten im Falle der 75prozentigen Reduzierungen der strategischen Kernwaffenkräfte der UdSSR und der USA gingen die Verfasser der Studie des Komitees der sowjetischen Wissenschaftler allerdings davon aus, daß solche Reduzierungen weder politisch noch militärisch möglich sein werden, wenn die anderen Kernwaffenmächte bis dahin sich nicht dem Prozeß der nu-

klaren Abrüstung anschließen werden. Die durchgeführten Berechnungen zeigen, daß es für die Erhaltung der Stabilität des militärstrategischen Gleichgewichtes notwendig ist, daß die anderen Kernwaffenstaaten ihre Kernwaffenarsenale ungefähr proportional vermindern. Bei derart bedeutenden Reduzierungen der strategischen Kernwaffen wäre die Erhaltung des früheren Standes der Konfrontation bei den operativ-taktischen und taktischen Kernwaffen (nuklearen Gefechtsfeldwaffen) — unter dem Gesichtswinkel der strategischen Stabilität gesehen — ungerechtfertigt.

Was den Abbau der Kernwaffenarsenale beider Seiten um 95 Prozent betrifft, so wurde hierbei folgendes in Betracht gezogen: Die UdSSR und die USA behalten lediglich einige hundert Kerngefechtsköpfe auf ihren strategischen Trägern; die Nuklearwaffen mittlerer Reichweite sowie die operativ-taktischen und taktischen Mittel beider Seiten werden vernichtet; die Nuklearwaffen der kernwaffenbesitzenden „Drittmächte“ werden proportional reduziert oder völlig vernichtet; der ABM-Vertrag bleibt weiterhin in Kraft; es gilt das Verbot für die Stationierung von Weltraumangriffswaffen sowie für Satellitenabwehrwaffen aller Typen und Arten; das Abkommen über das allgemeine und vollständige Verbot der Nukleartests wirkt weiterhin; die Produktion von Spaltmaterial für Kerngefechtsladungen ist eingestellt worden.

Beim gegebenen Stand der militärstrategischen Balance beginnt die Aufstellung von vergleichbareren strategischen Kräften eine besonders große Rolle zu spielen, denn dadurch würde der Grad der Bestimmtheit im Sinne der Einschätzung dieser Balance durch die beiden Seiten erhöht. Die folgerichtige Analyse der erwähnten Reihe von Varianten der Zusammensetzung und der Struktur der Kräfte der Seiten legte den Verfassern der genannten Studie den Schluß nahe, daß folgende Variante für die gegenseitige Sicherheit optimal wäre: Jede Seite sollte ungefähr 600 leichte interkontinentale ballistische Raketen mit einem Gefechtskopf, darunter solche mit mobilen Startmöglichkeiten, besitzen. Alle anderen Arten von Kernwaffen und ihre Träger — schwere Bombenflugzeuge mit freifallenden Bomben als auch mit Flügel- und ballistischen Raketen, SSBN (atomangetriebene U-Boote mit ballistischen Flugkörpern) und SLBM (U-Boot-gestützte ballistische Raketen) und bordgestützte Flügelraketen wie auch alle anderen Arten und Typen von Kernwaffen — sollten völlig vernichtet werden.

Der Vorzug der interkontinentalen ballistischen Raketen gegenüber den SSBN besteht vom Standpunkt der Systemeinschätzung der Stabilität des

¹⁾ Ausführlicheres in: Weltraumwaffen: Ein Dilemma der Sicherheit. Redaktion J. P. Welichow / R. S. Sagdejew / A. A. Kokoschin / M. Mir. 1986. S. 128—157.

militärstrategischen Gleichgewichts — bei der viele Faktoren berücksichtigt werden — darin, daß mit ihnen eine viel zuverlässigere Verbindung unterhalten werden könnte, die zu jedem Augenblick zweiseitigen Charakter haben würde. Dadurch wird die Möglichkeit des unvorsätzlichen Starts, des zufälligen Ausbruchs eines Kernwaffenkrieges als Folge eines technischen Fehlers herabgesetzt. Die interkontinentalen ballistischen Raketen können im Unterschied zu den SSBN in relativ vorhersagbaren Flugbahnen gestartet werden. Dadurch wird die Aufgabe der Verhütung eines ungewollten Raketenangriffs für beide Seiten erleichtert. Im Unterschied zu den schweren Bombern können die ICBM (Interkontinentalraketen) ferner nicht in einen lokalen bewaffneten (nichtnuklearen) Konflikt einbezogen werden. Sie schaffen keine erhöhte Gefahr der Eskalation eines lokalen Zusammenstoßes in einen globalen, des nichtnuklearen in einen nuklearen.

Bei den 500 bis 600 Einheiten von Gefechtsköpfen, von denen je einer auf dem Träger installiert ist, der eine hohe Überlebensfähigkeit aufweist, wird ein solcher „schadenbegrenzender“ — für die andere Seite entwaffnender — Erstschlag völlig unrealisierbar. Bei der Betrachtung des Erstschlages wird man davon ausgehen müssen, daß, wenn ein solcher Schlag geführt werden wird, bei der Seite, die ihn gegen die strategischen Kräfte des Gegners führen wird, danach keine Mittel mehr für einen nachfolgenden Schlag gegen Industrieobjekte und große Ortschaften der anderen Seite übrigbleiben werden. Diejenige Seite aber, die dem Erstschlag ausgesetzt sein wird, wird einen bedeutenden Teil ihrer Kräfte (bei entsprechender Beweglichkeit und dem entsprechenden Grad des Auseinanderziehens eines bestimmten Teils von ICBM: einen sehr beträchtlichen Teil) für einen Vergeltungsschlag gegen die wichtigsten Industriezentren und Ortschaften des Aggressorlandes behalten. Damit wird die destabilisierende Möglichkeit, einen Entwaffnungsschlag zu führen, fast auf den Nullpunkt gebracht.

Im Verlaufe der Studie wurden vom Komitee der sowjetischen Wissenschaftler mehrere Varianten nach folgender Zwischentappe der Reduzierung betrachtet: von den 95prozentigen Reduzierungen (vom heutigen Stand) bis zu 100prozentigen, bis die Nuklearpotentiale auf den Nullpunkt gebracht worden sind.

Bei der Einhaltung der gleichen Bedingungen für die Unverwundbarkeit (die Überlebensfähigkeit) der Waffen- und Steuerungssysteme wie in der Variante der militärstrategischen Balance, die sich im

Ergebnis der 95prozentigen Reduzierung der strategischen Nuklearpotentiale herausbildet, wird die „gegenseitige garantierte Vernichtung“ bei einem niedrigeren Niveau der nuklearen Konfrontation nicht mehr möglich sein.

Ebenso wie bei der Variante der vorangegangenen Etappe der Reduzierung der Kernwaffen dürfen beide Seiten keine Stimuli und keine realen operativen wie technischen Möglichkeiten mehr für den Ersteinsatz von Kernwaffen haben, um einen Entwaffnungs- oder Verblendungsschlag zu führen. Die Bedeutung des nuklearen Faktors in der gesamten Gleichung der militärstrategischen Balance wird noch schneller abnehmen. Bei der Reduzierung der nuklearen Arsenale auf einige Dutzend Gefechtsköpfe auf jeder Seite können sich die potentiellen Verluste durch den Einsatz von Kernwaffen als mit jenen vergleichbar erweisen, die es in großen Kriegen der Vergangenheit unter Anwendung konventioneller Waffen gegeben hat.

Angesichts dieses Sachverhalts wie auch einiger anderer Umstände erscheint es unter dem Gesichtspunkt der Gewährleistung zuverlässiger Bedingungen für die Verhütung eines Krieges und die Festigung der strategischen Stabilität als zweckmäßig, den Übergang vom Niveau von ungefähr 600 strategischen Einheiten mit einem hohen Grad der Überlebensfähigkeit auf den Nullpunkt nicht allmählich zu verwirklichen, sondern die letzte Etappe der nuklearen Abrüstung in verhältnismäßig kurzer Zeit als einen einheitlichen Akt durchzuführen. Wir nehmen an, daß bis dahin die notwendigen und ausreichenden industriell-technischen und Verfahrensbedingungen geschaffen werden.

Die Vernichtung derjenigen strategischen Kernwaffen, die nach einer 95prozentigen Reduzierung noch übrig bleiben werden, unter einer zuverlässigen Kontrolle durchzuführen, werden entsprechende Verfahren ermöglichen, die man bereits in der Etappe der 50prozentigen Reduzierungen und der Vernichtung der Raketen-Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa wird ausarbeiten und in der Praxis erproben müssen. Zugleich muß man im Auge behalten, daß in dieser Etappe eine zusätzliche Erhärtung des Systems der Kontrolle (sowohl mit nationalen technischen Mitteln als auch unter Ausnutzung der Inspektion vor Ort, darunter auch verschiedener Formen der internationalen Inspektion) erforderlich sein wird, damit eine solche Kontrolle wirklich die Vernichtung einer jeden Einheit von Kernwaffen und das Fehlen von Möglichkeiten für eine geheime Wiederaufnahme ihrer Produktion und Stationierung garantiert.

III. Fragen der Reduzierung konventioneller Streitkräfte und Rüstungen

Eines der Hauptargumente der westlichen Gegner einer Reduzierung der Kernwaffen, darunter auch der Herbeiführung eines Abkommens über die Mittelstreckenraketen, ist die Behauptung, daß die Sowjetunion (und die Organisation des Warschauer Vertrages im ganzen) angeblich eine Überlegenheit bei den Streitkräften und der konventionellen Rüstung in Europa besitze²⁾. In diesem Zusammenhang werden verschiedene Ideen sowohl des „nuklearen Ausgleichs“ der zu vernichtenden Mittelstreckenraketen als auch der Aufstockung der konventionellen Kräfte der NATO vorgebracht.

Immer mehr westliche Fachleute ziehen solche Behauptungen begründet in Zweifel, ihre Schlußfolgerungen stimmen mit den Einschätzungen der UdSSR und ihrer Verbündeten überein, die dahin gehen, daß heutzutage bei allen vorhandenen Asymmetrien ein annäherndes Gleichgewicht der Kampfpotentiale, der Kampfmöglichkeiten der Organisation des Warschauer Vertrages und der NATO besteht (unter Berücksichtigung der Luftstreitkräfte, der Landstreitkräfte, der Seestreitkräfte sowie der Gesamtheit der geographischen, wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Faktoren). Zugleich sei darauf verwiesen, daß die Aufgabe der Gewährleistung einer zuverlässigen gegenseitigen Sicherheit sich — wie die Untersuchungen zeigen — bei weitem nicht in der Aufrechterhaltung dieser asymmetrischen Balance erschöpft, weil bei der fortdauernden Entwicklung der Kriegstechnik und der militärischen Konzeptionen sowohl im Bereich der konventionellen Rüstungen als auch auf dem Gebiet der strategischen Kernwaffen selbst die Erhaltung der Parität die Stabilität nicht sichern wird.

Gegenwärtig reift der Übergang zu einer neuen Etappe der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen heran. Es werden Waffen entwickelt, die in ihrer Effektivität mit Massenvernichtungswaffen vergleichbar sind. Darüber hinaus wird die stark gewachsene Reichweite konventioneller Waffen es ermöglichen, außer den Grenzgebieten auch weitere größere Teile von Ländern mit Kampfhandlungen zu erfassen, was in den Kriegen der Vergangen-

heit nicht der Fall gewesen ist. Der qualitative Sprung bei der Entwicklung konventioneller Kampfmittel zieht eine Veränderung des Charakters der Vorbereitung und der Führung von Operationen nach sich. Das führt seinerseits zu der Möglichkeit, Kampfhandlungen unter Einsatz konventioneller Mittel in vernichtenderen Formen zu führen, als dies früher der Fall gewesen ist.

Die Anwendung der automatisierten Truppen- und Waffenleitungssysteme, die Schaffung von globalen Aufklärungssystemen sowie Aufklärungs- und Angriffskomplexen, die vollständige Mechanisierung und hohe Truppenbeweglichkeit wie auch die Anwendung militärischer Robotertechnik bedingen die Übertragung einer immer größeren Anzahl der Funktionen, die bisher der Mensch ausgeübt hat, auf den Automaten. Die kurze Dauer der Kampfhandlungen und die rasche Veränderung der taktischen und operativen Lage, die gleichzeitige Einbeziehung großer Territorien einer Reihe von Ländern in die Kampfhandlungen, die vorsätzliche Zerstörung der Verbindungskanäle und die Führung von Kampfhandlungen zu jeder Tageszeit und unter beliebigen Witterungsverhältnissen machen es, wie Armeegeneral Schabanow zu Recht feststellt, für die politische und höchste militärische Führung wegen des Zeitmangels unmöglich, die zu fassenden Beschlüsse zu sanktionieren. In extremen Fällen kann das zu einer unumkehrbaren Eskalation der Kampfhandlungen bis hin zum Einsatz taktischer Kernwaffen führen. Der Übergang von den Kampfhandlungen nur unter Einsatz von konventionellen Waffen zu Kampfhandlungen unter Anwendung von Massenvernichtungswaffen kann überraschend, unvoraussagbar sein. Daraus ergibt sich aber das Bestreben, die eigenen Kernwaffen in erhöhter Kampfbereitschaft zu halten, was seinerseits die Gefahr des Ausbruchs eines Kernwaffenkrieges und seiner Eskalation wesentlich steigert.

Beim massenhaften Einsatz von konventionellen Waffen ist ein vorsätzlicher oder zufälliger Angriff auf nukleare und chemische Mittel des Gegners, darunter auch auf Lager von nuklearer oder chemischer Munition, auf Startvorrichtungen sowie Behältnisse für den Transport von Kerngefechtsköpfen und -geschossen und andere ähnliche Objekte nicht ausgeschlossen. Nach seinen Folgen kann sich das als der Anwendung von entsprechenden Massenvernichtungsmitteln gleichkommend erweisen, das Gleichgewicht bei den taktischen Kernwaffen zerstören und unvoraussagbare Gegenmaßnahmen hervorrufen. Die Schläge unter Einsatz konventioneller Waffen können auch zahlreiche europäische

²⁾ Die Einschätzungen der Balance der Streitkräfte unterscheiden sich gegenwärtig recht wesentlich voneinander. Das scheint in beträchtlichem Maße eine Folge der wichtigen Unterschiede der angewandten Berechnungsmethoden zu sein. Daher besteht eine der Aufgaben, die zu lösen sind, um auf diesem Gebiet weiter voranzukommen, darin, entweder eine gemeinsame Methodologie der Einschätzungen der Balance auszuarbeiten oder die Unterschiede zwischen diesen Methodologien genauer zu erkennen und entsprechende Korrekturen vorzunehmen.

zivile Kernkraftwerke zerstören. Das Ergebnis wäre faktisch mit einem Überfall unter Einsatz von Kernwaffen gleichbedeutend, die Folgen aber würden viel spürbarer als bei der Havarie in Tschernobyl sein.

Das von den Mitgliedsländern des Warschauer Vertrages im Budapester (Juni 1986) und im Berliner (Mai 1987) Aufruf des Politischen Beratenden Ausschusses der Organisation des Warschauer Vertrages (OWV) vorgeschlagene grundsätzlich neue Herangehen an das Problem der Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen ist auf eine radikale Wende der Lage auf diesem Gebiet der Balance der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen orientiert. Im Unterschied zu der Formel der Wiener Verhandlungen über eine Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa geht es in diesen konzeptionellen Vorschlägen des Politischen Beratenden Ausschusses der OWV nicht nur um eine viel größere quantitative Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen schlechthin, sondern um die diese Reduzierung begleitende Festigung der strategischen Stabilität, die qualitative Veränderungen in den einander gegenüberstehenden Gruppierungen erfordert.

Diese Veränderungen — gemeinsam oder parallel verwirklicht — sollten daraufhin orientiert werden, die Möglichkeit eines Überraschungsangriffs und der Durchführung von Angriffsoperationen durch beide Seiten auszuschließen. Ein erster Schritt zu einer neuen, stabileren Gestaltung der Konfrontation der Gruppierungen der OWV und der NATO könnte die kontrollierte Rückführung von nuklearen und anderen Angriffswaffen von den Grenzen und die nachfolgende Schaffung von Zonen verdünnter Rüstungen und von entmilitarisierten Zonen entlang der Grenzen werden.

In diese Richtung gehen auch die Vorschläge der DDR und der CSSR für die Schaffung eines kernwaffenfreien Korridors im Herzen Europas, aus dem entfernt werden müßten: Kernminen, operativ-taktische und taktische Raketen, Kernwaffen-Artillerie, Kernwaffen-Trägerflugzeuge der taktischen Angriffsliegerkräfte wie auch Fla-Raketenkomplexe, die Kernwaffen einsetzen können.

Reale Perspektiven für die Erhöhung der strategischen Stabilität in den Beziehungen zwischen der OWV und der NATO auf dem Zentralabschnitt ihrer Konfrontation eröffnet der Jaruzelski-Plan. Er sieht unter anderem vor, neben den Kernwaffen (operative und taktische Raketen, Kernwaffenartillerie, Kernwaffen-Trägerflugzeuge, Kernladungen) bestimmte, gemeinsam vereinbarte Arten und Mengen konventioneller Waffen schrittweise abziehen und/oder zu reduzieren. Diese Maßnahmen

sollten in erster Linie jene Arten von Waffen umfassen, die die größte Zerstörungskraft und Treffgenauigkeit besitzen und für Angriffsoperationen vorgesehen sind, einschließlich eines Überraschungsangriffs. Dazu gehören insbesondere die Angriffsliegerkräfte, Panzer, Kampfhubschrauber und Fernkampfartillerie (darunter auch die Raketenartillerie). Von Nutzen wäre auch ein Austausch der Listen von Waffen, die jede Seite als die gefährlichsten und im höchsten Grade offensiven betrachtet. Eine wichtige Rolle würden bei solchen Aktionen die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland wie auch andere zu der entsprechenden Zone gehörende Staaten spielen.

Im ganzen wird vorgesehen, die Stabilität auf einem herabgesetzten Niveau unter Berücksichtigung der Vorteile bei den einen oder anderen Rüstungsarten, die beide Seiten besitzen, zu erreichen; die UdSSR und ihre Verbündeten sind für die Beseitigung des Vorsprungs, der bei beiden Seiten hinsichtlich irgendwelcher Elemente entstanden ist. Aber nicht durch die Eskalation bei jener Seite, die zurückgeblieben ist, sondern durch Reduzierungen bei jener Seite, die der anderen voraus ist. Dabei muß man nicht nur die vorhandenen, sondern auch künftige Waffensysteme — darunter auch solche, die auf neuen physikalischen Prinzipien beruhen — in Betracht ziehen.

Solche Schritte zur Schaffung von verdünnten Streifen und entmilitarisierten Zonen längs der Grenzen könnten, wie uns scheint, in verhältnismäßig kurzer Frist verwirklicht werden, ohne dabei beide Seiten in eine allgemeine „Diskussion über Zahlen“ einzu beziehen.

Die Übereinkünfte über eine Begrenzung und Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen müssen durch verschiedenartige zuverlässige Methoden und Verfahren für ihre Kontrolle, einschließlich der Inspektion vor Ort, abgesichert werden. Viele dieser Methoden sind bereits gut erprobt und werden auf anderen Gebieten erfolgreich angewandt. Zugleich sind auch neue, zusätzliche Mittel und Verfahren notwendig, die sich für die allgemeinen Streitkräfte und konventionellen Waffen eignen. Ein guter Vorlauf für die Gewährleistung der Kontrolle in diesem Bereich wurde durch die Beschlüsse der Stockholmer Konferenz über die vertrauensbildenden Maßnahmen (KVAE) der „zweiten Generation“ geschaffen, die erfolgreich realisiert werden.

All das würde im Endergebnis zusammen mit den politischen, humanitären und ökonomischen Aspekten der Sicherheit darauf hinzielen, daß eine Welt, in der es bedeutend weniger Kernwaffen gibt — von einer kernwaffenfreien Welt gar nicht zu

reden — nicht zu einer Analogie dessen würde, was in Europa vor dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg zu beobachten war.

Bei den vertrauensbildenden Maßnahmen muß man weitergehen. Die Sowjetunion schlug insbesondere vor kurzem vor, zwischen der Organisation des Warschauer Vertrages und der NATO Konsultationen über den Abbau militärischer Aktivitäten und die Beschränkung des Umfangs der Aktivitäten der Seestreitkräfte und der Luftstreitkräfte im Bereich der Ostsee, der Nordsee, des norwegischen und des grönländischen Meeres wie auch über die Ausdehnung der vertrauensbildenden Maßnahmen auf diese Bereiche zu beginnen. Zu solchen Maßnahmen könnten auch die Vereinbarungen über die Beschränkung der Rivalität bei den U-Boot-Abwehrwaffen, die Benachrichtigung über große Übungen der See- und Luftstreitkräfte, die Einladung von Beobachtern aus allen Teilnehmerstaaten

des gesamteuropäischen Prozesses zu großen Übungen der See- und Luftstreitkräfte gehören.

Eine Reduzierung der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen in Europa (selbstverständlich unter Teilnahme der USA und Kanadas) würde zu einer beträchtlichen Einsparung von Mitteln und Menschenreserven, die für Militärzwecke bereitgestellt werden, führen. Um so gerechtfertigter ist die Umstellung der einander gegenüberstehenden Gruppierungen auf ausgesprochen defensive Strukturen, denn die Organisation der Verteidigung ist in der Regel weniger kostenintensiv als der Angriff. Es besteht aller Grund zur Annahme, daß eine solche Entwicklung unter Teilnahme aller in ökonomischer Hinsicht hochentwickelten Staaten der Welt auch das Verhalten vieler Entwicklungsländer günstig beeinflussen würde, die ungeachtet ihrer schweren sozialökonomischen Lage ihre konventionellen Rüstungen oft schneller eskalieren als höher entwickelte Länder.

IV. Die Gewährleistung der defensiven Ausrichtung der Militärdoktrinen

Von großer Bedeutung ist bei der Gewährleistung einer zuverlässigen gegenseitigen Sicherheit und bei der Festigung der strategischen Stabilität, daß Militärdoktrinen, die strategischen und operativen Konzeptionen beider Seiten, einen deutlich ausgeprägten Verteidigungscharakter haben, daß ihre konzeptionelle Entwicklung nur in dieser Richtung erfolgt. Es gilt, den gegenseitigen Argwohn und das gegenseitige Mißtrauen, die sich in vielen Jahren angestaut haben, zu beseitigen. Hierfür scheint eine unvoreingenommene Analyse der Militärdoktrinen und -konzeptionen beider Seiten sowie die Ausarbeitung einer einheitlichen Meinung über deren weitere Entwicklung nützlich zu sein.

Ein wichtiger Schritt der UdSSR und ihrer Verbündeten in dieser Richtung war die Annahme des Dokuments „Über die Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags“ auf der Berliner Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der OEW (29. Mai 1987). Wie der sowjetische Verteidigungsminister Jasow festgestellt hat, besteht die Besonderheit der Militärdoktrin des Warschauer Vertrages darin, daß sie der Lösung der Kardinalaufgabe, vor der die Menschheit steht, untergeordnet ist — nämlich der Aufgabe, weder eiten nuklearen noch einen konventionellen Krieg zuzulassen. Die Strategie und die Militärdoktrin im ganzen befaßten sich mit dieser Frage bisher nicht in einem solchen Umfang und derart eindeutig.

Die Militärdoktrin der sozialistischen Länder hat zum Ziel, eine Verteidigung entsprechend dem Prinzip des vernünftig hinreichenden Maßes der Militärpotentiale der Staaten, das auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU aufgestellt wurde, zu gewährleisten. Der Verteidigungscharakter unserer Militärdoktrin findet seinen Ausdruck in folgenden prinzipiellen Leitsätzen:

— Die Sowjetunion wird nie, unter keinen Umständen, Kampfhandlungen gegen welchen Staat oder gegen welches Staatenbündnis auch immer beginnen, wenn sie selbst nicht zum Objekt eines bewaffneten Überfalls werden wird.

— Die Sowjetunion hat keine Gebietsansprüche an welchen Staat auch immer in Europa und außerhalb Europas, sie braucht keine Erweiterung ihrer Staatsgrenzen.

— Um einen Überfall von außen zurückzuweisen, wird die Sowjetunion im gleichen Maße sich selbst und einen jeden sozialistischen Teilnehmerstaat des Vertrages verteidigen.

— Die Sowjetunion betrachtet keinen Staat, kein Volk als ihren Feind. Sie ist im Gegenteil bereit, ihre Beziehungen zu ausnahmslos allen Ländern der Welt auf der Grundlage der gegenseitigen Berücksichtigung der Interessen der Sicherheit und der friedlichen Koexistenz aufzubauen.

— Die Sowjetunion wird nicht als erste Kernwaffen einsetzen und sie nie gegen jene Staaten richten, die keine solche Waffen auf ihrem Territorium haben. Die UdSSR wird alles in ihren Kräften Stehende unternehmen, um die angehäuften Vorräte an Kernwaffen abzubauen und später auch zu vernichten.

Die Verpflichtung, Kernwaffen nicht zuerst einzusetzen, ist keine verbale Beteuerung, sondern eine unumstößliche Forderung bei unserem militärischen Aufbau. Sie wird realisiert bei der Ausbildung von Kommandeuren, Stäben und Truppen, der Organisation einer strengen Kontrolle, die die Nichtzulassung eines nichtsanktionierten Einsatzes von Kernwaffen gewährleistet, der Erhöhung der Gefechtsbereitschaft der Truppen zur Zurückweisung einer Aggression, ihrer technischen Ausstattung, der Vervollkommnung der Leitung und Verbindung sowie der Erhöhung der politisch-moralischen Verfassung der Militärangehörigen.

Eine ähnliche Verpflichtung, Kernwaffen nicht als erster Staat anzuwenden, übernahm auch die Volksrepublik China. Seitens der USA, Frankreichs und Großbritanniens liegt keine solche Verpflichtung vor. Mehr noch — der Ersteinsatz von Kernwaffen ist in einer Reihe von offiziellen militärpolitischen und operativ-strategischen Dokumenten der USA direkt vorgesehen.

Wir haben keinen Grund, uns voll und ganz auf die Beteuerungen der westlichen Seite zu verlassen, daß der Ersteinsatz von Kernwaffen zum Beispiel in Europa nur für den Fall einer Aggression seitens der OVV vorgesehen ist. In diesem Zusammenhang muß auf die durch und durch negative Rolle der Konzeptionen eines „begrenzten“ Kernwaffenkrieges verwiesen werden, die unter der gegenwärtigen US-Administration einen neuen Inhalt erhalten haben. Es sei betont, daß die sowjetische Militärtheorie und die Militärdoktrin die Idee eines „begrenzten“ Kernwaffenkrieges ablehnen.

Sehr wesentlich ist im Rahmen der allgemeinen defensiven Ausrichtung der Militärdoktrinen also die Frage der völligen Übereinstimmung ihrer politischen und ihrer militärischen Komponenten. In diesem Zusammenhang betonen die militärischen Führer des Warschauer Vertrages, daß die Leitsätze der Militärdoktrin der OVV ein obligatorischer Bestandteil der Strategie und des Aufbaus der verbündeten Armeen sind. Die Hauptmethode der Handlungen der sowjetischen Streitkräfte bei der Zurückweisung einer Aggression werden, wie der Stellvertreter des Generalstabschefs der Streitkräfte der UdSSR, Generaloberst Garejew, betont, defensive Operationen und Kampfhandlungen sein.

Dieser sehr wichtige Leitsatz des militärtechnischen Teils der gegenwärtigen Militärdoktrin der UdSSR und der OVV kann, wie mir scheint, in bestimmtem Maße als eine Antwort auf die Frage zu den sowjetischen „operativen Manövergruppen“ dienen, die oft im Westen, darunter auch in der Bundesrepublik, aufgeworfen wird. Zugleich muß festgestellt werden, daß die Länder des Warschauer Vertrages allen Grund haben, die NATO-Konzeption des „tiefgestaffelten Schlages“ negativ aufzufassen, die eine leibliche Schwester der unverhohlenen offensiven amerikanischen Konzeption der „Luft- und Landeoperation (des Luft- und Landgefechtes)“ ist. Mit der Annahme der Konzeption des „tiefgestaffelten Schlages“ in der Strategie der NATO, darunter auch der Bundesrepublik, geht es bereits nicht mehr um die Verteidigung der Zwischenstellungen bis hin zum Rhein, sondern um die Führung von Schlägen durch das Kommando der Korps und der Armeegruppen bis tief ins Innere des Territoriums der Länder des Warschauer Vertrages. Einen offensichtlich aggressiven und gefährlichen Charakter (letzten Endes für beide Seiten) hat auch die gegenwärtige militärisch-maritime Strategie der USA, die mit dem Namen von Admiral James Watkins und des ehemaligen Ministers für Seestreitkräfte der USA, John Lehman, verknüpft wird. Derartige strategische und operative Konzeptionen der USA und der NATO sind mit den Erklärungen über den defensiven Charakter der NATO-Doktrin unvereinbar.

Die Verteidigungsstrategie und das militärisch hinreichende Maß setzen eine solche Struktur der Streitkräfte voraus, daß sie nur für die Zurückweisung einer möglichen Aggression, nicht aber für die Führung von Angriffsoperationen ausreichen. Das bezieht sich in erster Linie auf die Konfrontation der Organisation des Warschauer Vertrages und der NATO. Hierbei erscheint es als notwendig, eine solche Lage der Dinge herbeizuführen, bei der es für jede Seite offensichtlich ist, daß die Verteidigungsmöglichkeiten der OVV die Möglichkeiten für die Durchführung von Angriffsoperationen der NATO übertreffen, und dementsprechend die Möglichkeiten der Verteidigung, über die die NATO verfügt, die Angriffsmöglichkeiten der Kräfte der OVV übertreffen.

Bei ihrer Einstellung zur Bundesrepublik Deutschland zieht die Sowjetunion deren Potential und Möglichkeiten, deren Stellung in Europa und in der Welt in Betracht; sie geht davon aus, daß die jahrhundertalte Geschichte der Beziehungen zwischen beiden Ländern, in der es sowohl viel Schweres als auch Positives gegeben hat, sie verpflichten, einander gebührend zu behandeln.

Die Qualität der Beziehungen zwischen unseren Ländern wird jetzt und in Zukunft eine adäquate Antwort seitens der sowjetischen Führung finden — dies betonte Michail Gorbatschow beim Treffen mit Richard von Weizsäcker am 7. Juli 1987. Sie braucht aber eine Politik, die keinen Schwankungen, keiner konjunkturbedingten Reaktion auf die vergänglichen Ereignisse unterliegt und nicht irgend jemandes, sondern eigene Interessen widerspiegelt. Es besteht eine Möglichkeit dafür, den Beziehungen zwischen beiden Ländern einen neuen Sinn zu verleihen. Die UdSSR ist dazu bereit. In diesem Sinne gilt es aber, sich von Komplexen, von politischen Mythen, von antisowjetischen Feindbildern zu befreien.

Die Qualität der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR würde eine wirklich historische Bedeutung haben. Beide Staaten können in der Weltentwicklung eine große Rolle spielen und dabei in ihren Systemen und in ihren Bündnissen verbleiben. Die Stabilität der Beziehungen zwischen ihnen bedeutet die Stabilität in Europa; dies entspricht ihren eigenen Interessen und den Interessen der europäischen Staaten und der Weltgemeinschaft. Die UdSSR und die Bundesrepublik Deutschland können ungeachtet der politischen und ideologischen Unterschiede gute Partner sein. Hierfür bedarf es eines neuen, umfassenden Heran-gehens im Geiste der Zeit; es bedarf konkreter Taten, Kontakte und Beziehungen.

Abel G. Aganbegjan: Strategie der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung der UdSSR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/87, S. 3—14

In den siebziger Jahren verlangsamte sich die wirtschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion, an der Schwelle der achtziger Jahre gab es praktisch kein wirtschaftliches Wachstum; eine nie dagewesene Situation der wirtschaftlichen Stagnation trat ein. Um aus dieser gefährlichen Lage herauszukommen, entwarfen sowjetische Fachleute die Konzeption der Beschleunigung der sozialen und ökonomischen Entwicklung, die, ergänzt durch die Perestrojka (Umgestaltung), qualitative Veränderungen in der sowjetischen Gesellschaft einleiten soll. Für diesen Prozeß ist charakteristisch, daß er das gesamte wirtschaftliche System ergreift und nicht nur einzelne Momente.

Dem Wesen nach ist das eine revolutionäre Form der Veränderungen im Unterschied zur evolutionären Form. Der Begriff „Umgestaltung“ ist vielfältig und in vielerlei Hinsicht ein Synonym solcher Begriffe wie radikale Reform, grundlegende Rekonstruktion, kardinaler Fortschritt, Übergang zu neuer Qualität und Durchbruch. Die Schwerpunkte der Umgestaltung der Wirtschaft lassen sich in vier Gruppen von Maßnahmen einteilen: Erstens: Die Überführung der Volkswirtschaft auf den Weg der intensiven Entwicklung. Zweitens: Die Verstärkung der sozialen Ausrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung. Drittens: Die Durchführung einer radikalen Reform der Leitung. Viertens: Der Übergang zur Transparenz (Glasnost), Demokratie und Selbstverwaltung.

Heinrich Machowski: Grundzüge der neuen sowjetischen Außenwirtschaftspolitik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/87, S. 15—26

Die sowjetische Außenwirtschaftspolitik befindet sich seit Anfang 1986 in einer Phase der Neuorientierung. Ziel dieser grundlegenden Revision ist es, das Land außenwirtschaftlich weiter zu öffnen. Der Beitrag des Außenhandels zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Sowjetunion soll erhöht, die Position der UdSSR in der Weltwirtschaft gestärkt und die Integration im RGW soll intensiviert werden. Die UdSSR möchte an der Uruguay-Runde des GATT teilnehmen und letztlich dieser Organisation beitreten. Sie strebt vertragliche Beziehungen zwischen dem RGW und der EG bzw. zwischen ihr und der EG an. Die neue sowjetische Parteiführung fordert mehr wirtschaftliche Sicherheit in den internationalen Beziehungen. Seit Januar 1987 werden erstmalig in der UdSSR gemischte Unternehmen (Joint Ventures) mit westlichem Kapital auf sowjetischem Territorium zugelassen. Zum ersten Mal in der sowjetischen Wirtschaftsgeschichte wurde der Außenhandel gesetzlich zu einem vorrangigen Bestandteil der Unternehmenstätigkeit erklärt.

Die Anfang 1987 eingeleitete Reform des Außenwirtschaftssystems soll die gesamte Planung und Leitung des Außenhandels grundlegend modifizieren. Die Reformmaßnahmen sollen das staatliche Außenhandels- und Valutamonopol keineswegs abschaffen, sondern an die gegenwärtigen Bedingungen besser anpassen. Sie sollen darüber hinaus in den sowjetischen Unternehmen die Initiative zur Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung wecken. Die bisher beschlossenen Maßnahmen gehen in zwei Richtungen: eine Veränderung der Spitze des staatlichen Außenwirtschaftsapparates und eine Dezentralisierung der Export- und Importentscheidungen in ausgewählten Bereichen. Der Erfolg der Außenhandelsreform hängt indes ganz wesentlich vom erfolgreichen Umbau des gesamten Wirtschaftsmechanismus in der UdSSR ab.

Heinz Brahm: Ein neuer Generalsekretär im alten Sowjetsystem

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/87, S. 27—34

Gorbatschow ist nicht mit einem fertigen Plan zur Umgestaltung der Sowjetunion aufgetreten. Erst nach und nach gewann seine Politik schärfere Konturen. Wenn es stimmt, daß es ohne wahrheitsgemäße Diagnose keine vernünftige Therapie geben kann, dann ist die von Gorbatschow forciert vorangetriebene Glasnost (Publizität) die wichtigste und folgenreichste Entscheidung der heutigen sowjetischen Führung. Bis heute ist man aber noch weit von einer schonungslosen Darstellung aller Mißstände im Land entfernt. Zum Leidwesen der kommunistischen Altgläubigen zeigten sich in der veränderten Medienlandschaft sehr rasch Tendenzen, die auf eine Verselbständigung der Glasnost hinausliefen. Vor allem haben einige couragierte Schriftsteller und Wissenschaftler die ausgetretenen Wege des Marxismus-Leninismus verlassen und versuchen, mit nonkonformen Ideen einen Beitrag zur moralischen Wiedergeburt des Landes zu leisten.

Gorbatschow hofft, das politische Leben in der Partei durch geheime Wahlen, Mehrfachkandidaturen und Kontrollen von unten beleben zu können. Da er aber an der Einparteienherrschaft festhält, versucht er im Grunde die Quadratur des Kreises: Die KPdSU soll gleichzeitig regieren und Opposition üben. Sowohl in der Partei wie auch in der Bevölkerung finden die Pläne zur Umgestaltung bisher nicht die Unterstützung, die Gorbatschow braucht, wenn er seine ehrgeizigen Ziele erreichen will.

Arnold Buchholz: Perspektiven der Sowjetideologie

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/87, S.35—43

Für die Beurteilung der Veränderungen in der Sowjetunion kommt der Ideologie insofern eine grundlegende Bedeutung zu, als bestimmte philosophische Ideen konstitutiv in das sowjetsozialistische System eingegangen sind und damit die Praxis entscheidend prägen. Von zentraler Bedeutung sind dabei Fragen des Wahrheitsbegriffs, der an einer spezifischen Auffassung von Wissenschaft orientiert ist und das Parteilichkeitsprinzip begründet, sowie des Menschenbildes, das durch die Entscheidung in der sogenannten „Grundfrage der Philosophie“ gegen den „Idealismus“ und zugunsten des Materialismus zur Ausblendung eines gewaltigen Bereichs des Geisteslebens aus dem sowjetischen Weltbild geführt hat.

Im Zeichen der Glasnost sind zunächst von Schriftstellern, in neuerer Zeit aber auch von Philosophen Vorstöße unternommen worden, um auch die Ideologie in die Perestrojka einzubeziehen. Einstweilen handelt es sich dabei mehr um Kritiken am gegenwärtigen Zustand der Sowjetphilosophie als um konkrete Forderungen zur Umgestaltung. Dennoch kommen die Grundsatzfragen aus innersowjetischer Sicht zunehmend ins Blickfeld. Die Frage, ob oder in welchem Grade aus diesen Überlegungen eines Tages konstitutive Konsequenzen gezogen werden, ist dabei als entscheidendes Kriterium dafür anzusehen, inwieweit das bestehende sowjetsozialistische System aufrechterhalten bleibt oder umgestaltet wird.

Andrej Kokoschin: Militärpolitische Aspekte der Sicherheit in den Ost-West-Beziehungen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/87, S.45—53

Ein sowjetisch-amerikanisches Abkommen über die Abschaffung der Nuklearraketen mittlerer Reichweite und der operativ-taktischen Raketen ist in greifbare Nähe gerückt, eine atomwaffenfreie Welt vielleicht schon am Beginn des neuen Jahrtausends kein bloßer Wunschtraum mehr. Sind die Kernwaffen einmal vernichtet, könnten die Staaten nicht einfach zu der militärischen Lage zurückkehren, in der sich die Welt vor dem Beginn des Atomzeitalters befand. Tiefgreifende und konstruktive Veränderungen der internationalen Beziehungen werden erforderlich sein.

Von großer Bedeutung ist hierbei die Gewährleistung einer zuverlässigen gegenseitigen Sicherheit. Die Militärdoktrinen, die strategischen und operativen Konzeptionen in West wie in Ost müssen einen klar ausgeprägten Verteidigungscharakter haben; ihre Weiterentwicklung darf nur in diese Richtung erfolgen. Es gilt, den gegenseitigen Argwohn und das gegenseitige Mißtrauen, die sich in vielen Jahren angestaut haben, zu beseitigen. Die Verteidigungsstrategien und das militärisch hinreichende Maß der Bewaffnung setzen eine solche Streitkräftestruktur der Staaten voraus, die sie befähigt, mögliche Aggressionen zurückzuweisen, die Durchführung von Angriffsoperationen jedoch nicht zuläßt.

Den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland kommt in diesem Prozeß eine nicht unbedeutende Rolle zu. Es besteht die Möglichkeit, den Beziehungen zwischen beiden Ländern einen neuen Sinn zu verleihen.